Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

13. Januar 1977
Jg. 5 Nr. 2

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J. Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim – Gedruckt in Hamburg

Wochenzeitung 50 Pfg.
P 21903 C

Die Bourgeoisie fürchtet die 170 DM Festgeldforderung

Am 19.1.1977 beschließt die Große Tarifkommission der ÖTV über die Lohn- und Gehaltsforderungen für den Öffentlichen Dienst. Der Tarifkampf der Millionen Lohnarbeiter im Öffentlichen Dienst, bei Bahn und Post hat große Bedeutung für die ganze Arbeiterklasse und die Volksmassen. Der bürgerliche Staat ist der größte Ankäufer von Arbeitskraft in Westdeutschland, und damit bestimmt die Entwicklung des Preises der Arbeitskraft im Öffentlichen Dienst entscheidend die Entwicklung des Preises der Arbeitskraft insgesamt. In diesem Kampf wird das Gefüge des staatlichen Unterdrückungsapparates, der Schutzhülle des kapitalistischen Eigentums, erschüttert.

Der sozialdemokratische ÖTV-Hauptvorstand mit Kluncker an der Spitze hatte den Beschäftigten im Öffentlichen Dienst eine Forderung von 8 %, 300 DM Urlaubsgeld und 2 Tage mehr Urlaub vorgeschlagen, mit der Absicht, daß sie sich darüber spalten sollten – die in den unteren Lohn- und Gehaltsgruppen gegen die mit etwas mehr. Auf der Grundlage der Spaltung soll für die Masse der Beschäftigten die Verelendung vorangetrieben werden, sollen sie in die Falle der Steuerprogression getrieben werden und dagegen ihre Aufseher, Antreiber und Unterdrücker bis hin zum Bundeskanzler kräftig gemästet werden.

Überall hat Kluncker lauthals verkündet, daß der Abschluß in diesem Jahr nicht niedriger liegen wird als der im letzten Jahr (ca. 5,3 %), und hat damit Musik für die Ohren der Bourgeois gemacht. Unter der Masse der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst hat das die Wut und Verbitterung über den Vorschlag des Hauptvorstandes noch gesteigert. So gut wie nirgendwo in den Betrieben und Behörden ist der Vorschlag des Hauptvorstandes angenommen worden. Die Bewegung im Öffentlichen Dienst ist nicht in die ihr aufgestellte Falle gegangen. Die in den vergangenen Jahren entwickelte Bewußtheit über die Notwendigkeit einer Festgeldforderung war stärker. Jedoch hat der Anschlag des Hauptvorstandes eines erreicht, daß die Bewegung zersplittert und verwirrt ist über die Höhe der Festgeldforderung und bislang ihre ganze Kraft nicht unter einer einheitlichen Forderung entfalten kann. Die kommenden Tage bis zur Sitzung der Tarifkommission werden da entscheidend sein.

Zur Übersicht haben wir auf der folgenden Seite die uns bekannten Beschlüsse von Kreisdelegiertenkonferenzen etc. abgedruckt.

Das Durcheinander ist da. Jetzt nicht an die Klärung gehen, und noch bis zur Sitzung der Tarifkommission Entscheidungen für 170-180 DM Festgeld zu treffen, bedeutet, der sozialdemokratischen Lohnpolitik jeden Spielraum zu lassen für die Durchsetzung der Ziele der Finanzbourgeoisie.

Die Ziele sind klar: Im Gemeindefinanzbericht haben die Stadtoberhäupter, zumeist Parteifreunde von Kluncker, für 1977 einen Anstieg der Personalkosten von 5,9 % festgelegt. Im Stadthaushalt von Wolfsburg sind Personalkostensteigerungen von 5 % angesetzt. In dieser Größenordnung will die Finanzbourgeoisie einen Abschluß im Öffentlichen Dienst sehen, damit der Preis für einfache Arbeit insgesamt gesenkt werden kann, die Beschäftigten durch die Spreizung der Lohngruppen im Öffentlichen Dienst weiter auseinandergerissen und gespalten werden, und dagegen die Rationalisierer und Unterdrücker – die Personalchefs, die Verwaltungsleiter der Kliniken, die Oberstadtdirektoren und Generäle – gemästet und geschmiert werden. Der staatliche Unterdrückungsapparat wäre gestärkt, und der schroffe Klassengegensatz im Öffentlichen Dienst verkleistert, statt weiter aufgerissen im offenen Kampf, der die Grundlagen des imperialistischen Staatsapparates erschüttert.

In seiner Regierungserklärung hat der sozialdemokratische Kanzler Schmidt viel von „Solidarität" geredet. „Ihre Bewährungsprobe besteht sie erst im Geben", hat er gemeint. Geben sollen die Millionen Lohnarbeiter im Öffentlichen Dienst von dem einzigen, was sie haben, von ihrer Arbeitskraft und dem Lohn für den Verkauf ihrer Arbeitskraft. Was nicht über die sozialdemokratische Lohnpolitik, einen Abschluß bei 5,4 % vielleicht erreicht wird, das fängt der bürgerliche Staat über die Steuerprogression ab, und das wird in die Taschen der Finanzbourgeoisie geleitet.

Kluncker ist Sozialdemokrat und mit dieser Politik durch 10 000 Fäden verbunden. Er vertritt die Ziele der Finanzbourgeoisie. Der ganze Krach, den die Finanzbourgeoisie und ihre Presse um ihn machen, zielt daraufhin, ihn noch niedriger, als er schon versprochen hat, zu treiben und ihm dafür gegenüber der Bewegung im Öffentlichen Dienst Rückendeckung zu geben. (Fortsetzung Seite 2)

– Tarifkampf in der Metallindustrie: siehe Kommentar Seite 5 „Streik ist notwendig" –



Schienenblockade beim Kampf gegen die Erhöhung der Fahrpreise am 8.1.76 in Bremen

„Probleme"

„Schienen blockiert", ist der Aufmacher der Hannoverschen Presse auf der Seite eins am Montag. Am Samstag berichtete die Tagesschau über die Fahrpreiskämpfe in Bremen.

Die Bourgeoisie ist über diese Kämpfe nicht aufgeregt, sondern eher kühl berechnend. Ein Gewitter bricht über die Kapitalistenklasse herein, das sie zwar nicht wünscht, womit sie aber fest gerechnet hat.

Die militärischen Kämpfe, die bei den Fahrpreisdemonstrationen immer wieder stattfinden, haben jedesmal einen anderen Ausgangspunkt und Endpunkt. Einmal einen Gewinn für die Arbeiterklasse, einmal einen für die Kapitalistenklasse. Genaue Schlachtpläne liegen den Kämpfen zugrunde, denn die Straßenbahnen müssen blockiert werden, um die Interessen der Imperialisten empfindlich zu treffen.

„Unser Land steht vor großen Problemen", hat Scheel direkt nach der Bundestagswahl vor dem versammelten Bundesverfassungsgericht gesagt. Da hat Scheel die Wahrheit für die Kapitalisten gesagt. Untereinander müssen sie mit offenen Karten spielen, wenn sie Einigkeit über die Klassenkampfsituation haben wollen.

Denn nicht nur der Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen will von der Arbeiterklasse entschieden werden, sondern andere politische Fragen sind offen, die auf Entscheidung drängen.

So findet am 19. Februar eine erneute Demonstration gegen den Bau des KKW statt. Die Entscheidung, ob die Kapitalisten das Kernkraftwerk errichten können, steht nicht fest. Dies ist ein „Problem", wie Scheel sagt.

Es ist kein „Problem" für die Bauern in Brokdorf, den Kampf zu führen, denn der Bau der Kernkraftwerke und damit die Einverleibung und Zerstörung von großen Landstrichen geht ihnen an ihre Existenz.

„Daß in unserer Gesellschaft zwei Anschauungen über die Sicherung unserer Energieversorgung kraß gegeneinander stehen" stellte Scheel fest. Wir wollen aber auch die Frage beantworten, warum es diese zwei Anschauungen gibt. Sie gibt es, weil es zwei Klassen gibt, die sich unversöhnlich gegenüberstehen!

Die Fahrpreiskämpfe in Bremen und Hannover werden bald entschieden, die Bürgerinitiativen gegen das KKW treffen sich am 2. Februar, um Entscheidungen vorzubereiten. Diese „Probleme" für die Bourgeoisie wird die Arbeiterklasse lösen, indem sie ihre Herrschaft stürzt. Die Arbeiterklasse wird diese Entscheidung fällen. Dies wird sie nur können, wenn sie von den Kommunisten geführt wird. Dann können alle Fragen des Klassenkampfes entschieden werden.

Daß die Politik der Aktionseinheit großen Fortschritt macht, können wir deutlich an der Erklärung der Betriebs- und Personalräte zu den Fahrpreiserhöhungen in Bremen sehen. Daß der Zusammenschluß der Arbeiterklasse mit den Bauern Fortschritte macht, ist wichtig für die Arbeiterklasse, weil damit der Zusammenschluß mit der wichtigsten Bündnisschicht vorangetrieben wird.

Die Kommunisten unterstützen den Kampf der Arbeiterklasse und der Volksmassen, weil sie wissen, daß die Befreiung der Arbeiterklasse auf der Tagesordnung steht. Will sich die Arbeiterklasse befreien, muß rasch die Partei der Arbeiterklasse aufgebaut werden.

Richard auf Südafrikareise

Spekulation auf Zeitgewinn / Spaltung / Interventionsvorbereitung

Gegenwärtig bereist Richard, der britische Vorsitzende der Genfer Konferenz über die Entkolonialisierung Zimbabwes, den Süden Afrikas. Sieht man ihn im Fernsehen, erblickt man einen ungelenken Dickwanst. Er teilt ständig mit, daß ‚kaum ein Vorankommen' sei.

Richards Reise verfolgt jedoch in der augenblicklichen Situation bestimmte Zwecke der Imperialisten und der weißen Siedlerregimes. Diese sind gegen den Befreiungskampf der Völker im Süden Afrikas gerichtet.

Richard hat erklärt, daß aufgrund der „schwierigen Lage" eine Verschiebung der Wiederaufnahme der Genfer Konferenz am 17. Januar ins Auge gefaßt werden müsse.

Ende November 1976 hat sich der Chefunterhändler der Imperialisten auf der Genfer Konferenz dazu bequemen müssen, einen Termin für die Unabhängigkeit Zimbabwes zu nennen. Bis dahin hatte er beständig versucht, über alles zu reden, bloß nicht über den Termin der Unabhängigkeit. Richard hat den 1. März 1978 als Termin für die Unabhängigkeit genannt.

Die ZANU wie auch die Patriotische Front bestehen auf dem 1. Dezember 1977 als spätestem Termin der Unabhängigkeit Zimbabwes. Sie wollen den Spielraum der Imperialisten für Manöver und reaktionäre Umtriebe einschränken.

Schon der 1. März 1978 – das ist nicht mehr lange hin. Den Imperialisten ist schon diese Zusage und dieser Termin zuviel. Sie wollen davon wieder herunter. Gar nicht zu reden vom 1. Dezember 1977. Die Verschiebung der Konferenz soll ihnen den passenden Vorwand liefern.

Richard hat am 7. Januar angekündigt, er wolle im Süden Afrikas bleiben und weitere Gespräche führen. Für die bedrängten Siedlerstaaten ist jeder Tag, den sie gewinnen, wertvoll, um sich zu rüsten.

Die Revolutionäre Zimbabwes sind weit davon entfernt, diese Manöver zu unterschätzen. Robert Mugabe, Generalsekretär der ZANU, hat erklärt, daß das Smith-Regime noch zu wenig Schläge erhalten habe. Der bewaffnete Kampf der Massen gegen die Kolonialmacht wird verstärkt.

Der OAU-Generalsekretär Eteki Mboumoua erklärt während Richards Reise: „Die Befreiungskämpfer Zimbabwes haben beschlossen, auf keinen Fall ihren Zugriff zu lockern, bis ihre Forderung nach der unverzichtbaren Freiheit volle Erfüllung erlangt, und natürlich ist die OAU, das heißt alle Nationen und Völker Afrikas entschlossen, ihren Kampf mit allen Mitteln zu unterstützen."

Die bürgerliche Presse berichtet, daß Richard nach seinen Gesprächen mit Smith, dem Kolonialherrn, in der ersten Januarwoche zornerfüllt über dessen Unnachgiebigkeit gewesen sei. Ein guter Schauspieler. Unter dem Vorwand der Differenz zur Kolonialmacht wollen die Imperialisten vorbereiten, daß die Entsendung von Truppen unumgänglich ist. Zustimmend zitiert die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" den englischen „Guardian":

> „Ohne eine eigene Friedenstruppe und genügend unparteiische Beamte, die den Apparat von den (bestenfalls skeptischen, schlimmstenfalls aber obstruktiven) Rhodesiern übernehmen könnten, ist seine Aufgabe so gut wie unerfüllbar." (FAZ, 6.1.77)

Die Imperialisten brauchen die Herrschaft über die Rohstoffquellen und billige Arbeitskraft. Bezüglich Azanias, Namibias und Zimbabwes geht es zugleich immer um das *Monopol* in der Verfügung. Das ist in der innerimperialistischen Konkurrenz entscheidend. In Azania liegen 70 Prozent der Weltvorräte an Platin, 75 Prozent an Chrom. Von Chromit 62,2 Prozent und in Zimbabwe nochmals 33,6 Prozent. In Azania 75 Prozent aller Diamantvorkommen, 70 Prozent des Goldes (außerhalb des Imperiums der UdSSR). Ab 1977 wird die Rössing-Mine in Namibia 5 000 Tonnen Uran produzieren, das ist fast die Hälfte der Produktionskapazität der USA im Jahre 1975.

„Genügend" geschulte Konterrevolutionäre, eine „eigene" imperialistische Armee gegen das kämpfende Volk von Zimbabwe in Zimbabwe, das streben die Imperialisten an. Vorster hat in Azania das Verbot öffentlicher Versammlungen vom 1. Januar 1977 auf den 31. März verlängert. Die Imperialisten sind auf Zeitgewinn aus, um die Verteidigung ihrer Herrschaft mit allen Mitteln vorzubereiten.

Die Bourgeoisie fürchtet die 170 DM Festgeldforderung

(Fortsetzung von Seite 2)

Die Bewegung im Öffentlichen Dienst gegen Lohnabbau, kapitalistische Rationalisierung und politische Entrechtung hat sich in den letzten Jahren schwungvoll entwickelt. Ihre Grundlage ist die Gemeinsamkeit der Millionenmassen Lohnarbeiter im Öffentlichen Dienst mit der Arbeiterklasse und der unversöhnliche Gegensatz zur Kapitalistenklasse und ihrem Staat, gegen Ausbeutung, Ausplünderung und Unterdrückung.

Die Bewegung im öffentlichen Dienst steht noch vor einer großen Aufgabe. Sich unter einer Festgeldforderung zusammenzuschließen, die genau an der richtigen Stelle spaltet, zwischen Lohnabhängigen und der Dienstaufsicht, den Antreibern und Unterdrükkern, zwischen Lohnarbeit und Bourgeoiseinkommen. Das tut die 170 DM-Forderung. Gestützt auf ihre langen Erfahrungen, mit der sozialdemokratischen Lohnpolitik, kann die Bewegung für Festgeldforderung die Absichten des Hauptvorstandes verhindern. – (mr)

Hannover. ÖTV-Kreisdelegiertenkonferenz: 170 DM Festgeld
Hamburg. ÖTV-Bezirkstarifkommission: Zustimmung zum Vorschlag des Hauptvorstandes
Bremen. ÖTV-Sprecherversammlung: 180 DM Festgeld
Osnabrück. erweiterter ÖTV-Kreisvorstand: 8 %, mindestens 150 DM
Wolfsburg. ÖTV Mitgliederversammlung: 150 DM mindestens
Braunschweig/Wolfenbüttel. ÖTV-Kreisdelegiertenkonferenz: 8 %, mindestens 120 DM
Goslar/Clausthal. ÖTV-Kreisdelegiertenkonferenz: 8 %, mindestens 120 DM
Stormarn/Lauenburg. ÖTV-Kreisdelegiertenkonferenz: 170 DM Festgeld
Göttingen. ÖTV-Funktionärsversammlung: 200 DM Festgeld
Göttingen. ÖTV-Kreisvorstand: 180 DM Festgeld; jetzt alternativ dazu 8 %, mindestens 125 DM
Braunschweig. Vertrauensleute der Postgewerkschaft: 8 %, mindestens 170 DM
Osnabrück. GEW-Bezirksdelegiertenversammlung: 170 DM Festgeld
Lingen/Emsland. GEW-Regionalverband: 170 DM Festgeld

Weitere Verödung ländlicher Regionen geplant

Verwaltungs- und Gebietsreform in Niedersachsen

Die Niedersächsische Landesregierung will nach der Gemeindereform bis zum Sommer 1977 eine neue „Verwaltungs- und Gebietsreform" durchgeführt haben. Diese „Verwaltungs- und Gebietsreform" sieht vor, daß 12 Landkreise von bisher 36 auf die verbleibenden 24 aufgeteilt werden sollen. Daß die jetzigen Regierungsbezirke von bisher 8 auf 4 verringert werden sollen.

Gegen diese Absichten der Landesregierung gibt es heftigen Protest. In Wolfsburg haben 5000 anläßlich der Zustimmung des FDP-Landesparteitags zur Regierungskoalition mit der CDU gegen die damit verbundene „Verwaltungs- und Gebietsreform" demonstriert. In Emden wurde der Minister Glup ausgepfiffen und Transparente enthüllt, auf denen stand: „An der Leine sitzen Schweine." Die ‚Aktionsgemeinschaft rettet den Landkreis Friesland' ruft zu einer Arbeitsniederlegung auf. In ihrem Flugblatt heißt es: „Um das Gelingen der Aktion zu gewährleisten, müßte unseres Erachtens folgendes als abgestimmt gelten: Die Arbeitnehmer und Arbeitgeber tragen die Aktion gemeinsam. Es ist kein Streik."

Warum ist die Landbevölkerung gegen die Gebietsreform? Welche verschiedenen Interessen gibt es in dieser Bewegung? Der Staatsapparat ist ver-
Bewegung? Der Staatsapparat ist ver-
haßt beim Volk. Die bürokratische Bevormundung und schikanöse Behandlung sind jedem aus eigner Erfahrung bekannt, der das Vergnügen hatte, in den Staatsinstitutionen herumgeschickt zu werden.

Was auf das Volk zukommen wird, hat schon die Gemeindereform hervorgebracht. Die Samtgemeinde Flootwedel bei Celle ist aus 18 Gemeinden gebildet worden. In dieser Samtgemeinde gibt es 4 Untergemeinden, alle ohne eigene Verwaltung. Hat man mit der Gemeindeverwaltung außer an der eingerichteten Sprechstunde zu tun, die an diesen 4 Orten eingerichtet wurden, müssen 15 km zurückgelegt werden. Busverbindungen gibt es nur solche, wo man gleich mit dem Fahrrad fahren kann, oder eben gar keine. Doppelt und dreifach sind nicht nur die Anreisewege zur Kreisverwaltung, sondern ebenfalls die Bürokratie und schikanöse Behandlung. Werden die Kreise geändert, dann wird sich neben verschiedenen Gebührenerhöhungen zumeist auch das Zentrum, welches eine solche Kreisstadt auf dem Land hat, verschieben.

Was sich hier weiter verschärft, ist der Gegensatz zwischen Stadt und Land, der durch die weitere Konzentration und Zentralisation des Kapitals in bestimmten Bereichen des Landes vorangetrieben wird, und die zur Verödung ganzer ländlicher Regionen führt. Nachdem der Kapitalismus nach dem 2.Weltkrieg wieder aufgebaut worden ist, hat dieser Prozeß zu einer gewaltigen Verschärfung dieses Gegensatzes geführt. Die „Verwaltungs- und Gebietsreform" wird diesen Prozeß weiter befördern. Gestärkt werden soll der Industriegürtel, der sich von Braunschweig über Hannover bis nach dem Raum Osnabrück erstreckt. Die Landkreise südlich und nördlich dieses Gürtels werden verändert und in ihren Eigenständigkeiten als Kreisverwaltungen beschnitten. Großzügig wird mit 25% die Industrie im Bereich Braunschweig bei Investitionen gefördert, wird die Verkehrsverbindung zwischen der Industriestadt Wolfsburg und Braunschweig zwecks Sicherung des schnellen Umschlags des Kapitals ausgebaut, während im Harz die Streckenstillegung der Bundesbahn vorangetrieben worden ist. Nicht anders ist es in den Bereichen der Zentren Oldenburg, Emden oder Wilhelmshaven. Die Bevölkerungsdichte zwischen diesen Zentren ist niedrig, die Landbevölkerung wird in die Städte als Arbeitskräftereservoir aufgesaugt für die kapitalistische Profitproduktion. Aus Ostfriesland sollen ca. 1000 Arbeiter nach Wolfsburg umgesiedelt werden. Die „Verwaltungs- und Gebietsreform" entspricht dieser Entwicklung und wird sie befördern, und wird sich auch in Fragen der Schulentwicklungspläne, der ärztlichen und stationären Behandlung niederschlagen, von denen das Land getrennt wird.

Gegen diese Auswirkungen richtet sich der Widerstand der Landbevölkerung.

Völlig andere Interessen hat die Kleinbourgeoisie, die ebenfalls zum Protest gegen die „Verwaltungs- und Gebietsreform" aufruft. Sie wehren sich gegen eine Benachteiligung im Konkurrenzkampf, in der Ausbeutung der Arbeiterklasse. Verschiedentlich sitzen sie in Bürgerinitiativen und fordern zum einheitlichen Handeln zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern auf. Die Hauptlast der „Verwaltungs- und Gebietsreform" wird von den Bauern, Landarbeitern, Arbeitern und kleinen Handwerkern getragen. Dabei ändert sich nichts, daß es verschiedentlich solche kleinen Bourgeois sind, die lauthals gegen die Absichten des Staates wettern.

Solange der Kapitalismus nicht beseitigt und der Sozialismus nicht aufgebaut wird, wird auch der Gegensatz zwischen Stadt und Land nicht beseitigt werden können. Darin liegt das Ziel der Arbeiter und Bauern. – (wk)

„Wo aber der deutsche Kaufmann?"

Mit ihrer Kreditpolitik wollen die westdeutschen Bourgeois den englischen Finanzbaronen Extraprofite und Einflußgebiete abjagen

Zu Beginn der letzten Woche hat der Exekutivrat des Internationalen Währungsfonds (IWF) endgültig beschlossen, Großbritannien einen Kredit von 3,9 Milliarden US-Dollar (rund 9,3 Milliarden DM) einzuräumen. Im Exekutivrat haben außer Großbritannien die USA, die BRD, Frankreich und Japan einen ständigen Vertreter. Allein die USA vereinigen 20,75 % der Stimmen auf sich, die BRD 5,01 %. Ziel der imperialistischen Konkurrenten Großbritanniens ist es, die Weltmarktanteile und Einflußgebiete des jahrhundertealten ehemaligen englischen Kolonialreiches an sich zu reißen.

Dreimal mußte Großbritannien im vergangenen Jahr seine Konkurrenten um Kredite angehen. Um zwei Milliarden Dollar des Internationalen Währungsfonds ging es am 2. Januar 1977. Im Juni gaben die Länder des „Zehner-Club" einen kurzfristigen Kredit von 5,3 Milliarden Dollar. Otmar Emminger, Vizepräsident der Bundesbank, erklärte am 8. Juni im „Handelsblatt", wenn dieser Kredit nicht zurückgezahlt würde, wäre eine Umschuldung auf einen längerfristigen Kredit mit „erheblichen wirtschaftlichen Auflagen für London" verbunden. England konnte den Kredit nicht zurückzahlen, sondern mußte den jetzt gewährten neuen Kredit abhandeln. Emminger erläuterte am 8. Oktober in der „Süddeutschen Zeitung", welche Bedeutung der Internationale Währungsfonds dabei hat, „daß der Internationale Währungsfonds die einzig internationale Organisation darstellt, die überhaupt in der Lage ist, wirksame Auflagen für Kredite festzulegen". Keine Kapitalistenklasse leiht einer anderen Geld, ohne daß sie nicht dem Konkurrenten Profite, Märkte und Einflußsphären abjagt. Allein sind die westdeutschen Bourgeois zu schwach, im Verein mit der westlichen Supermacht geht das besser, denn es ist eine gehörige Portion von Möglichkeiten der wirtschaftlichen Sanktionen und eine wirksame Militärmacht notwendig, um die gemachten Kreditauflagen durchzusetzen und den Rückfluß der Gelder nebst Zinsen zu gewährleisten. Kürzungen des britischen Staatshaushaltes von 2 Milliarden Pfund (8 Milliarden DM) hat eine Kommission des Internationalen Währungsfonds im einzelnen festgelegt und die Regierung muß 20 % der Aktien des Erdölkonzerns BP verkaufen. Ihren Plan, die Mehrwertsteuer, Alkohol- und Tabaksteuer zu erhöhen, wagten die vereinigten Imperialisten allerdings nicht, in die Tat umzusetzen. Wie das „Handelsblatt" am 6.12. geschrieben hat, hinderte sie daran nur die Furcht vor der Kampfkraft der englischen Arbeiterklasse: denn dies hätte „den Stabilitätspakt der Regierung mit den Gewerkschaften auf eine schwere Belastungsprobe gestellt".

Die westdeutschen Bourgeois reden uns gegenwärtig tagtäglich ein, die Entwicklung der westdeutschen Wirtschaft hinge im kommenden Jahr vollständig von der Entwicklung des Außenhandels ab. In Wirklichkeit träumen sie davon, sich als Erben des ehemaligen britischen Empire, das bis in dieses Jahrhundert die halbe Menschheit unter den Rohren seiner Kanonenboote vereinigte, einsetzen zu können. Otto Wolff von Amerongen, Stahlkapitalist und Vorsitzender des Deutschen Industrie- und Handelstages, zu Neujahr in den Nachrichten für Außenhandel:

„Die Bundesrepublik verfügte 1948 durch eine jahrzehntelange Abtrennung vom Ausland über nur sehr wenige im Ausland erfahrene Kräfte. Der französisch sprechende Kaufmann findet sich in Afrika und Asien zurecht. Der Engländer trifft in Amerika und Asien und Afrika auf seine Sprache. In Südamerika sind die Spanier und Portugiesen zuhaus – *wo aber der deutsche Kaufmann?*"

Wolff von Amerongen überschreibt seinen Artikel mit „Neue Tendenzen im Außenhandel". Ein Teil dieser „Neuen Tendenzen", die auch die westdeutsche Politik bei der Kreditvergabe an England bestimmen, besteht darin, daß die westdeutschen Imperialisten die Länder der Dritten Welt direkt und selbst ausbeuten wollen. Dies wurde ihnen abgeschnitten durch die alten Kolonialreiche und durch zwei verlorene Weltkriege. 1975 mußten die westdeutschen Imperialisten 56 % ihres Handels mit den Entwicklungsländern über dritte Länder ababwickeln; 75 % ihres Erdöls können sie nicht direkt in den Hersteller-Ländern kaufen, sondern müssen es über die USA, Großbritannien, Niederlande oder Belgien als Einkaufsländer beschaffen. Das ist schmerzlich für Otto, den Profitwolff von Amerongen. Die BRD-Imperialisten wollen die Schwäche des englischen „Vettern" nutzen, um sich in deren Geschäfte einzunisten und in den Fußstapfen dieser heruntergekommenen Kolonialmacht zu wandeln.

Mittelbarer Handel der BRD über Großbritannien

Einkaufsland Herstellungsland	1975 (Mio DM)	1975 (%)
Einkaufsland Großbrit.	16 021	100.0
davon hergestellt in:		
Großbritannien	6 371	39.8
anderen Ländern	9 649	60.2
darunter:		
Iran	2 408	15.0
Nigeria	1 417	8.8
Libyen	998	6.2
Niederlande	610	3.8
Abu Dhabi	482	3.0
Kuweit	433	2.7
Südafrika	325	2.0
Frankreich	286	1.8
Sambia	203	1.3
Vereinigte Staaten	184	1.1
Philippinen	169	1.1
Sowjetunion	169	1.1
Venezuela	157	1.0
Saudi-Arabien	156	1.0
Kanada	130	0.8
Malaysia	108	0.7
Italien	103	0.6
Belgien/Luxemb.	85	0.5
Japan	65	0.4
Algerien	59	0.4
Australien	54	0.3
Ghana	52	0.3
Spanien	47	0.3
Rumänien	47	0.3
VR China	44	0.3
Elfenbeinküste	43	0.3
Indien	40	0.3

Quelle: Statistisches Bundesamt

1975 liefen noch 29 % aller indirekten Einfuhren Westdeutschlands über britische Konzerne, darunter nahezu ein Fünftel der westdeutschen Rohöleinfuhren. An den Extraprofit, den diese englischen Konzerne aufgrund ihrer Stellung als traditionelle Kolonialmacht dabei machen, wollen die BRD-Imperialisten selber ran. Zudem bietet die Beherrschung der Rohstoffquellen und Handelswege die Möglichkeit wirtschaftlicher Sanktionen. Von solcher Gefahr wollen sich die BRD-Imperialisten befreien und dies Instrument selbst in die Hand bekommen. Dazu müssen sie in die Ausgangsbasis des britischen Imperialismus selbst vordringen. 1975 ist es ihnen erstmals gelungen, mehr Kapital nach England zu exportieren, als umgekehrt floß. Trotzdem sind die Kapitalanlagen der englischen Monopole in Westdeutschland noch mehr als doppelt so hoch, wie die westdeutschen Kapitalvermögen in Großbritannien. Der erzwungene Verkauf der britischen BP-Anteile, in deren Besitz sich auch die westdeutsche „Deminex" bringen will, ist der Weg, wie sich die Bourgeois die „neue Tendenz" denken. Es ist der alte Kampf imperialistischer Monopole unter verschobenen Kräfteverhältnissen und in einer Situation der verschärften Widersprüche in der Welt. – (fb)

Mittelbare Einfuhr der BRD nach ausgewählten Mittlerländern

Mittlerland (Einkaufsland)	1975		Zu-(+)bzw. Abnahme(–) 1975gegen 1974
	Mio DM	%	%
Einfuhr			
Großbritannien	9 649	29.0	– 17.3
Vereinigte Staaten	9 359	28.1	– 15.5
Schweiz	4 870	14.6	– 2.4
Niederlande	3 484	10.5	– 2.3
Belgien/Luxemb.	2 088	6.3	+ 3.7
Frankreich	1 831	5.5	+ 3.3
Sonstige Länder	1 978	5.9	– 16.6
Mittelbare Einfuhr insgesamt	33 259	100	– 11.2

Quelle: Statistisches Bundesamt

Abu Daud frei

Abu Daud war am 7. Januar in Paris verhaftet worden, als er an der Beerdigung eines vom israelischen Geheimdienst ermordeten PLO-Mitglieds teilnehmen wollte. Abu Daud ist führendes Mitglied der PLO. Von westdeutschen Zeitungen und Behörden wird er beschuldigt, den Anschlag gegen die Teilnehmer des zionistischen Kolonialstaates an den Olympischen Spielen geleitet zu haben. Dafür hätten sie Abu Daud gern in die Finger gekriegt. Gleichzeitig hatten sie auch wieder Angst vor der eigenen Courage. Die bayrische Justiz erließ zwar am 8. Januar einen Haftbefehl gegen Abu Daud, einen Auslieferungsantrag an Frankreich hat die bayrische Regierung jedoch genausowenig wie die Bundesregierung gestellt. Sofort nach der Verhaftung Abu Dauds haben sämtliche arabischen Botschafter in Paris seine bedingungslose Freilassung verlangt. Der Protest der arabischen Völker wie aller fortschrittlichen Kräfte wurde Tag für Tag heftiger. Abu Daud mußte freigelassen werden. Mögen sich jetzt die bürgerlichen Journalisten den Kopf darüber zerbrechen, wie es überhaupt zu der Verhaftung durch die französischen Imperialisten gekommen ist. Die Völker wissen: Abu Dauds Freilassung ist ausschließlich das Ergebnis ihres beharrlichen Kampfes für Befreiung vom Imperialismus.

Schmidt auf Inspektionsreise in Spanien

Im Anschluß an seinen Urlaub in Marbella führte Kanzler Schmidt eine Inspektion bei der spanischen Regierung und im Königshaus durch. Er begrüßte Juan Carlos in seinem Palast mit den Worten: „Sie haben es ja ganz nett hier!" Nach dem Gespräch lobte er „die Energie, mit der der junge König die Demokratisierung vorantreibt". Auch Ministerpräsident Suarez, der frühere Sekretär der faschistischen „Bewegung", wurde als „einer der erfolgreichsten Regierungschefs Europas" gelobt. Schmidt zeigte sich angetan von den bisherigen Bemühungen, dem Faschismus parlamentarische Schminke aufzutragen, und machte zum weiteren Verfahren folgende
zum weiteren Verfahren folgende
Vorschläge: „Es handelt sich darum, dass Sie ein Wahlgesetz machen müssen. Die Frage einer 5 %-Klausel, oder 3 % oder was. Sie haben ein paar zuviel Parteien gegenwärtig in Spanien. Sie haben Probleme der Etablierung einer normalen Gewerkschaftsbewegung." (Interview im ZDF, 7.1.) In zahlreichen Städten Spaniens, vor allem im Baskenland, fanden zur gleichen Zeit Demonstrationen für die vollständige Befreiung der Gefangenen des Regimes statt. In Sestau bauten die Massen Barrikaden.

Stammheimer Kartell

Im Stammheimer Prozeß ist jetzt durch Verteidiger Schily enthüllt worden, dass der Stammheimer Vorsitzende Prinzing den Richter Mayer „von Kollege zu Kollege" mit Material aus dem RAF-Prozeß versorgt hat. Der Dritte Strafsenat und Richter Mayer müßten im Zweifelsfall über eine Revision der RAF-Gefangenen gegen ein Urteil in Stammheim entscheiden. Mayer seinerseits fütterte die bürgerliche Presse mit diesem Material. So wurde folgender Brief an den Chefredakteur der „Welt" bekannt (Auszug):

„Lieber Kartellbruder Kremp, (. . .) Wir hatten im Frühjahr ein Telefongespräch, dessen Gegenstand eine von mir vorgeschlagene Veröffentlichung über experimentelle Untersuchungen der Sicherungsgruppe des Bundeskriminalamtes gewesen ist, mit denen die Möglichkeit überprüft worden war, ob der bekannte Ensslin-Kaliber, aus dem Zellenfenster gehalten, (. . .) mit einem Teleobjektiv hatte aufgenommen werden können . . . Ich übersende Dir als Anlagen erstens auszugsweise Ablichtungen der kriminalpolizeilichen Vernehmung Müllers (des gekauften „Kronzeugen" gegen die RAF, Red.), zweitens Auszug aus dem Wortprotokoll vom 13. Juli 1976 . . . Vielleicht könnte diese Aufgabe gar einen Chefredakteur reizen? (. . .) Es wäre mir lieb, wenn die übersandten Unterlagen (. . .) nach Ausgebrauch vernichtet würden." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.1.77)

Kommunistische Volkszeitung – Ausgabe Nord – Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J. Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Postfach 5129, Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim, Telefon 0621 / 75 20 15 – Gedruckt in Hamburg – Redaktion: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Telefon: 0511 / 81 40 45 – Zu bestellen über Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 5129, Sandhofer Straße 29 6800 Mannheim – Jahresabonement incl. Porto: 36 DM – Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 2/1977: 32 000

Raubbau, Spekulation, Kriegswirtschaft

Restauration des Kapitalismus in der Landwirtschaft der UdSSR / Traurige „Rekorde"

Zu dem ganzen Lametta, das sich Breshnew zum 70. Geburtstag als „großer Sohn eines großen Volkes" an die Brust heften ließ, gehörte auch die laut hinausposaunte Erfolgsmeldung über eine „Rekordernte" in der sowjetischen Landwirtschaft. Dies war eine nicht weniger dreiste Täuschung als alle anderen Lobhudeleien, die bei dieser Gelegenheit von den Großfürsten, Statthaltern und Vasallen in byzantinischer Manier auf den neuen Zaren im Kremlpalast ausgebracht wurden.

Die landwirtschaftliche Produktion hat die im 1975 ausgelaufenen Fünfjahresplan gesteckten Ziele bei weitem nicht erreicht. Auf diesem stagnierenden Ausgangsniveau hat auch die angebliche „Rekordernte" 1976 keine wesentlichen Verbesserungen gebracht. Die Produktion von Fleisch- und Milchprodukten sank 1976 um 5 bis 10 % weiter ab. Baumwolle und Zuckerrüben erreichten eine höhere Produktion gegenüber dem Vorjahr, aber blieben ebenfalls gegenüber den Planziffern zurück. Einen schweren Einbruch hat die Kartoffelproduktion gehabt, die mit 85 Millionen Tonnen weit hinter den Durchschnittsergebnissen der letzten Jahre zurückblieb. (Nach: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.1.77)

Die „Rekordernte" soll hauptsächlich beim Getreideanbau stattgefunden haben. Tatsache ist, daß 1976 erstmals nach zwei schweren Mißernten die Getreideproduktion von 1973 wieder erreicht wurde, die 222,5 Millionen Tonnen betragen hatte. Diesmal wurden 223,8 Millionen Tonnen gemeldet. Dieser äußerst knappe „Rekord" macht stark den Eindruck eines Potemkinschen Dorfes, das Breschnew sich zum Geburtstag schenken ließ. Auch 1975 wurden lange Zeit noch weit überhöhte Zahlen über die Getreideernte angegeben, bis schließlich – nach angeblichen oder tatsächlichen großen Verlusten bei Transport und Einlagerung des Getreides – sich das katastrophale Schlußergebnis von 140 Millionen Tonnen herausschälte.

Die revisionistischen Machthaber brauchen dringend Erfolgsmeldungen wie die „Rekordernte" in diesem Jahr. Denn im zwanzigsten Jahr der kapitalistischen Restauration unterliegt die Landwirtschaft in der Sowjetunion extremen Schwankungen und bleibt auf niedrigem Niveau. Die Arbeiter müssen um 20 bis 30 % höhere Preise im Vergleich zu 1960 für Fleisch, Fette oder Gemüse zahlen, entgegen den Behauptungen über „stabile Lebensmittelpreise" der Revisionisten. Das enthüllt die offizielle sowjetische Statistik (Peking Rundschau, 20/75). Ein Viertel bis ein Fünftel der Lebensmittel wird privat produziert und muß von den Arbeitern auf Märkten und Schwarzmärkten zu noch weit höheren Preisen gekauft werden, weil in den staatlichen Läden nicht zu bekommen.

Die Revisionisten haben abwechselnd die Wettergötter oder das Versagen einzelner Funktionäre für die Stagnation und den Zustand der planlosen Zerrüttung in der Landwirtschaft verantwortlich gemacht. Verschiedentlich haben sie es gewagt, die Bauern und Landarbeiter des „Mangels an der notwendigen Liebe zum Land" zu bezichtigen. Allein für diese Unverschämtheit werden sie aufgehängt werden.

Solange die Arbeiter im Bündnis mit den Bauern unter Führung der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Lenins und Stalins, Herren der Produktion und der Gesellschaft waren und die Diktatur über die Bourgeoisie ausgeübt haben, haben sie die Landwirtschaft planmäßig und stetig vorangetrieben. Dies geschah in einer Zeit, als die Sowjetunion in einem gigantischen Entwicklungssprung sich zu einem modernen sozialistischen Industrieland entwickelte, trotz imperialistischer Blockade und Einkreisung. Und nur durch die revolutionäre Kraft der Massen der Arbeiter und Bauern konnten die beispiellosen Verwüstungen und Menschenopfer, die der Überfall Hitler-Deutschlands dem Sowjetvolk brachten, in kürzester Zeit wettgemacht werden. Im Jahre 1952, dem Todesjahr Stalins, war der Stand der Vorkriegsproduktion (90 Millionen Tonnen 1938) bereits um fast ein Drittel überschritten, auf 132 Millionen Tonnen. Der schrittweise Machtantritt des modernen Revisionismus und die damit verbundene Restauration des Kapitalismus schlug sich direkt in einer über 10jährigen Stagnation der landwirtschaftlichen Produktion, besonders der Getreide, nieder. Darüber stürzte Chrustschow (der noch 1961 großmäulig verkündet hatte, in wenigen Jahren würden 300 Millionen Tonnen Getreide jährlich geerntet werden). Breschnew trieb vor allem die Neulanderschließung in Kasachstan durch rücksichtslosen Raubbau an Mensch und Natur voran. Durch die Ausdehnung der Anbauflächen gab es eine Steigerung des Produktionsniveaus, die jedoch mit verstärkter Krisenhaftigkeit und andauernden Rückschlägen verbunden blieb. In dieser Phase befindet sich die sowjetische Landwirtschaft bis heute.

Getreideproduktion der SU 1960-75 (1)

Getreideernte – Mio t –

Restauration des Kapitalismus: Anarchie in der Landwirtschaft

(1) Angaben nach: Statistisches Jahrbuch der DDR 1970; Statistic Yearbook of UN 1974. Vergleichend herangezogen: Statistisches Jahrbuch der BRD 1976.

Entsprechend den vom Vorsitzenden Mao entwickelten Leitlinien: „Die Landwirtschaft als die Grundlage und die Industrie als den führenden Faktor nehmen!" und: „Die Revolution anpacken, die Produktion fördern!" haben die revolutionären Massen Chinas gleichzeitig die Landwirtschaft zur Blüte gebracht und die Mittel für die sozialistische Industrialisierung Chinas freigesetzt. Nur Anfang der sechziger Jahre, als auch in China der moderne Revisionismus mit Unterstützung der revisionistischen Führer der Sowjetunion nach der Macht griff und die Wirtschaft sabotierte, gab es auch in der Volksrepublik China Stagnation und Rückschläge in der landwirtschaftlichen Produktion. Mit der Großen Proletarischen Kulturrevolution wurden diese Hemmnisse weggefegt. Trotz schwerer Naturkatastrophen wurden in 14 aufeinanderfolgenden Jahren reiche Ernten eingebracht und die landwirtschaftliche Produktion stetig gesteigert. Seit 1967 werden die Wirtschaftspläne durchweg erfüllt oder übererfüllt. Und auch für das Jahr 1976 wurde trotz der schweren Erdbebenkatastrophe die bisher größte Getreideernte Chinas gemeldet.

Getreideproduktion in der VR China (1)

1949	1952	1957	1971	1975 (2)
110 Mio t	155 Mio t	185 Mio t	246 Mio t	300 Mio t

(1) Angaben nach: Kurzer Abriß der Wirtschaft Chinas, Peking 1974
(2) Handelsblatt, 4.1.77

Die Entwicklung der Produktivkräfte in der sowjetischen Landwirtschaft wird gefesselt dadurch, daß sie von den Sozialimperialisten rücksichtslos für die Steigerung der industriellen Kapitalakkumulation, speziell im Rüstungssektor, genutzt wird. Neben Raubbau an Natur und Boden ist dabei die wesentliche Methode die Überarbeitung und Verelendung der ländlichen Arbeiter und der Bauern. 30 Millionen müssen nach offizieller Statistik unter dem Existenzminimum leben (Hsinhua, 24.12.76). Jetzt soll, wie in der sowjetischen Industrie schon nahezu die Regel, Schichtarbeit in breitem Umfang eingesetzt werden, einschließlich Nachtarbeit durch Installation von Flutlichtanlagen.

Die notwendigen Investitionen können die Kolchosen oft nur tätigen, indem sie sich verschulden. Insgesamt sind die Kolchosen mit 17,1 Milliarden Rubel verschuldet, 1 100 Rubel pro Kopf der Landarbeiter und Bauern, mehr als sie in einem Jahr verdienen. Das sind die traurigen „Rekorde" der Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion.

Sowjetische Getreidekäufe: internationale Spekulation und Anlage strategischer Reserven

Die Sozialimperialisten haben in den letzten Jahren die größten Getreideeinkäufe auf dem Weltmarkt getätigt, die überhaupt jemals ein Land getätigt hat, von 1970 bis 1975 insgesamt 66 Millionen Tonnen. Bis 1981 werden ihnen die USA mindestens 6 bis 8 Millionen Tonnen jährlich liefern. Große Einkäufe werden daneben getätigt.

Die Einkäufe dienen nach wie vor dem Ausgleich der Verluste in der eigenen Landwirtschaft, die den Bedarf nicht deckt. Sie dienen darüberhinaus jedoch der Anlage strategischer Reserven im Zuge der Kriegsvorbereitungen der Sozialimperialisten und sind ein direkter Bestandteil dessen. Für die Anlage entsprechender strategischer Reserven der USA von wenigstens 25 Millionen Tonnen hat sich der neue Präsident der USA, Carter, ausgesprochen.

Die Hortung großer Getreidemengen dient schließlich dazu, in diesem Fall den Sozialimperialisten, Spekulationsgeschäfte auf dem Weltmarkt zu unternehmen und die Wirtschaft kleinerer und abhängiger Staaten in Abhängigkeit von der sowjetischen Wirtschaft zu bringen. So hat die Sowjetunion von 1970 bis 1975 von den 66 Millionen Tonnen Importgetreide 28,6 Millionen Tonnen wieder exportiert, davon 22,6 Millionen Tonnen in die RGW-Länder und über 4 Millionen Tonnen in Länder der Dritten Welt. Über eine Million Tonnen Getreide erhält in diesem Jahr Polen, das so verschuldet und vom Sozialimperialismus ausgepowert ist, daß es nicht mehr selbst auf dem Weltmarkt einkaufen konnte. Die Sozialimperialisten brachten „brüderliche Hilfe" für die Gegenleistung, daß in Zukunft die gesamte Wirtschaft Polens noch enger mit der Wirtschaft der Sowjetunion verflochten wird. Allein in 1975 soll die Sowjetunion 30 Millionen Tonnen Getreide geordert haben. Die Getreidepreise sind gegenwärtig wieder niedrig. Sie werden sicher bald wieder steigen. Berühmt-berüchtigt ist der sowjetische Coup von 1972, als in den USA und Kanada Scharen sowjetischer Einkäufer und Agenten gleichzeitig, oft anonym auftraten und in den USA allein ein Viertel der gesamten Ernte zu niedrigem Preis einkauften. In kurzer Zeit war der Markt leergefegt und die Preise schossen in die Höhe, von 70 Dollar 1972 auf 139 Dollar 1973. Der Schaden war vor allem für die Entwicklungsländer riesig. Mußten sie 1970 bis 1972 im Durchschnitt 3,1 Milliarden Dollar pro Jahr für Getreideimporte aufwenden, so waren es 1973 bereits 8,2 Milliarden und 1974 11,2 Milliarden Dollar. Der Widerspruch zwischen den Sozialimperialisten und den Völkern der Welt ist unversöhnlich. – (gk)

Brasiliengeschäft: Verschärfte Konkurrenz zwischen USA- und BRD-Imperialismus

Untereinander wie Wölfe, aber gegen die Völker einig

Die BRD-Imperialisten haben von dem neugewählten US-Häuptling Carter eine eingefangen, weil sie den USA als Ausbeuter und Unterdrücker der lateinamerikanischen Staaten Konkurrenz machen:

Vor zwei Jahren hat die BRD Brasilien, das Kernreaktoren von der BRD beziehen will, dazu gezwungen, ein erpresserisches Abkommen zu unterzeichnen, das den BRD-Imperialisten freien Zugang zu Brasilien schafft und es internationalen Inspektionen unterzieht, unter dem Vorwand, „mal nachschauen, ob sie Atombomben mit den Kernreaktoren machen".

Dieses Abkommen haben die Imperialisten im Verein Brasilien aufgezwungen, und die BRD-Imperialisten haben die Zustimmung Brasiliens zu „internationalen Inspektionen" (in Wahrheit handelt es sich um die Einmischung der Supermächte und der des Lieferlandes) zur Lieferbedingung gemacht.

Seitdem haben die BRD-Imperialisten das durch den Abschluß des Abkommens für sie offene Brasilien weidlich ausgeschlachtet: Der Bau von Kernkraftwerken, der mit dem Abkommen perfekt war, eröffnet für die Stahlkapitalisten, Metallindustrie usw. in Brasilien große Möglichkeiten.

3,1 Milliarden DM sind allein im Jahre 1976 als Kapital zur Ausbeutung brasilianischer Arbeitskraft angelegt worden. Weitere Werke, die „Folgeindustrie" des Reaktorbaus sind in Vorbereitung.

Für die westdeutschen Imperialisten hat die Ausbeutung und Ausplünderung Brasiliens jedoch einen Haken: Andre sitzen da auch schon drin und wollen sie nicht reinlassen: in diesem Falle traditionell die USA.

Sie sind überhaupt nicht einverstanden, daß ihnen die BRD in der Ausbeutung und Ausplünderung der lateinamerikanischen Länder Konkurrenz macht.

Prompt drohen sie jetzt an, die Uranlieferungen an die BRD einzuschränken bzw. ganz sein zu lassen, wenn die BRD-Imperialisten nicht die Finger von ihren Jagdgründen lassen.

Als Vorwand dafür dient ihnen der sogenannte „Atomsperrvertrag". Die Welt müßte davor bewahrt werden, daß außer den beiden Supermächten weitere Staaten Atombomben herstellen. Denn: außer bei ihnen beiden seien sie bei keinem sicher. Sie bezeichnen Atombomben als eine Bedrohung, wenn sie sich in der Hand anderer Staaten befinden.

Die größten Konzerne des Reaktormarktes

Unternehmen	Land	Erstellte undzuer- stellende Kraftwerks- leistung in MW	davon Export
1. Westinghouse	USA	69 793	12 688
2. General Electric	USA	68 785	11 226
3. Babcock & Wilcox	USA	19 568	–
4. Combustion	USA	12 806	–
5. Kraftwerks-union AG	BRD	12 703	1 464
6. TNPG	GB*	6 926	200
7. AECL	Kanada	5 910	400
8. Gulf	USA	5 610	–
9. Mitsubishi	Japan	5 228	–
10. ASEA	Schweden	4 450	600

* GB: Großbritannien

Dazu die BRD-Imperialisten:

„Sie (die BRD) will selbst nicht Atomwaffenmacht werden. Sie kann nicht wollen, daß andere es werden. Sie kann auch nicht verkennen, daß der Atomwaffensperrvertrag als Sicherung gegen das Entstehen neuer Atommächte nicht ausreicht." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.12.76)

Der Atomsperrvertrag, den die beiden Supermächte 1968 initiiert haben, hat für die BRD-Imperialisten Vor- und Nachteile.

Er bedeutet:

1. Lieferbeschränkungen für die Staaten, die außer der Sowjetunion und den USA noch Kernreaktoren herstellen, für Anlagen, die für den Atomwaffenbau benutzt werden können.

Diese Bestimmungen drücken die Sorge der Supermächte vor der imperialistischen Konkurrenz aus.

2. bedeutet der Atomsperrvertrag: Zustimmung der belieferten Länder zu „internationalen Inspektionen". Das sind zum größten Teil die Staaten der Dritten Welt. Kein Land, das nicht die „internationalen Inspektionen" und damit das Eindringen der Imperialisten in sein Land zuläßt, bekommt von den Paktstaaten Kernanlagen geliefert. Diese Aussicht auf Inspektion, Kontrolle und damit Interventionsvorwände gegen die Länder der Dritten Welt war der Grund, warum die BRD-Imperialisten den Vertrag unterzeichnet haben.

Dem Atomsperrvertrag gehören nur 53 Länder (1973) an; (der UNO über 140; zahlreiche Länder haben sich geweigert, ihn zu unterschreiben, und ihn als Diffamierung der Länder, die keine Kernwaffen besitzen, und als Heuchelei der Supermächte bezeichnet).

Auch Nichtmitgliedstaaten werden gezwungen, die Bedingungen dieses Vertrages anzuerkennen, wenn sie mit Kernkraftwerken beliefert werden wollen.

Beim Abschluß des Abkommens mit Brasilien haben die BRD-Imperialisten Brasilien gezwungen, noch schärferen Kontrollen zuzustimmen, die jetzt auch in das internationale Kontrollsystem aufgenommen wurden.

Jetzt bietet die BRD den USA an, Gespräche über erweiternde Bestimmungen des Atomsperrvertrags zu führen. Die westdeutsche Finanzbourgeoisie will, daß die Schranken fallen, die der Atomsperrvertrag für ihre Expansion bedeutet.

Weiter wollen sie die Verschärfung der Kontrollbestimmungen über die Staaten, die Kernkraftwerke beziehen. Sie halten die Situation jetzt für so reif und sich für so kräftig, daß sie auch offiziell in Stand gesetzt werden, den Supermächten Konkurrenz in Unterdrückung und Ausbeutung zu machen.

Keinen schöneren Grund könnte es für die BRD-Imperialisten geben, um zum Beispiel im südlichen Afrika zu intervenieren, als den „Mißbrauch von Kernenergie" zu stoppen.

Einzig und allein um ihre Expansion und Vorbereitung der Intervention geht es also bei dem Geschwätz über den Atomsperrvertrag.

Darüber können sie sich mit den US-Imperialisten einig werden und tun das auch.

Noch nicht heraus ist, wieweit sich die BRD gegen die USA auf die Hinterbeine stellen wird, um das Reaktorgeschäft selbständig und in Konkurrenz zum US-Imperialismus zu betreiben.

Darüber streiten sich die westdeutschen Kapitalisten noch: Am 7.1.1977 wurde der Staatsekretär Haunschild (Bundesforschungsministerium) im Fernsehen interviewt:

Frage:

„Ist unsere Atomforschung abhängig vom Wohlwollen der USA und anderer Lieferländer?"

Antwort:

„Das würde ich auch nicht sagen. Denn erstens sind die USA nicht der einzige Lieferant von angereichertem Uran ..."

Frage:

„Gäbe es denn überhaupt Alternativen für die BRD"

Antwort:

„Ja, man kann angereichertes Uran von der Sowjetunion beziehen. Man kann es auch in Frankreich kaufen. Und auch das von uns zusammen mit den Niederlanden neuentwickelte Verfahren der Urananreicherung mit Zentrifugen gibt technische Möglichkeiten, solches Material zu erzeugen."

Frage:

„Zur Not können wir uns auch selber versorgen?"

Antwort:

„Ja, das können wir."

Gegenüber der Arbeiterklasse in Westdeutschland, aus der das Kapital für die expansionistischen Pläne gesaugt wird, hat man zwei Tonarten des Chauvinismus in propagandistischer Vorbereitung.

Entweder es wird eine Mischung angerührt wie:

„Wir trotzen gemeinsam den Erpressungsversuchen unserer Verbündeten – auch das muß einmal sein – im Kampf für den Fortschritt in der Dritten Welt und im Kampf um den Erhalt der Arbeitsplätze."

Oder: Das Zurückweichen vor dem Bruch mit den US-Imperialisten und dadurch Verlust dieses Milliardengeschäfts wird der nächste Propagandacoup zur Antreiberei der Arbeiterklasse in Westdeutschland sein: Unter dem Motto – dieser Verlust muß durch die Arbeit aller wieder wettgemacht werden. – (am)

Verbot des Akkordsystems

3 Tage Streik auf dem Bremer Vulkan

Bremen-Vegesack. Von Mittwoch, dem 5.1., bis Freitag, dem 7.1., streikten Tag- und Nachtschicht der Dreherei, ab Donnerstag gemeinsam mit den Arbeitern des Werkzeugbaus. Die Kapitalisten wollten nach monatelangen ergebnislosen Verhandlungen mit dem Betriebsrat die Akkordbemessung an vier numerisch gesteuerten Drehbänken verändern und dies mit den Worten „überhaupt seien die Akkorde auf der gesamten Werft seit 40 Jahren falsch berechnet worden.“ Sofort flogen die Brocken. Für Freitagmittag hatten vier weitere Branchen Versammlungen zur Klärung des Akkordes und des Streiks angesetzt, als kurz vor Mittag die Direktion in einer Betriebsvereinbarung erklärte: „Die Akkorde und ihre Berechnung auf der ganzen Werft bleiben unverändert.“ Selbst bei der Akkordkürzung an den NC-Drehbänken machte sie einen Rückzieher. Sie mußte. Zwei Stunden später wären die gesamten Werftarbeiter in den Streik getreten.

Auf der Oberfläche – und die bürgerliche Presse machte sich darüber her – ging es um die Akkorde an den vier NC-Drehbänken. Wie sah die Akkordberechnung für die numerisch (Lochstreifen) gesteuerten Drehbänke aus? Die Akkordvorgabezeiten wurden dort bisher wie folgt berechnet: Unbeeinflußbare Zeit (wo die Maschine den Arbeitsgang ohne direktes Eingreifen fährt) plus einem Zuschlag je nach der speziellen Arbeit (Einrichten von Werkzeug, Werkstück etc.). Hieraus wird dann die Verteilzeit (Erhol-, Toilettenpausen etc.) prozentual berechnet, was dann insgesamt die Akkordvorgabezeit ergibt. Die Berechnung, die das Akkordbüro durchsetzen wollte, sah in der Berechnung setzen wollte, sah in der Berechnung vor, daß die Verteilzeit nur auf die unbeeinflußbare Zeit prozentual berechnet wird. Dadurch wird die gesamte Akkordvorgabezeit heruntergesetzt.

Die Rechnung soll das am Beispiel verdeutlichen:

Bisherige Berechnung:

Unbeeinflußbare Zeit	plus	Zulage	plus	Verteilzeit	gleich	Akkordvorgabezeit
(10 Std.	plus	20 %)	plus	20 %		
(10 Std.	plus	2 Std.)	plus	2,4 Std.	gleich	14,4 Std.

Versuchte Berechnung:

(10 Std.	plus	20 %)	plus	20 %		
(10 Std.	plus	2 Std.)	plus	2 Std.	gleich	14 Std.

Am Beispiel macht die unterschiedliche Berechnungsart also 0,4 Stunden Unterschied auf 14 Stunden. Das sind genau 24 Zeitminuten Unterschied (die Akkordstunde hat 100 Akkordminuten). Von dieser Akkordstückkürzung waren vier Drehbänke in Tag- und Nachtschicht, also acht Arbeiter betroffen.

Wir haben das genau beschrieben, um zu zeigen, daß daraus der entschlossene Streik allein nicht zu erklären ist. 24 Minuten Kürzung auf 14 Stunden werden die Kapitalisten gewiß als human im Vergleich zu den Kürzungen anderer Akkorde, die 100 % oder gar 200 % schon betrugen, bezeichnen. Indes hat die allgemeine Kürzung der verschiedensten Akkorde auf der Werft eine Lage geschaffen, wo die Arbeiter auf geringste Akkordkürzung äußerst empfindlich mit Kampf antworten. Vor allem aber dann, wenn die Direktoren bzw. das Akkordbüro erklären, sämtliche Akkorde auf der Werft müßten neu berechnet werden. Dies hatte vorwitzig der leitende Pinsel vom Akkordbüro den Drehern gegenüber erklärt. Seit 40 Jahren wären alle Akkorde falsch berechnet worden und nun angefangen bei den NC-Bänken, wolle man sie neu bemessen. Daß dann erst recht der Akkord wirklich „leistungsgerecht“ sei, hat er sich gespart, denn jeder weiß, daß die Arbeitsablaufstudien-Männer und Zeitnehmer dort, wo sie auftauchen, Garant für Akkordkürzung sind. Den Drehern hat das gereicht. „Die Sache mit den NC-Bänken wird, wenn sie durchkommt, auf die Akkordzeiten der gesamten Werft angewandt und wie weit die dabei gehen, weiß keiner.“ Das war die Meinung der Dreher auf ihrer Versammlung. Entschieden beschlossen sie sofortigen Streik. Ihre Forderung: sofortige Zurücknahme der neuen Berechnungsmethode. Von mittags bis Feierabend wurde gestreikt. Zweihundert Dreher standen im Streik. Der unmittelbar an die Dreherei angrenzende Werkzeugbau berief für Donnerstagfrüh eine eigene Versammlung ein. „Der Streik der Dreher ist richtig. Wir müssen sie unterstützen. Überall kürzen sie ständig die Akkorde und jetzt haben sie erklärt, auf der ganzen Werft die Akkorde neu zu berechnen. Jetzt ist Schluß. Jetzt zeigen wir es ihnen“, so hieß es. Mehrheitlich wurde für Streik gestimmt und dann einheitlich in den Versammlungsraum der streikenden Dreher gezogen.

Überall auf der Werft war der Streik der Dreher sofort bekannt geworden. Als sich verbreitete, daß der Werkzeugbau nun auch mitstreikt, war es aus: Überall wurden die Betriebsräte und Vertrauensleute bestürmt: „Wir müssen die Dreher unterstützen. Die kämpfen für uns, wenn die eingemacht werden, kommen wir alle dran. Die versuchen beständig, uns mit dem blanken Tariflohn nach Haus zu schikken, jetzt packen wir sie. Es muß sofort eine Branchenversammlung durchgeführt werden.“ Am Donnerstag nachmittag wurden in vier weiteren Branchen für den nächsten Tag Versammlungen angesetzt, d.h. gut die Hälfte der Werft wollte unmittelbar in den Streik eintreten. Die Zeichen standen auf Sturm. Die bürgerliche Presse und Radio verkündeten diesen Sturm im gesamten Norddeutschen Raum. Bereits am Donnerstagabend kapitulierten die Direktion und das Akkordbüro. Folgende Einigung wurde getroffen:

1. Die alten Akkorde und ihre Berechnung bleiben unverändert für die gesamte Werft.
2. Die Berechnung der Akkordvorgabezeit an den vier NC-Drehbänken wird auf Basis des Vorschlags vom Akkordbüro gemacht. Die Sätze der NC-Zuschläge werden um 4 % angehoben. Dieses Ergebnis bedeutet, daß die Forderungen des Streiks nahezu vollständig erfüllt wurden. Ist zwar der Vorschlag des Akkordbüros die Berechnungsgrundlage, so aber nur, indem zugleich die Zulagen um 4 % erhöht wurden. Bei dem oben angeführten Beispiel kann man es durchrechnen, man kommt auf die alte Akkordvorgabezeit. Nur bei höheren Zulagen ergeben sich geringe Kürzungen der Vorgabezeit.

Doch der Streik war damit noch nicht beendet. Bestanden wurde auf der schriftlichen Fixierung des Ergebnisses in einer Betriebsvereinbarung. Der einzig dafür autorisierte Direktor aber jettete gerade irgendwo durch die Welt. Er mußte kommen. Gerade zwei Stunden vor den Versammlungen der anderen Branchen am Freitag war er da und unterschrieb. Daraufhin beschlossen die Dreher und die Werkzeugmacher den Streik zu beenden, nicht ohne daß die Versammlung sich weigerte überhaupt zu beraten und abzustimmen, ohne daß die frech im Raum anwesenden Meister und ein Ingenieur rausgeschmissen wurden und die nicht am Streik beteiligten Vorarbeiter gleich dazu. Freitag nachmittag wurde dann der Sieg gefeiert. Dieser plötzlich ausgebrochene, harte und heftige Kampf fußte auf einem entwickelten Bewußtsein der Arbeiter über das Akkordsystem und vielfältigen Kämpfen gegen seine Auswirkungen. Sozusagen aus dem Stand, von einem Tag auf den anderen, standen die Dreher im Streik und hätte bald die ganze Werft gestanden.

Akkord- und wissenschaftliche Schweißauspressung

Der Lohn eines Akkordarbeiters setzt sich aus dem tariflichen Grundlohn und dem Akkordüberverdienst zusammen. Letzteres vielversprechende Wörtchen suggeriert glatt die Möglichkeit des Reichwerdens. Er liegt derzeit auf dem Vulkan durchschnittlich bei 38 % des Grundlohns, das ist allerhand. 38 % auf den Ecklohn von 7,47 DM sind gerade 10,30 DM insgesamt. Von Reichwerden keine Spur. Aber von Gerechtigkeit? Gerechter Lohn? Wie der Wert aller Waren sich nur bestimmt nach der zur ihrer Herstellung durchschnittlich notwendigen Arbeitszeit und sie sich im entsprechenden Verhältnis austauschen lassen, wobei das Geld als Zahlungsmittel Wertausdruck und Mittler des Austausches aller Waren ist, genauso verhält es sich mit der Ware Arbeitskraft. Die Kapitalisten kaufen sie und bezahlen den Wert, der zu ihrer Herstellung und Erhaltung im Durchschnitt einer Gesellschaft an Lebensmitteln nötig ist. Daß das so ist, sieht man schnell, bleibt doch der Arbeiter Zeit seines Lebens Arbeiter und folgt ihm sein Nachwuchs doch in die Lohnabhängigkeit nach. Wissenschaftlich: Hat man den gegebenen Wert der Ware Arbeitskraft, läßt sich schnell der Schein der gerechten Lohnformen des Stücklohns, der gerechten Entlohnung

$$\text{Stücklohn pro Arbeitstag} \quad \text{gleich} \quad \frac{\text{Tageswert der Ware Arbeitskraft}}{\text{Stückzahl des gesellschaftlich normalen Arbeitstags}}$$

je nach Leistung zerreißen: Der Stücklohn verliert nach dieser Formel jegliche Spur vom „Preis der Arbeit“, so als ob das, was der Arbeiter geschaffen hätte, ihm entsprechend als Lohn auch wieder zurückfließen würde. Erschließen tut es sich über den Wert der Ware Arbeitskraft, den wir oben zerlegt ha- Arbeitskraft, den wir oben zerlegt haben in seinen Tageswert, um auf den Stücklohn pro Tag zu kommen. Nun zum Akkordüberverdienst. Die Erhöhung der Stückzahl pro Arbeitstag führt entsprechend obiger Formel zu einem Fall des Lohnes pro produziertem Stück. Niemand würde in einem solchen Fall mehr und schneller arbeiten. Tatsächlich entwickelt es sich aber so: Schafft ein Akkordarbeiter mehr Stücke als der Durchschnitt der Akkordarbeiter, erhält er einen höheren Akkord, mithin höheren Lohn. Aber insofern diese höhere Stückleistung gesellschaftlich normal wird, fällt die Entlohnung pro Stück. Der Akkordüberverdienst wird in den Lohn des Arbeiters eingeschmolzen. Nichts von Überverdienst. 10,30 DM ist bei Ecklohn.

Als nach dem zweiten Weltkrieg auf dem Vulkan gegen den erbitterten Widerstand der Belegschaft das Akkordsystem eingeführt wurde, haben die Arbeiter die Akkordabgabe auf 15 % begrenzt. Wöchentlich kontrollierten die Vertrauensleute die Akkordscheine und wer sich nicht daran hielt, wurde nicht alt auf der Werft. Weil, das Akkordsystem stachelt die Konkurrenz, indem es jedem mit einer individuellen Lohnerhöhung winkt, kloppt er nur mehr ran als die anderen. Über den niedrigen Grundlohn wird somit die verschärfte Schweißauspressung sozusagen freiwillig gefördert, um dann allgemein zur Norm zu werden, mal ganz abgesehen von den Kürzungen der Akkordzeiten. In den letzten fünf Jahren stieg die durchschnittliche Akkordabgabe um jährlich ein Prozent. Der Überverdienst beträgt jetzt 38 %, das ist rund ein Drittel des effektiven Lohnes und es ist dieser Teil völlig unabgesichert. Denn die Akkordvorgabezeiten für die einzelnen Arbeiten sind je nachdem völlig irreal, zum Teil bemessen nach Erfahrung, Daumen, Tabellen oder am schlimmsten nach Zeitaufnahmen. Einzelne Arbeiten sind mit den gegebenen Zeiten nicht bei Verdoppelung zu schaffen, andere hingegen reichen für eine Feier während der Arbeit.

In der Krise gehen die Kapitalisten zum scharfen Angriff auf die Akkorde über. Sie setzen willkürlich die Akkordvorgabe runter. Dann gibt es nur Kampf, denn das Bestehen auf eine Zeitaufnahme bringt im Ergebnis immer auch eine Kürzung der Akkordvorgaben. Ein Beispiel aus dem Schiffbau mag die Entwicklung der Akkorde in den letzten Jahren verdeutlichen: 1966 hat ein Kollege an einer Brennmaschine für 500 Keile ohne Nebenarbeiten 41 Stunden Vorgabezeit gehabt. Im Januar 1976 wird diese Vorgabe auf 30 Stunden heruntersetzt plus Nebenarbeiten (Flurkranbedienung, Materialstapeln, Keile entgraten, Schrott wegräumen). Im November 1976 bekommt er noch 15 Stunden. Und im Dezember 1976 bereits sollte die Vorgabezeit nur noch 10 Stunden betragen. Das ist durch Kampf verhindert worden. Den gibt es überall und beständig. Nicht selten werden Zeitstudienmänner durch die Hallen gescheucht. Bereits am 1. Mai 1973 ist von der Betriebszelle Bremer Vulkan u.a. die Forderung „Weg mit der Arbeitshetze durch das Akkordsystem – für höheren Zeitlohn – in den Vertrauensleutekörper eingebracht und dort beschlossen worden. Anläßlich der Betriebsratswahlen im Frühjahr 1975 wurden auf unsere Initiative hin Forderungsaufträge an die zu wählen- Forderungsaufträge an die zu wählenden Betriebsräte in den einzelnen Branchen beschlossen. Sechs Branchen beschlossen bereits damals die Forderung nach einem abgesicherten Mindestakkordverdienst von 135 %. Jetzt ist diese Forderung an der Tagesordnung, um sie durchzusetzen. Das zeigt der Streik auf dem Vulkan. In den Debatten auf der Versammlung der Streikenden und überall auf der Werft ist sie in diesen Tagen erneut breit beraten und als ausgezeichnet befunden worden. Seit den Betriebsratswahlen war sie nie verschwunden. Anfang 1976 hat der Betriebsrat endgültig die Einführung des Programmsystems – einer verschärften Form des Akkordsystems – abgelehnt. Zu sehr war dies System bei den Kollgen schon bekannt und verhaßt. In allen einzelnen Kämpfen gegen einzelne Akkordkürzungen, Zeitaufnahmen und Arbeitsstudienaufnahmen ist sie beraten worden. Indes haben sich die Kämpfe zersplittert entwickelt. Jede Akkordkürzung betrifft als einzelne wenige Kollegen. Aber der Angriff der Kapitalisten auf die Akkorde ist umfassend. Sie gieren nach unbezahlter Mehrarbeit. Das Akkordsystem ist ihr schärfster Hebel auf der Werft. Den muß ihnen die Belegschaft aus der Hand schlagen und die Einheitlichkeit bei dem Streik der Dreher und Werkzeugmacher zeigt, daß die Stunde da ist, um auf der Werft im einheitlichen Kampf die Forderung nach abgesichertem Mindestakkordverdienst von 138 % und über die gewerkschaftliche Organisation auf der Ebene der ganzen Klasse die Forderung nach dem Verbot des Akkordsystems und aller akkordähnlichen Systeme durchzusetzen.

(Betriebszelle Bremer Vulkan)



7.01.77 DAS RUDER

BETRIEBSZELLE BREMER VULKAN

KBW Kommunistischer Bund Westdeutschland

Bezirk Bremen–Unterweser

PRESSERECHTLICH VERANTWORTLICH: WOLFGANG MÜLLER, GRÖPELINGER HEERSTR. 261 DRUCK: EIGENDRUCK BÜRO DES KBW: GRÖPEL. HEERSTR. 261 TEL. 6161604

STREIK GEGEN AKKORDHETZE!

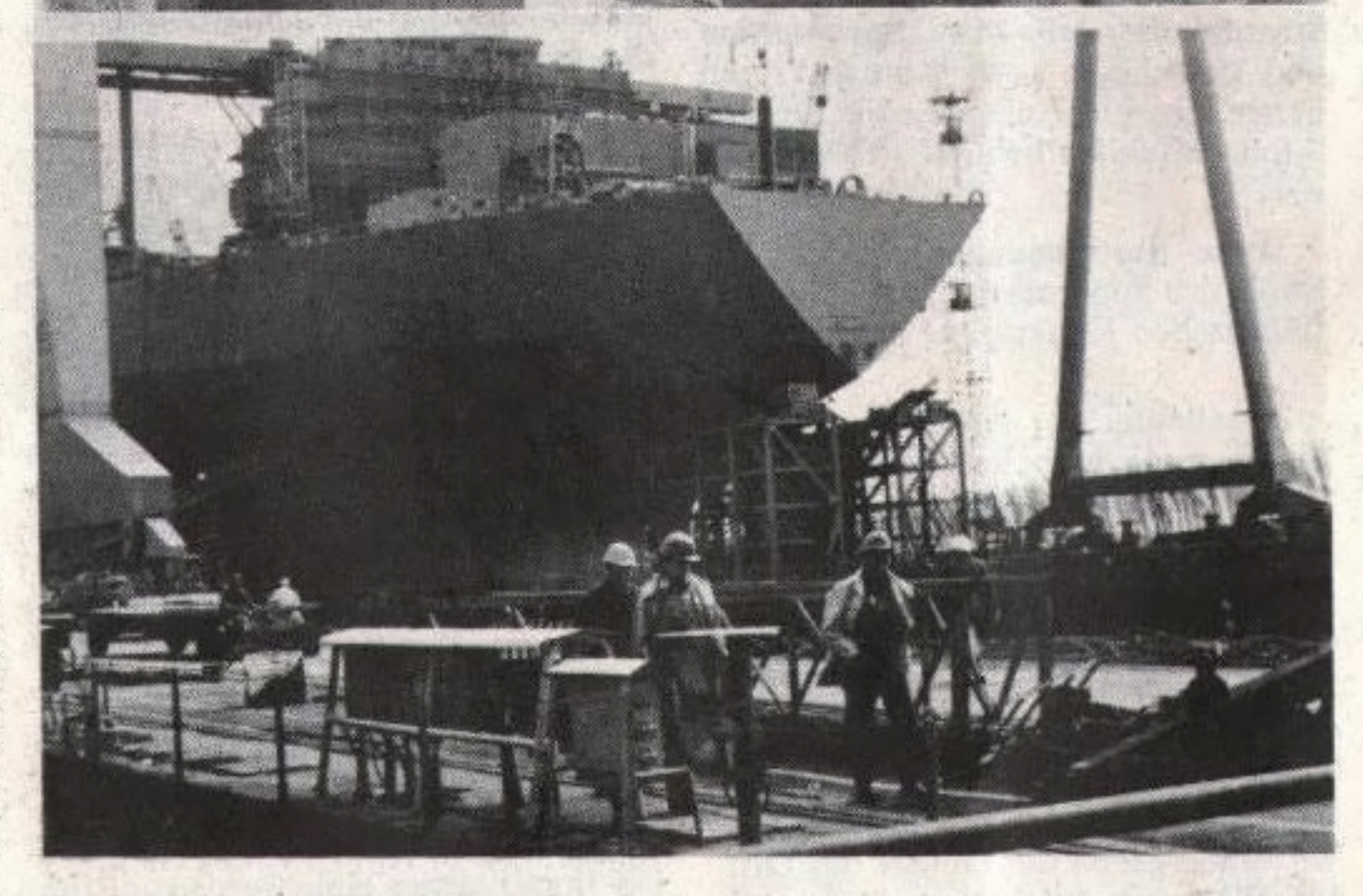
Am Mittwoch, d.5.1.77, traten die Kollegen der Dreherei in den Streik. Ursache war die unverschämte Maßnahme des Akkordbüroleiter Schmidt, der nach 1/2 jähriger Verhandlung mit dem Betriebsrat, alle Vorschläge vom Tisch wischte und selbstherrlich und arrogant, wie er immer tut, verkündete, daß die Akkordvorgabezeiten so bemessen werden, wie er es sich vorstellt: Wie sieht seine Vorstellung und die seiner Auftraggeber, der Vulkan-Kapitalisten aus:

Bisher würden die Akkordvorgabezeiten an den numerisch gesteuerten (Lochband) Drehbänken wie folgt errechnet: Unbeeinflußbare Zeit (wo die Maschine den Arbeitsgang ohne direktes Eingreifen des Kollegen fährt) plus Zuschlag. Hiervon wurde dann die Verteilzeit berechnet. Nach Willen von Schmidt soll es künftig so aussehen, daß von der unbeeinflußbaren Zeit sowohl der Zuschlag als auch die Verteilzeit prozentual berechnet wird.

Doch der werte Herr Schmidt hatte die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Die Kollegen der Dreherei führten am 5.1. in der Mittagspause eine Branchenversammlung

Flugblatt der Betriebszelle Bremer Vulkan des KBW







Verfaßt von der Zelle Vulkan des Bezirksverbandes Bremen/Unterweser des KBW in Zusammenarbeit mit den Bezirksverbänden Hamburg/Unterelbe und Holstein

Preis: 2 DM

Zu beziehen über:
Buchvertrieb Hager
Postfach 5129
6800 Mannheim

Streik ist notwendig!

In Nordrhein-Westfalen und in Hessen haben die Kapitalisten das Scheitern der Metalltarifverhandlungen erklärt. Im Nordverbund und in Nordbaden/Nordwürttemberg sind die Verhandlungen ergebnislos vertagt worden. Die Große Tarifkommission der IG Metall Baden-Württemberg hat inzwischen ihrerseits beim Hauptvorstand beantragt, die Verhandlungen für gescheitert zu erklären.

Die Metallkapitalisten haben nie ein Hehl daraus gemacht, daß sie freiwillig keinen Pfennig zahlen werden. Ihre imperialistischen Konkurrenten in den USA, der EG und Japan wie auch in der Sowjetunion sind genau die gleichen Ausbeuter und Lohndrücker, und die hiesigen Kapitalisten wollen führend sein in der Profitproduktion für den Weltmarkt. Also müssen sie führend sein in der Ausbeutung und Lohndrückerei. Das ist ihre feste Absicht. An ein Einlenken der Kapitalisten ist nicht zu denken. Das Ergebnis einer sogenannten Schlichtung kann nur der Ausverkauf der Interessen der Metallarbeiter sein. „Geschlichtet" wird durch das Finanzkapital. In Nordrhein-Westfalen durch den Sparkassenchef Helmut Geiger und in Hessen durch den Landeszentralbankpräsidenten Dr. Alfred Härdl.

Von jedem Pfennig, den die Kapitalisten den Arbeitern pro Stunde abnehmen, versprechen sie sich ein Stück Vorteil gegenüber ihren Mitkonkurrenten um den Profit und die Haut der Arbeiter. Für die Arbeiter geht es um Lebensmittel, an die sie nur durch den Verkauf ihrer Arbeitskraft herankommen. Lebensmittel, die ständig teurer werden. Lebensmittel, die immer mehr Schweiß kosten. Den Schweiß derer, die sie produzieren und kaufen müssen, nicht den Schweiß der Kapitalisten, die sie durch fremde Arbeit produzieren lassen, sie verkaufen und daraus Profit schlagen. Die Arbeitslosen müssen bereits eine Hungerexistenz führen. Es ist der sehnliche Wunsch der Kapitalisten, möglichst viele Arbeiter auf dieses Existenzniveau zu drükken. Die Metallarbeiter werden sofort den Streik vorbereiten müssen und sofort mit Aktionen den Kampf einleiten müssen. Bei diesen Aktionen können sie jeden Widerspruch zwischen den Metallkapitalisten und den versöhnlerischen Gewerkschaftsführern ausnützen. Auf die Klassenversöhnler bauen können sie nicht. Nur auf ihre eigene Kraft können sie sich verlassen. Diese Kraft ist groß. Oder hat einer eine Fabrik schon ohne Arbeiter Profit produzieren sehen?

Will man streiken, muß man sich zusammenschließen. Je größer die Einheit, desto größer die Aussicht auf Sieg. Viele Arbeiter und einzelne Belegschaften fordern 1 DM pro Stunde. Dafür kann man sich zusammenschließen. Für Prozente kann man sich nicht gut zusammenschließen. Es ist kein Zufall, daß die Kapitalisten gerade in Nordrhein-Westfalen und in Hessen ihren Schachzug eingeleitet haben. Dort stehen reine Prozentforderungen.

Die Metallkapitalisten haben in diesem wie in allen früheren Tarifkämpfen die ganze Bourgeoisie auf ihrer Seite. Ist der Lohn der Arbeiter einer Branche niedrig, ist das für alle Bourgeois gut. Die Metallkapitalisten haben die Regierung auf ihrer Seite. Man müsse sich den inneren und äußeren Herausforderungen stellen, hat Schmidt zu Neujahr erklärt. Die Lohnforderungen der Arbeiter sind für die Regierung eine solche Herausforderung. Die Regierung ist selber ein Räuber mit ihren Steuern, Gebühren und Sozialabgaben. Sie ist die Regierung der Räuber.

Die Metallarbeiter haben alle Lohnabhängigen und die Volksmassen hinter sich. Neben ihnen kämpfen die Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst. Wird gestreikt, dann kommen die Kapitalisten nicht durch. – (gs)

Vertrauensleute lehnen Sonderschichten ab

Seit August 1975 hat es bei VW Wolfsburg 32 Sonderschichten gegeben. Schmücker hat beim Betriebsrat jetzt erneut 12 Sonderschichten, davon acht im ersten Halbjahr, 1977 beantragt. Der Wolfsburger Betriebsrat hat wie immer zugestimmt. Ebenfalls hat Schmücker auch für das Werk Emden Sonderschichten, bei zusätzlich 270 Neueinstellungen, gefordert.



Der VW-Vorstand will zusätzlich für das erste Halbjahr 48 000 Wagen mehr verkaufen. Hieß es 1975 noch, daß nicht alle Auftragsspitzen mitgenommen werden sollten, um die Arbeitsplätze zu sichern, so soll die Erhöhung des Ausstoßes nunmehr durch Überstunden von Arbeitern herausgeschunden werden.

Die Arbeiter sind gegen Sonderschichten. Die Sozialdemokraten versuchen sie den Arbeitern schmackhaft zu machen. In Emden mußte der Werksbetriebsrat die Sonderschichten ablehnen. Er unterbreitete dem Vorstand jedoch einen Kompromiß, der unter anderem vorsah, ca. 300 befristet Beschäftigte neben den festeingestellten Arbeitern anzustellen. Die Politik der Sozialdemokraten ist Unterwerfung. Die VW-Arbeiter erkennen das immer deutlicher. In der Wolfsburger Endmontage (Halle 12) haben die Vertrauensleute der Schicht 1 einen Brief an den Betriebsratsvorsitzenden geschrieben, in dem sie die Ablehnung der Sonderschichten von ihm forderten. Die gleiche Sitzungsgruppe hatte als erste die Aufstellung der 180 DM Festgeldforderung verlangt.

Umgehend erschienen die Betriebsräte auf der nächsten Vertrauensleutesitzung und versuchten die Vertrauensleute vom Inhalt dieses Briefes abzubringen. Vergebens, die Vertrauensleute hielten an der Ablehnung fest. Die Zustimmung zu Sonderschichten und Überstunden wird von den Sozialdemokraten als „Personalpolitik der Mittleren Linie" bezeichnet. Die Arbeiter haben die Erfahrung gemacht, daß es Ruinierung der Gesundheit und Profitsteigerung für die Kapitalisten auf ganzer Linie bedeutet. Zieht die Verschleierung nicht mehr, dann muß die offene Drohung wirken: So hieß es dann vom Hallenbetriebsrat, daß man gezwungen sei zuzustimmen, denn in der Schlichtung unterliege man sowieso. Außerdem würde der Vorstand dann den Passat verlagern, weil es sich nicht mehr lohne, ihn in Wolfsburg zu produzieren.

Anstatt die günstige Lage zu nutzen, daß Schmücker dringend Autos benötigt, um den Lohnkampf vorzubereiten, gehen sie daran, die Belegschaften untereinander auszuspielen und betreiben die Unterwerfung. „Siegfried ist sauer", teilte der Hallenbetriebsrat den Vertrauensleuten zu ihrer Ablehnung mit. Sauer ist der Gesamtbetriebsratsvorsitzende deswegen, weil die Sozialdemokraten die Vertrauensleute nicht mehr in den Griff bekommen. Das ist eine erfreuliche Entwicklung, die sich im Lohnkampf noch ganz anders fortsetzen kann. – (k, Betriebszelle VW/Red.)

Mit einem Angebot von 4,75 % seitens der Kapitalisten sind im Nordverbund die Verhandlungen auf den 19. Januar vertagt worden. Der Vertreter der Kapitalisten, Müller, rechnet mit einem Abschluß gegen Ende Januar, wenn sich die beiden Standpunkte nähern. Was er meint, hat Bezirksleiter Otto vom Steeg gleich in seiner Stellungnahme mitgeliefert. Der „Erwartungshorizont" der IGM-Mitglieder liege zwischen sieben und neun Prozent.

Die Sozialdemokraten gehen bereits von Anfang an auf Unterwerfung. Es ist ohnehin nur konsequent, daß sie den aufgestellten Mindestbetrag gleich gar nicht mehr erwähnen. Die Metallarbeiter haben einen anderen „Erwartungshorizont", der muß in Höhe einer Mark pro Stunde liegen. Vom Steeg glaubt, daß es nicht zu Warnstreiks kommen würde in Norddeutschland. Er fürchtet sie genau wie die Kapitalisten. die Metallarbeiter denken immer öfter daran und treffen Vorbereitungen.

Peine. Viel Wirbel hat die Kurzarbeit unter den Stahlarbeitern ausgelöst. 4 600 Arbeiter mußten ihren Resturlaub nehmen. Wer keinen Urlaub nehmen wollte, wurde für Reparatur- und Aufräumarbeiten eingesetzt. Für Februar und März sind nach Verlautbarungen des Vorstands ähnliche Maßnahmen vorgesehen. Die Sozialdemokraten im Betriebsrat, an der Spitze der Peiner Bürgermeister, sehen dies als Mittel zur Verhinderung von Kurzarbeit an. Erfinderisch für Theorien, die die Kurzarbeit verhindern würden, waren die Reformisten in der Stahlindustrie schon immer. Große Unruhe gab es, als bekannt wurde, daß Birnbaum während dieser Zeit die Schichtzulage nicht weiterzahlen will. Bei der letzten Kurzarbeit wurde durchgesetzt, daß die Schichtzulage weiter gezahlt werden soll. Fällt sie weg, macht das bei einer Woche Kurzarbeit ca. 150 DM Lohnverlust aus. Auf der letzten Betriebsversammlung wurde der Lohnausgleich bei Kurzarbeit angesprochen und mit kräftigen Applaus von der Versammlung begrüßt.

Versammlung begrüßt.

Mit der Betriebsruhe und Urlaubsregelung schlägt der Vorstand gleich zwei Fliegen mit einer Klappe: Die Arbeiter bezahlen den Produktionsrückgang und für das restliche Jahr steht die Arbeitskraft tagtäglich zur Ausbeutung bereit. Es entstehen kaum Lücken bis auf den Sommerurlaub von 15 Tagen und die Belegschaft kann auf das Nötigste reduziert werden.

Birnbaum jammert über gestiegene Kosten und die Sozialdemokraten stehen ihm bei. „Wie im Jahre 75 gilt es weiterhin, mit Erhöhungen der Material- und Personalkosten, den unzureichenden Erlösen und der niedrigen Auslastung unserer Produktionsanlagen fertig zu werden", heißt es in einer gemeinsamen Erklärung von beiden. 73,43 DM hat einem Arbeiter mit zwei Kindern die traute Verbundenheit der Sozialdemokraten mit den Stahlkapitalisten eingebracht, bei 20 Punkten in Conti-Schicht. Real bei Preissteigerungen von 5 % hat er 1,17 DM überbehalten. Allein die sind schon weg, wenn die KVG, die zu 26 % dem Salzgitter-Konzern gehört, die Erhöhung der Busfahrpreise um durchschnittlich 9,9 % durchgesetzt hat. In Salzgitter hängten einige Arbeiter bei Bekanntwerden der Kantinenpreiserhöhung einen Aushang dagegen aus. Vielfach wird der Aufruf, nicht mehr in den Kantinen zu kaufen, befolgt. Eine ganze Reihe von Betriebsräten und Tarifkommissionsmitgliedern wurden wegen dem Abschluß bei Peine und Salzgitter in die Mangel genommen. Auf einer Bereichsvertrauensleutesitzung wurde ihnen die Aufstellung einer Festgeldforderung entgegengehalten. „Dafür hätten wir schon gestreikt."

Am „Nachfassen" der Kapitalisten geraten die Fronten wieder in Bewegung.

Hannover. Der Werksarzt von Massey-Ferguson Hanomag schreibt in der Werkszeitung „Im Bild" : Ich habe häufiger erlebt, nachdem ein Zuckerpatient im Krankenhaus oder Sanatorium auf ideales sportliches Gewicht und sehr sparsame Diät getrimmt worden ist, wie dieser Patient mürrisch, knatschig, unzufrieden und energielos wurde. Erlaubt man ihm etwas mehr Nahrung, siehe da, er blüht auf. Natürlich wird er wieder dicker. Möglicherweise wird jetzt sein Leben ein oder zwei Jahre kürzer sein. Aber schon Friedrich der Große soll gerufen haben: ‚Kerls, wollt ihr ewig leben?' Ich frage mich gelegentlich auch, ob wir dieses ernstlich anstreben sollten. Dr. Horst Dieke"

„Ist doch klar, daß der so was schreibt. Wenn man Diät leben muß, hat man nicht genügend Kraft, um hier den größtmöglichen Profit zu schaffen. Zu dem kann man doch nicht gehen", war die Meinung der Arbeiter, mit denen ich den Artikel in der Zeitung gelesen habe.

Als neuen **„Brückenkopf in die USA"** bezeichnen die Bourgeoisblätter den Ankauf von 9,6 % der Gesamtaktien des Borg-Warner-Konzerns durch den westdeutschen Bosch-Konzern. Der Bosch-Konzern hat für den Ankauf des Aktienpakets von 2 Millionen Stück ca. 62,9 Millionen Dollar ausgegeben. Borg-Warner beutet ca. 37 000 Beschäftigte aus und erwartet einen Jahresumsatz für 1976 von 1,9 Milliarden Dollar. Bosch hat damit die Möglichkeit, die verschiedensten Produkte, im besonderen Teile für die Automobilindustrie, in den USA produzieren zu lassen. Somit tritt die westdeutsche Automobilzulieferindustrie auch in den USA in die direkte Konkurrenz mit den US-Monopolen.

Tarifabschlüsse Stahlindustrie

Die Folgen der Krise treffen die Arbeiter aufgrund dieser Abschlüsse nur um so härter

Bei ihren Lohnforderungen können die Arbeiter von nichts anderem ausgehen als von dem, was sie brauchen und durchsetzen können. Nur so können sich die Arbeiter einer Branche gegen die Kapitalisten zusammenschließen.

Für die Arbeiter geht es dabei um das Existenzniveau. Für die Kapitalisten um den Profit. Welche Front größere Einheit entwickelt und besser hält, ist für den Lohnkampf entscheidend. Die Kapitalisten tun alles, um die Front der Arbeiter gar nicht zustandekommen zu lassen oder so wirksam wie möglich zu sprengen. Dabei sind ihnen falsche Argumente nicht weniger wichtig als Polizeiknüppel. Eines ihrer Hauptargumente ist, daß die Lohnerhöhungen die Arbeitslosigkeit hervorbrächten.

In der Stahlindustrie haben die reformistischen Gewerkschaftsführer im vorletzten und letzten Tarifkampf Abschlüsse gemacht, die von den Interessen der Stahlkonzerne ausgingen und nicht von den Interessen der Arbeiter.

Die Folgen der Krise treffen die Arbeiter auf Grund dieser Abschlüsse nur um so härter. Vor Kurzarbeit werden sie dadurch nicht geschützt, nur ihr Kurzarbeitergeld wird effektiv und real noch niedriger. Die beiden Tabellen geben einen Überblick über die Entwicklung der Kurzarbeit in der Stahlindustrie und über die Entwicklung der Produktion. Der Überproduktionskrise seit Ende 1974 liegen nicht hohe Löhne, sondern liegt Überakkumulation von Kapital zugrunde. Die Stahlkapitalisten in der ganzen Welt haben einen solchen Reichtum an Kapital in ihren Händen angesammelt, daß die Produktion von Profit ins Stokken gerät. Den Stahlkapitalisten geht es nicht um Stahl, sondern um Profit. Deshalb produzieren sie weniger Stahl. Die Kapazität der westdeutschen Stahlkonzerne ist gegenwärtig nur zu rund 70 Prozent ausgelastet. Über die Kurzarbeit hinaus planen sie weitere Entlassungen. Speziell zur Produktionsbegrenzung haben sie ein europäisches Kartell gebildet. Die Konkurrenz auf dem Weltmarkt verschärft sich nur um so mehr. Die EG hat in den letzten Wochen mit Japan und den USA verhandelt wegen Exportbeschränkungen. Übereinkunft ist nicht erzielt worden. Es hat sich um Verhandlungen in Kriegszeiten, Handelskriegszeiten gehandelt. Ein Waffenstillstand ist ausgeschlossen. In der Konkurrenz um die Profite senken die Kapitalisten die Löhne, und den Profiten zuliebe lassen sie Kurzarbeit machen und werfen die Arbeiter auf die Straße. „Zurückhaltung" im Lohnkampf kann nur dazu führen, den Kapitalisten ihre anderen Maßnahmen gegen die Arbeiter zu erleichtern. Niemals kann sie die Kapitalisten dazu veranlassen, auf diese Maßnahmen zu verzichten. Dafür sorgt schon die Konkurrenz der Kapitalisten untereinander. Die Stahlindustrie liefert ein weiteres Exempel.

Produktion von Rohstahl
(in 1 000 Tonnen)

	Welt	EG	BRD	Frankreich	Großbritann.	Sowjetunion	USA	Japan
1971	584 100	128 102	40 313	22 843	24 174	120 660	111 780	88 557
1972	631 600	139 042	43 705	24 054	25 321	125 589	123 530	96 900
1973	694 800	150 069	49 521	25 270	26 649	131 481	139 950	119 322
1974	707 700	155 639	53 232	27 020	22 426	136 206	135 235	117 131
1975	645 600	125 653	40 415	21 530	20 198	141 325	108 250	102 314
1975 MD	53 800	10 463	3 368	1 794	1 675	11 777	9 021	8 526
1976 1.Hj.	.	67 328	21 373	11 643	11 482	72 800	61 450	50 747
1976 MD	.	11 221	3 562	1 941	1 914	12 133	10 242	8 458

Produktion von Walzstahlfertigerzeugnissen
(in 1 000 Tonnen)

	Welt	EG	BRD	Frankreich	Großbritann.	Sowjetunion	USA	Japan
1971	417 800	93 954	28 244	17 381	17 927	87 811	75 582	71 927
1972	449 700	100 691	30 718	18 097	17 922	91 286	80 256	81 970
1973	506 200	111 768	36 151	19 168	19 593	95 581	97 361	100 053
1974	520 400	115 686	38 859	20 594	16 786	98 822	95 654	100 165
1975	456 900	89 629	28 873	16 208	13 906	103 328	69 855	85 681
1975 MD	38 075	7 464	2 406	1 346	1 159	8 611	5 821	7 140
1976 1.Hj.	.	49 418	15 212	9 542	7 655	.	41 179	44 094
1976 MD	.	8 236	2 535	1 590	1 276	.	6 863	7 349

Quelle: Statistisches Bundesamt, Eisen und Stahl, 3. Vierteljahresheft 1976
In Arbeitshefte zu Kommunismus und Klassenkampf, Nr. 8, sind für die Jahre 1973 bis 1975 teilweise geringfügig abweichende Zahlen angegeben, wiel dort als Quelle das Statistische Jahrbuch, BRD, 1976 verwandt wurde.
MD: Monatsdurchschnitt

Daten zur Kurzarbeit in der Stahlindustrie

Betrieb	Zeit	Betroffen
Stahlwerke Bochum	21.12.76 – 3.1.77	ges. Belegsch. (3 000)
Thyssen-Niederrhein Bochum (1)	19.12.76 – 3.1.77	ges. Belegsch. (2 600)
August-Thyssen-Hütte Duisburg	22.12.76 – 6.1.77	
Thyssen-Niederrhein (2) Oberhausen	23.12.76 – 9.1.77	ges. Belegsch. (9 000)
Mannesmann Duisburg (3)		
Hoesch/Dortmund (4)	24.1.77 – 6.2.77	
Klöckner-Hütte Hagen-Haspe (5)	10.12.76 – 6.2.77	
Klöckner Bremen	Febr./März 1977	6 200 bis 6 800
Neunkircher Eisenwerke	27.12.76 – 5.1.77	
Korf Hamburg	27.12.76 – 2.1.77	600
Korf Kehl	20.12.76 – 31.12.76	
insgesamt betroffen		54 364 (18 %)

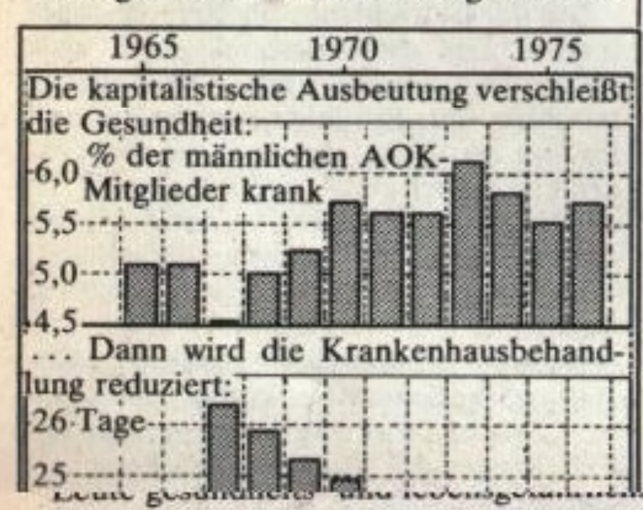
(1) Kurzarbeit läuft seit April 1976, geplant bis März 1977, dann läuft die Zweijahresfrist ab.
(2) Kurzarbeit seit März 1975 in der Drahtstraße, seit Juni 1975 in den Eisenbahnbetrieben; 2 000 bis 3 000 Arbeiter.
(3) Den Arbeitern wurde angeboten, seit November 1976, vier Wochen unbezahlten Urlaub zu machen.
(4) Der letzte Blockstillstand war vom 19.12.1975 bis 2.1.1976. Betroffen waren 11 900 Arbeiter.
(5) Kurzarbeit seit Februar 1975 bis heute. Ende der Kurzarbeit nicht bekannt.

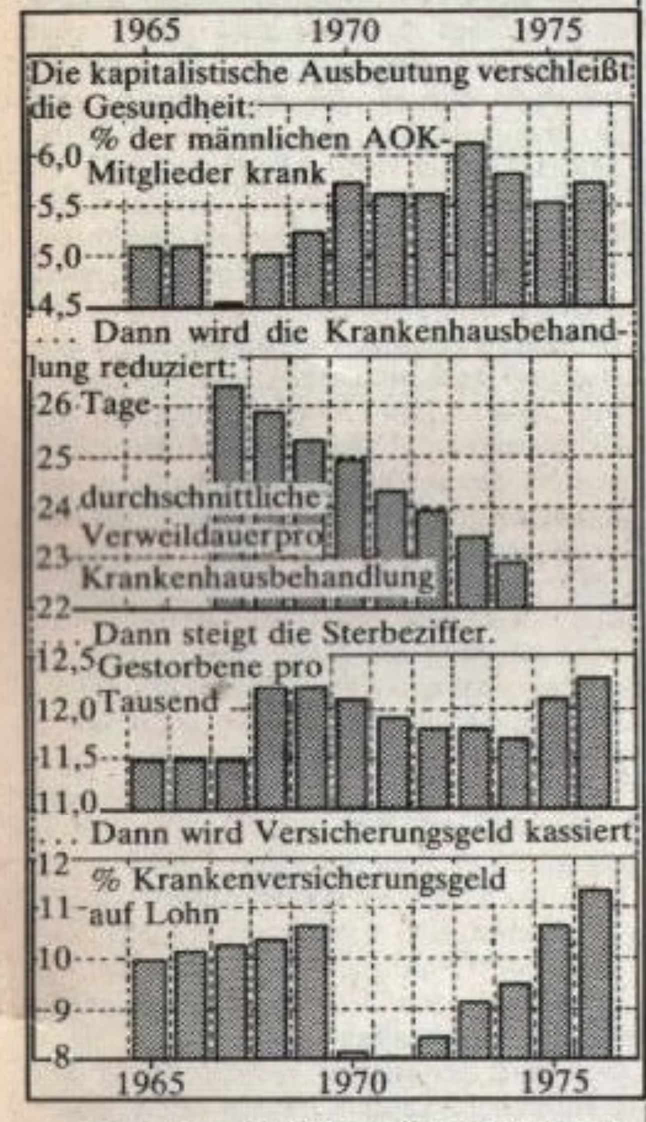
Vetters Sterne

„Ich glaube, irgendwann muß man dieses ganze Paket zur Sanierung der Rentenversicherung und auch das Verhältnis zur Krankenversicherung auf den Tisch legen, um zu sagen, daß wir wahrscheinlich nach den Sternen gegriffen haben", sprach DGB-Vorsitzender Vetter im Interview mit der „Welt am Sonntag" (2.1.77). Vetters Sterne – das sind die Jahre um 1970, als die zuvor stark gestiegenen Krankheits- und Sterbeziffern und die Beiträge zur Krankenversicherung (aufgrund des Lohnfortzahlungsgesetzes) sanken – vorübergehend, um dann sprunghaft auf neue Höhen zu schnellen. Man muß in der Geschichte einiges zurückgehen, um ähnliche Ergebnisse des kapitalistischen Vernichtungsfeldzuges gegen die Arbeiterklasse zu finden wie in diesen Jahren ab 1974.

Das Schaubild ist eher noch beschönigend. Innerhalb der letzten 10 Jahre hat sich der durchschnittliche Krankenstand absolut verdoppelt. Auch die Ausplünderung durch die Krankenversicherung geht rascher voran: Mußte zum Beispiel ein Arbeiter der Bremer Klöckner-Hütte (Lohngruppe 6) im Oktober 1972 noch 48,57 DM zahlen, so wird ihm im Juli 1976 98,92 DM vom Lohn abgezogen.

Aus Vetter spricht die Bourgeoisie. Das Reformgerede, mit dem die Arbeiterklasse mit der kapitalistischen Ausbeutungsordnung versöhnt werden sollte, ist mit den Tatsachen hart zusammengestoßen. Vetter wechselt den Kurs. Als „Griff nach den Sternen" soll erscheinen, wenn, die Arbeiter sich den Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise nicht unterwerfen, wenn sie den Raubbau an ihrer Gesundheit nicht hinnehmen, ihre Versicherungskassen dem Profithunger der Kapitalisten nicht überlassen wollen, wenn sie sich nicht freiwillig ins Grab legen, sobald sie für die Profitwirtschaft nicht mehr brauchbar. Als Gesundbeter des Kapitalismus hat Vetter lange Erfahrung. Für die Arbeiterklasse sind solche Leute gesundheits- und lebensgefährlich.





... Und dann redet Heinz Oskar Vetter von „Sternen"

Bauer-Verlag Hamburg. Durch die Vorbereitungen der geplanten Stillegung der Druckerei in Hamburg (Ende März soll sie abgeschlossen sein) wird jetzt die dritte Schicht der Drucker überflüssig.

Für die Arbeiter in der Druckerei bedeutet der Wegfall der dritten Schicht, daß sie einen Lohnverlust von ca. 50 bis 100 DM haben würden, da die steuerfreien Zuschläge der Nachtarbeit verloren gehen. Die Drucker fordern den vollen Lohnausgleich für die verlorengehenden Schichtzuschläge. Der Betriebsrat unterstützt die Forderung.

Welle von Kapitalerhöhungen. „Auf die Aktienmärkte scheint eine Welle von Kapitalerhöhungen zuzukommen", berichtet die „Frankfurter Rundschau". (7. Januar) Kapitalerhöhungen durch Ausgabe neuer Aktien planen unter anderem die BASF, der Siemens-Konzern und die Dresdner Bank. Die Kapitalerhöhungen beschleunigen die weitere Zentralisation des Kapitals in den Händen der Finanzbourgeoisie und dienen ihr zur Finanzierung des imperialistischen Expansionsprogramms. So will die BASF in diesem Jahr 1,9 Milliarden DM investieren, davon eine halbe Milliarde DM außerhalb Westdeutschlands.

Auf 1 089 900 ist im Dezember die Zahl der Arbeitslosen gestiegen. Im Vergleich zu November bedeutet das eine Steigerung von 10,7 %. 4,8 % aller Werktätigen sind damit arbeitslos. Die Nachfrage nach Arbeitskraft, die Zahl der offenen Stellen, war im Jahresdurchschnitt 76 um 1 000 geringer als 75, dem Jahr, in dem die Arbeitslosigkeit mit 5,3 % am höchsten war. Die Zahlen zeigen vielmehr, daß es den Kapitalisten gelungen ist, Arbeiter und Angestellte zu zwingen, schlechtere Arbeitsplätze anzunehmen – die Arbeitskraft zu entwerten.

Im Tarifkampf in der Metallindustrie nutzen die Kapitalisten das Mittel der Kurzarbeit, um die Arbeiter unter Druck zu setzen. Im Metallbereich zwangen sie im Dezember 44 % mehr Arbeiter und Angestellte – insgesamt 40 300 – kurzzuarbeiten als im November.

Statt Verbesserung Vergeudung und erhöhte Arbeitshetze

Osnabrück. Anarchie, Planlosigkeit, Vergeudung von Material und Arbeitskraft und Vernichtung von Werten, davon ist die kapitalistische Produktionsweise gekennzeichnet. Bei Karmann in der Blechteilverarbeitung, Abteilung Porsche Kotflügel, kann man dies deutlich verfolgen.

Der Porsche 911 ist der einzige Wagen, der eine verzinkte Karosserie, zum Schutz vor Rost hat. Karmann liefert für diesen Fahrzeugtyp die Kotflügel. Seit die Karosse verzinkt ist, treten beständig Schwierigkeiten in der Produktion der vorderen Kotflügel auf. Die Schweißnähte sind schlechter geworden und beim Zusammenbau halten die Punktschweißstellen nicht mehr so gut. Da die Kotflügel Außenbleche sind, müssen alle Schweißnähte und Beulen ausgehämmert, ausgebeult und glattgeschliffen werden, damit die Teile reibungslos lackiert werden können. Durch die aufgetragene Zinkhaut ist es schwieriger geworden zu schweißen, es sind beständig viel Poren in den Nähten. Die Putzer müssen diese herausschleifen, was immer auf Kosten der Blechstärke geht und ihrer Stabilität.

Damit nun die Materialstärke gehalten werden kann, haben sich die Konstrukteure die tollsten Sachen einfallen lassen. So sind sie auf die Idee gekommen, am Kopf der Kotflügel, wo der Scheinwerfer eingebaut wird, stärkeres (1,2 mm) Blech einzubauen. Vorher war Blechstärke 0,88 mm wie bei der gesamten Karosserie. Die Folge davon ist, daß die Flächenbearbeitung noch schwieriger geworden ist. Bei zwei verschiedenen Blechstärken sind die Schweißungen viel schwieriger geworden. Das dünne Blech erwärmt sich schneller als das dicke. Dadurch fällt die Schweißnaht in das dünnere Blech ein und ist versetzt. Die Putzer müssen dies wieder ausgleichen. Mit dem Hammer muß das dünnere Blech wieder hochgetrieben werden, damit die Fläche einheitlich ist, damit sie glattgehobeit und geschliffen werden kann. Bloß durch die viele Hämmerei wird das Blech noch mehr gestreckt, also dünner. Bei nachfolgendem Schleifen dann noch einmal. Für die Arbeiter bedeutet diese „Verbesserung" erhöhter Streß. Es muß vorsichtiger gearbeitet werden und dafür wird mehr Zeit gebraucht. Der Akkord hat sich allerdings nicht geändert.

Die Reklamationen von Porsche reißen nicht ab. Etwa alle zwei Wochen kommen fünf bis sechs Paletten mit 200 Kotflügeln beladen als Ausschuß zu Karmann zurück. Das ist etwa die Produktion von eineinhalb Arbeitstagen. Bevor die Karosse verzinkt worden ist, gab es die Reklamationen in dem Maße nicht. Die Preßteile waren in Ordnung, die Schweißnähte gut und die Flächenbearbeitung ging besser, und das Material wurde nicht so hauchdünn.

Porsche ist ein Bourgeoisieauto. Dementsprechend teuer, muß auch was besonderes geboten werden, was Sicherheit, Stabilität und den Schutz vor Rost betrifft. Also wurde die ganze Karosse verzinkt, womit auch gewaltig Werbung gemacht worden ist. Nützen tut dies allerdings kaum was gegen den Rost. Denn beim Schweißen geht die Verzinkung schon mal ab. Bekanntlich rosten an diesen Stellen die Autos zuerst, weil durch das Schweißen Spannungen in das Gefüge des Stahlblechs hineingebracht werden. Werden die Flächen geschliffen, kommt das Stahlblech noch mehr zum Vorschein, und der Zink verschwindet vom Blech. Der Porsche rostet nach wie vor an diesen Stellen und die Qualität ist noch schlechter geworden. Dem Bourgeoisiesöhnchen ist dies sicherlich egal. Andererseits zeigt dieser Fall, daß die Kapitalisten unfähig sind die gesellschaftliche Produktion nutzbringend vorwärts zu treiben. Stattdessen vergeuden sie Material und Rohstoffe, welche von der Arbeiterklasse geschaffen und gewonnen wurden. – (ka, Betriebszelle Karmann/Red.)

schwieriger geworden ist. Bei zwei verschiedenen Blechstärken sind die Schweißungen viel schwieriger geworden. Das dünne Blech erwärmt sich schneller als das dicke. Dadurch fällt die Schweißnaht in das dünnere Blech ein und ist versetzt. Die Putzer müssen dies wieder ausgleichen. Mit dem Hammer muß das dünnere Blech wieder hochgetrieben werden, damit die Fläche einheitlich ist, damit sie glattgehobeit und geschliffen werden kann.

Porsche rostet nach wie vor an diesen Stellen und die Qualität ist noch schlechter geworden. Dem Bourgeoisiesöhnchen ist dies sicherlich egal. Andererseits zeigt dieser Fall, daß die Kapitalisten unfähig sind die gesellschaftliche Produktion nutzbringend vorwärts zu treiben. Stattdessen vergeuden sie Material und Rohstoffe, welche von der Arbeiterklasse geschaffen und gewonnen wurden. – (ka, Betriebszelle Karmann/Red.)

Tarifloser Zustand

Im Bereich des Einzelhandels Niedersachsen besteht seit dem 31.12.75 ein tarifloser Zustand über die Bestimmungen des Manteltarifvertrages. Seit einem Jahr finden Verhandlungen zwischen Einzelhandelskapitalisten und der HBV und DAG statt. Dieser tariflose Zustand ist für die Kapitalisten wichtig, um die Arbeitsbedingungen zu verschärfen. Für die Beschäftigten im Einzelhandel ist ein Tarifvertrag wichtig, um den Kapitalisten entgegenzutreten und die Kapitalisten auf Vertragsbestimmungen festzulegen, von denen sie ohne weiteres nicht herunterkommen.

Diese grundsätzlich entgegengesetzten Interessen wurden in den letzten Wochen besonders deutlich. Während des Weihnachtsgeschäftes und der Inventur am Jahresabschluß wurden die Beschäftigten im Einzelhandel zur ungeheuren Arbeitsleistung angetrieben. Die Horten-Kapitalisten in Hildesheim führten zu diesem Zeitpunkt für die Beschäftigten zwei Überstunden pro Tag ein, um das Scheffeln in ihren großen Geldsack zu gewährleisten.

Der Kaufhof hat jetzt den Jahresbericht veröffentlicht. Daraus geht hervor, daß die Verkaufsfläche um 6,9 % gestiegen ist. Die Anzahl der Beschäftigten ist aber nur um 1,7 % gestiegen. Bereits diese Angaben machen deutlich, wo die Tendenz hingeht. Wenn man bedenkt, daß die Zahl der Beschäftigten gefälscht ist, weil die Kapitalisten im Einzelhandel darauf gehen, möglichst viele Halbtagskräfte und Aushilfen einzustellen, wird die Bedeutung dieser Tarifverhandlungen klar. Die Absicht der Kapitalisten ist nicht nur, die Überstunden in den Hauptverkaufszeiten wie Weihnachten und Schlußverkäufen auszudehnen, sondern die Überstunden als Normalzustand für jeden Arbeitstag durchzusetzen und der Willkür Tür und Tor gegenüber den Beschäftigten im Einzelhandel zu öffnen.

Im Manteltarifvertrag haben die Kapitalisten bereits jetzt schon die Fassung drin, daß die Einhaltung der 40-Stundenwoche nicht auf die Woche sich beziehen muß, sondern auf das ganze Jahr. D.h., es können in einer bestimmten Zeit viele Überstunden gemacht werden, die dann zu einem anderen Zeitpunkt wieder abgefeiert werden können. So sind die Absichten der Kapitalisten im Manteltarifvertrag in § 5 Abs. 4 festgelegt.

Wahrscheinlich beabsichtigen die Kapitalisten, im Manteltarifvertrag in Niedersachsen das „Zuendebedienen bis zu 15 Minuten unentgeltlich" durchzusetzen, damit ein bisheriger Zustand, vor allem in den kleinen Geschäften, noch tariflich abgesichert wird, wie im Manteltarifvertrag in Schleswig-Holstein. Auf der einen Seite führen die Kapitalisten Rationalisierungsmaßnahmen durch, intensivieren die Arbeit. Auf der anderen Seite wollen sie die Verlängerung der Arbeitszeit. Dies können sich die Beschäftigten im Einzelhandel nicht gefallen lassen. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad der Beschäftigten im Einzelhandel nimmt rasch zu. Dies ist ausgezeichnet und macht deutlich, daß der tariflose Zustand mit der Durchsetzung von richtigen Forderungen bekämpft werden muß, die den Kapitalisten die Verlängerung des Arbeitstages unmöglich machen. – (jd)

nur um 1,7 % gestiegen. Bereits diese Angaben machen deutlich, wo die Tendenz hingeht. Wenn man bedenkt, daß die Zahl der Beschäftigten gefälscht ist, weil die Kapitalisten im Einzelhandel darauf gehen, möglichst viele Halbtagskräfte und Aushilfen einzustellen, wird die Bedeutung dieser Tarifverhandlungen klar. Die Absicht der Kapitalisten ist nicht nur, die

nicht gefallen lassen. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad der Beschäftigten im Einzelhandel nimmt rasch zu. Dies ist ausgezeichnet und macht deutlich, daß der tariflose Zustand mit der Durchsetzung von richtigen Forderungen bekämpft werden muß, die den Kapitalisten die Verlängerung des Arbeitstages unmöglich machen. – (jd)

Mercator-Druckerei: Vertrauenskörper organisiert den Kampf

Am 4.1. ist der Vertrauensleutekörper geschlossen beim Kapitalisten Meier aufmarschiert, um ihn wegen der Forderung der Belegschaft nach 50 bzw. 60 Pfennig mehr pro Stunde zu stellen. Das war ein Fortschritt, denn nun hatte Meier nicht mehr mal mit dieser, mal mit jener Abteilung zu tun, sondern mit der ganzen Belegschaft auf einmal, unter Führung des Vertrauensleutekörpers. Die Vertrauensleute der Maschinensetzerei wurden von ihrer Abteilung verpflichtet mitzugehen, nachdem sie anfangs nicht wollten. Meier ließ die Vertrauensleute nicht vorsprechen, er sagte, er habe keine Zeit, wäre aber bereit, sich Mittwoch oder Donnerstag mit ihnen zu unterhalten. In den Tagen darauf ließ er erklären, daß es die geforderte Lohnerhöhung nicht geben wird. Die Arbeiter waren stinksauer.

Hatte Gerlach den Profit für Meier und Sonnenfeld mit Hinhaltemanövern über das Weihnachtsgeschäft gebracht, so ließ er jetzt offen erkennen, daß seitens der Geschäftsleitung nie daran gedacht wurde, der Forderung der Belegschaft nachzugeben. Die Begründungen, die Gerlach ausgestreut hat, waren die enormen Kosten, der „Abend" würde pleite gehen, die Perforatoren beim „Tagesspiegel" würden zu schlecht arbeiten. Nur die Schichtleiter in der Mettage haben 17,5 Pfennig mehr bekommen. Darauf sind die Arbeiter im Betrieb noch enger zusammengerückt. Die Arbeiter der Mettage haben jetzt eine Unterschriftensammlung durchgeführt. Die Perforatoren beim „Tagesspiegel" haben einzeln Forderungen gestellt, worauf die Geschäftsleitung mit Kündigungsdrohung reagierte. Mittwoch und Donnerstag fanden eine Reihe von Abteilungsversammlungen statt. Der „Abend" erschien wieder mit Verspätung und mit Fehlern. Für Anfang der Woche sind weitere Versammlungen geplant, auf denen die weiteren Schritte beraten und beschlossen werden sollen. Betriebsleiter Gerlach stellt sich auf einiges ein. Er hat seinen Urlaub verschoben. – (Zelle Mercator)

Zwei sorgfältig aufeinander abgestimmte Gerichtsurteile

Der Tatbestand: Am 17.12.1976 fanden vor dem Bundesarbeitsgericht in Kassel zwei Prozesse statt. Beide Verfahren handeln von dem Recht der Arbeiter, zur Erzwingung von Tarifverträgen zu streiken.

Ein Arbeiter, Betriebsrat, hat sich während der Lohnauseinandersetzung an einem Streik ohne Urabstimmung beteiligt. Der Kapitalist schmeißt ihn nach dem Abschluß raus.

Der Arbeiter klagt. Seiner Klage gegen die Kündigung wird in erster Instanz nicht stattgegeben, in zweiter Instanz nicht und in dritter Instanz, vor dem Bundesarbeitsgericht in Kassel, wird die Kündigung auch bestätigt.

Drei Wochen nach diesem Prozeß, gerade passend zum Auslaufen der Tarifverträge der Metallarbeiter, erscheint die „Welt" mit der Schlagzeile:

„Wilde Streiks sind Entlassungsgrund"

Das Urteil ist einfach, klar und in seinem Zweck durchschaubar. Es fixiert die Friedenspflicht und hat den Zweck, die Arbeiter in der ganzen langen Zeit, die zwischen Auslaufen des gekündigten Tarifvertrages und dem Abschluß der Schlichtungsverhandlungen liegt, zur Bewegungsunfähigkeit zu verurteilen. Bewegungsunfähigkeit bedeutet selbstverständlich niedrige Abschlüsse.

Weil das Urteil klar gegen die Interessen der Arbeiter gerichtet ist, gefährdet es in dieser Klarheit die Haltbarkeit sowohl der Schlichtungsordnung als auch des Streikeinschränkungsrechts. Es ist eine Herausforderung zum politischen Kampf. Es kann so ohne weiteres nicht einmal von den Klassenversöhnlern der Sozialdemokratischen Partei hingenommen werden. Infolgedessen muß eine Verhüllung stattfinden.

Gleich am Tage nach den beiden Prozessen meldet die „Frankfurter Rundschau":

„Wegen Warnstreiks kann keiner entlassen werden"

Dabei bezieht sie sich auf den *zweiten* Prozeß. Hier war der Tatbestand: Ein Arbeiter hat sich 1974 an einer Demonstration, die die IG Metall in Idar-Oberstein während laufender Tarifverhandlungen während der Arbeitszeit durchführte, beteiligt. Der Kapitalist Fissler schmeißt ihn raus. Der Klage des Arbeiters wird in erster Instanz nicht nachgegeben, in zweiter auch nicht und in dritter Instanz vor dem Bundesarbeitsgericht wird ihr nachgegeben.

Der DGB erklärt:

„Mit seiner Entscheidung hat sich das Bundesarbeitsgericht dem vom DGB seit jeher vertretenen Rechtsstandpunkt angeschlossen."

Das Bundesarbeitsgericht hat sein Urteil nicht nur gefällt, sondern auch begründet.

„Es handelte sich um einen von der Gewerkschaft getragenen ‚Warnstreik' zur Unterstützung der Verhandlungsposition der Gewerkschaft bei den laufenden Tarifvertragsverhandlungen. (...) Warnstreiks der in der Rede stehenden Art dienen dem beschleunigten Abschluß von Tarifverhandlungen. (...) Sie sind gewisse Ordnungsmittel zur Herbeiführung und Beschleunigung eines neuen Tarifvertrages."

Wer über das Urteil jubelt, der jubelt über diese Begründung.

Der DGB erklärt sie sogar für seinen Rechtsstandpunkt. Wir erklären das Urteil für eine große Lumperei, denn: Die „Warnstreiks" der in der Rede stehenden Art, die jetzt erlaubt sind, können hinterrücks verboten werden und sind überhaupt selten.

Bekanntlich gilt *vor* Abschluß der Schlichtungsverhandlungen die „Friedenspflicht". Ruft die Gewerkschaft während dieser Friedenspflicht zu Kämpfen auf, „trägt" diese also, so kann sie schadensersatzpflichtig gemacht werden.

Deswegen ruft die Gewerkschaft in aller Regel *nicht* offiziell zu solchen notwendigen Streiks auf, sondern stützt sie bestenfalls unter der Hand.

In diesem Falle aber gilt das Urteil Nummer 1:

Der DGB handelt vollständig verantwortungslos, wenn er diesen Sachverhalt nicht nur verschweigt, sondern als seinen eigenen Rechtsstandpunkt erklärt. Wir müssen sagen, daß wir das für abgekartet halten.

Den sozialdemokratischen – hier muß man sagen – „Verbrechern" sind die Kampfaktionen der Arbeiter insbesondere im letzten Jahr in die Knochen gefahren. Sie stellen sich jetzt vor, daß bei solchen Kampfaktionen hernach die Kapitalisten ein großes Aufräumen machen. Was sie wünschen, ist die Situation, in der die Arbeiter, von sozialdemokratischen Funktionären zu Kampfaktionen für sowieso falsche Forderungen aufgerufen, abwinken. Die Arbeiter sollen als die Kampfunwilligen dastehen, die von der Gewerkschaft angetrieben werden müssen.

Entgegen der Glaubens- und Sittenlehre der Sozialdemokratie wird das Arbeitskampfrecht aber nicht im Gerichtssaal entschieden, sondern im Kampf. Die Belegschaften werden zu verhindern wissen, daß die Kapitalisten ihre Führer, die die notwendigen Kämpfe einleiten, einfach abservieren. Das hat sich in den Kämpfen der letzten Jahre schon gezeigt.

Deswegen können solche Urteile die Arbeiter nicht am Notwendigen hindern und der DGB kann es auch nicht.

Es geht diesen bürgerlichen Politikern auch bloß darum, eine möglichste große Erschwernis, ein möglichstes großes Maß an Spaltung in die Arbeiterklasse hineinzutragen.

Dies machen sie nicht offen und ehrlich, sondern schleimig und hinterhältig. Typisch dafür:

Die „Welt" *fälscht* die Stellungnahme des DGB, indem sie seine frenetische Begrüßung des Urteils Nr. 2 als Begrüßung des Urteils Nr. 1 ausgibt.

„Dieser Klage gab das Arbeitsgericht nicht statt. Der Deutsche Gewerkschaftsbund begrüßt das Urteil des Bundesarbeitsgerichts."

Es werde damit klargestellt, daß von Gewerkschaften organisierte Warnstreiks „rechtlich zulässig seien".

Eine Anfrage beim DGB ergab, daß er zu dem zweiten Prozeß *gar* nicht Stellung genommen hat. Allerdings hält es der DGB auch nicht für nötig, die Meldung in der „Welt" zu dementieren.

Die Herren der Dienstaufsicht mußten sich zurückziehen

Wolfsburg. Am Donnerstag, den 6.1., fand die ÖTV-Mitgliederversammlung zum Tarifkampf 1977 statt. Der sozialdemokratische Kreisvorstand wußte, daß er mit einer Prozent- oder gemischten Forderung nicht durchkommen würde. Er beschränkte sich zur Einleitung der Diskussion lediglich auf eine kurze Erklärung der Vorschläge des Hauptvorstandes.

Sofort danach wurde ein Redebeitrag gehalten, der die Unterdrückung der Beschäftigten der Öffentlichen Dienste und die staatliche Ausplünderungspolitik angriff und die Notwendigkeit aufzeigte, sich gegen den Vorschlag des Hauptvorstandes für 170 DM zusammenzuschließen. Das fand Unterstützung. Daraufhin ergriff Dieter Hampel, Mitglied des Bezirksvorstands der ÖTV und Personalchef der Stadtwerke Wolfsburg, das Wort und versicherte, daß er überall, wo der KBW auftrete, ihn auch bekämpfen werde. Unter Tumulten zog er kleinlaut ab. Zwei weitere Vertreter der Dienstaufsicht traten auf, um klarzumachen, daß man doch mit 8 % wesentlich besser wegkäme und daß durch die Forderung nach 300 DM nun auch der nächste Urlaub nicht mehr in Gefahr sei. Sie mußten sich Zwischenrufe von Arbeitern des Fuhrparks gefallen lassen, daß man als Arbeiter heute sowieso nicht mehr in den Urlaub fahren könne. Die weiteren Ergüsse dieser beiden Herren, daß die geringe Zahl der Anwesenden doch nur zeige, daß es dem Arbeiter heute gutginge und er sich um seinen Lohn keine Sorgen mehr zu machen brauche, endeten in Tumulten. Die beiden Herren, einer davon Mitglied des Kreisvorstandes, setzten sich sichtlich deprimiert an ihren Tisch zurück. Mehrere Redebeiträge folgten, in denen diese unverschämten Äußerungen unter Beifall verurteilt wurden. Weiter wurde enthüllt, daß solche Leute eindeutig zur Dienstaufsicht gehören, die nur von der Unterdrückung der Beschäftigten leben und dafür noch wie Oberstadtdirektor Hasselbrink mit über 7 000 DM im Monat gemästet werden. Allein von den Zinsen des Geldes, das diese Herren monatlich anlegen, können sie bequem ihre Steuern bezahlen.

Ab diesem Zeitpunkt wurde Hampel vom Bezirksvorstand von etlichen nur noch mit „Sie" angesprochen. Auf die Aufforderung des Kreisvorstandes, die Herren von der Dienstaufsicht doch als Kollegen zu betrachten und zu duzen, kam die Antwort: „Diese Herren müssen sich erstmal als Kollegen unter Beweis stellen." Sichtlich erregt darüber ergriff noch so ein Kerl von der Dienstaufsicht das Wort. Er rechnete vor, daß er mit 8 % auch besser wegkäme, und wenn die Arbeiter schlechter wegkämen, könnten sie ja über den zweiten Bildungsweg das Abitur nachmachen und sich anschließend bei der Bundeswehr weiter ausbilden lassen. Er habe das auch so gemacht.

Daraufhin hat die Versammlungsleitung die Versammlung kaum noch in den Griff bekommen. Zwischenrufe wie: Scher dich zum Teufel! verliehen der Empörung Ausdruck. Ab diesem Moment zog sich die Dienstaufsicht völlig zurück. Die Diskussion spitzte sich auf die bereits vorliegenden Festgeldforderungen zu. Mindestens 150 DM Festgeld wurden vom städtischen Bauhof, vom Fuhrpark, Garten- und Friedhofsamt und vom Arbeitskreis Soziales der ÖTV aufgestellt. Demgegenüber vertraten der Kreisjugendausschuß der ÖTV und etliche andere Kollegen die Forderung nach 170 DM Festgeld.

Um noch das letzte herauszuholen, beendete die sozialdemokratische Versammlungsleitung die Debatte und drängte mit der Erläuterung, daß 150 DM mindestens mehr sein könnten als 170 DM, auf Abstimmung und ließen keine Redebeiträge mehr zu. Unklarheit machte sich breit. Nachdem die erste Abstimmung für ungültig erklärt wurde, erkannte die Versammlungsleitung die zweite Abstimmung an. Verständlich. Bei dieser Abstimmung war die Mehrheit für 150 DM mindestens, zusätzlich 300 DM Urlaubsgeld und 50 DM Kindergeldzuschlag. Weiterhin wurde beschlossen auf Antrag des Kreisjugendausschusses: 60 % des Festgeldes für alle Auszubildenden, schrittweise Angleichung der Ausbildungsvergütungen an das dritte Lehrjahr der Krankenpflegeschüler.

Hampel sah seine Stunden gekommen. Er fragte nach der Abstimmung, bei welchem Teil der Forderung er beim Bezirksvorstand Prioritäten setzen könne und bei welchem Kompromissen schließen könne. Auf Antwort wartete er erst nicht lange, sondern gab sie gleich selbst: Während man beim Urlaubsgeld hart bleiben müsse, sei der beschlossene Festgeldbetrag ohnehin reichlich, so daß man dort Kompromisse schließen könne. Nachdem zwei Kollegen diesen Anschlag zurückwiesen, wurde die Versammlung geschlossen. – (t, Wolfsburg)

Westberlin. Die feste Front für Festgeldforderungen im Öffentlichen Dienst zwingt die Sozialdemokraten zu allerhand windigen Manövern. Der sozialdemokratische Vertrauenskörpervorstand des Klinikum Steglitz berief in Hast und mit gezielter Information eine Vertrauensleutekörpersitzung ein. Sie war beschlußunfähig. Trotzdem wurde verabschiedet: mindestens 150 DM, höchstens 300 DM, 10 %. Die Vertrauensleute, die für 170 DM für alle gleich eintreten, haben sofort eine Unterschriftensammlung durchgeführt, mit der eine ÖTV-Mitgliederversammlung gefordert wird, auf der der Beschluß rückgängig gemacht werden soll. Innerhalb einer Stunde unterschrieben über 80 Gewerkschafter.

Braunschweig. In den städtischen Krankenhäusern Braunschweig werden vier neue Stationen eingerichtet, mit insgesamt 46 Betten. Die Schwestern für diese Station werden von anderen Abteilungen abgezogen. Es ist keine einzige Neueinstellung vorgesehen. Allein sechs Schwestern werden von der „Langzeitlieger-Station" im Ältesten-Krankenhaus abgezogen. Auf dieser Station liegen nur alte Menschen, Rentner, die unter unsagbar schlechten hygienischen und pflegerischen Bedingungen auf ihren Tod warten. Auf diesen „Langzeitlieger-Stationen" gibt es nur 38 % vollausgebildetes Pflegepersonal (zum Vergleich andere Stationen: 60 bis 66 %). In diesem Krankenhaus ist kein Arzt ständig erreichbar, er besucht die Station nur einmal wöchentlich. Für 1977 ist die Stelle des Chefarztes dort ganz gestrichen. Das alles und der Abzug von weiterem Pflegepersonal bedeutet, daß die Rentner noch schneller in den Tod getrieben werden. Für diese „Behandlung" wird dann wiederum das Pflegepersonal verantwortlich gemacht; entweder wir leisten Mehrarbeit, oder wir haben die Patienten auf dem Gewissen.

Bremen. Mit großer Mehrheit hat die Gewerkschaftsversammlung der DPG-Amtsgruppe FA 1 folgenden Antrag beschlossen: 170 DM, 24 Tage Urlaub, 300 DM Urlaubsgeld und zusätzlich 50 DM für jedes Kind.

Ein Streik und ein Sieg dazu

Ein Streik und ein Sieg dazu

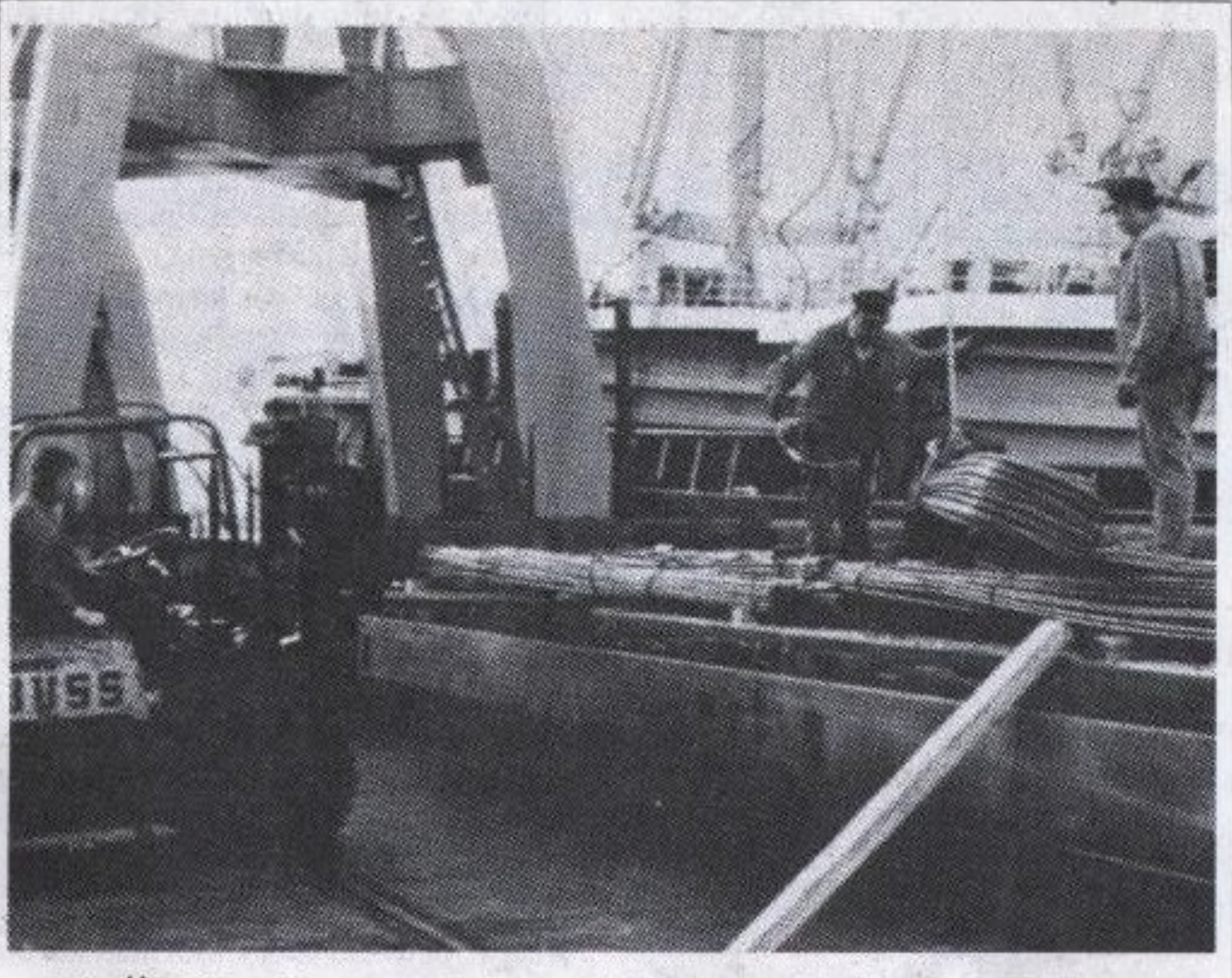
Westberlin. Für die neue Inszenierung „Sizilianische Vesper" in der Deutschen Oper werden mal wieder weder Kosten noch Mühen gescheut. Backsteinfassaden werden imitiert. Obwohl sich das mit anderen Mitteln schneller und billiger machen läßt, ist für die Produktion ein teurer Zwei-Komponentenschaum verwandt worden. Ein irres Zeug. Kriegt man es nicht in Form, dehnt sich der Schaum unheimlich aus. Zehn Liter davon in einen VW-Bus gekippt, füllen ihn total aus. 20 000 DM haben die Materialkosten für die Produktion dieser Imitation betragen, die wir nun letzte Woche im Malersaal auf einen Teil der mit Leinwand bespannten Rahmen kleben sollten. Der einzige Kleber, der die Verbindung der Schaumbacksteine nicht auflöst, ist Pattex. Also wurde kurzentschlossen von uns verlangt, mit Pattex zu arbeiten. Mit diesem hochgiftigen Zeug haben wir schon öfter gearbeitet, allerdings nur kleinere Sachen. – Wir haben's probiert. Zwei Rahmen à 30 qm, die mit Pattex eingestrichen und die dementsprechende Menge der Schaumstoffplatten auch. Also die doppelte Fläche. Das Resultat hat reingehauen. Beim Abbinden des Pattex wird ein hochgiftiges und hochexplosives Gas frei – Toluol. Das geht ins Blut und zerstört Organe, erzeugt Kopfschmerzen und Augenbrennen, Übelkeit usw. Was da alles kaputtgeht! Klar war auch, daß das nur der Anfang ist. Werden erst die Tischler, die die Rahmen bauen, fertig, kommt die ganze Scheiße dann auf einmal hoch und wir sollen dann bespannen und kleben.

Das war dann doch zuviel. Die werten Herren der technischen Leitung wollen sich wieder mal rühmen, alles in der Deutschen Oper realisieren zu können – aber auf unsere Knochen. Da ist Schluß. Wir haben uns den Verantwortlichen für Sicherheit der Deutschen Oper geholt und uns von ihm vorlesen lassen, was alles an Sicherheitsvorkehrungen notwendig ist, damit dieses Teufelszeug ohne Gesundheitsschädigung und ohne daß man bei dem geringsten Funken in die Luft fliegt, verarbeitet werden kann. Wie da wären: Gasmasken, eine Ventilation zur Verteilung des Toluol und eine Absaugvorrichtung, außerdem langstielige Rollen – zwei Meter –, damit man nicht zu nahe dran ist, und Kolonnen, die abwechselnd arbeiten, bzw. sich erholen. „Kurz und gut", haben wir gesagt, „diese Klamotten müssen her, sonst wird aus der Kulisse nichts. Bis die Gasmasken, die Ventilation usw. nicht hier sind, bleibt diese Arbeit liegen."

Eine Viertelstunde später kam der technische Direktor, ganz auf die Verständliche, so in dem Stil, mit ihm könnte man ja über alles reden. Er hat aber schnell gemerkt, daß wir es ernst meinen. Bis zum Nachmitteg nach etwa vier Stunden war alles da. Gasmasken, zwei kleinere Verteilungsventilatoren, und ein Abzug. Mehr als eine Wand können wir damit aber nicht auf einmal machen. Die hohen Herren werden versuchen uns mehr unterzujubeln, weil wir so den Termin nicht werden einhalten können. Aber ohne uns. Entweder mehr Ventilation oder Feierabend. Nach dieser Aktion haben wir eigentlich erst gemerkt, daß das eigentlich ein Streik war, und ein Sieg dazu.

Während dieser Auseinandersetzung sind uns aber noch mehr Sachen hochgekommen. Da ist uns klar geworden, mit welchen gesundheitsschädigenden Materialien wir eigentlich sonst noch arbeiten. Alle Lacke auf Nitrobasis und Nitroverdünnungsmittel selbst sind giftig. Ein Kollege hat dem technischen Direktor auch die richtige Antwort mit auf den Weg gegeben, nämlich, daß keine Nitroverbindungen mehr zu uns hochkommen. Uns wird zugemutet, mit diesem Zeug zu arbeiten. Die ärztliche Reihenuntersuchung, wie Röntgen und Blutuntersuchung haben sie uns aber schon lange gestrichen. Heute sagen sie, es bliebe ja jedem selbst überlassen, ob er sich untersuchen läßt. Scheißegal ist es diesen Herren, was wir hier einatmen und wie es mit unserer Gesundheit bestellt ist. Hauptsache, die Kulisse steht. Zum Alibi haben sie uns noch eine Ärztekommission auf den Hals geschickt, die dann festgestellt hat, daß die Konzentration des Toluol weit unter der Höchstgrenze liegt. Klar, hätten wir uns unsere Schutzvorrichtung nicht erkämpft, sähe das wohl anders aus.

In einer Debatte haben Arbeiter den chinesischen Film „Apotheke Nr. 3" dem Gesundheitswesen hier gegenübergestellt. Hier geht' s darum, aus den Arbeitern möglichst viel rauszuholen, alles andere interessiert die Kapitalisten einen Dreck. Gesundheitsversorgung hier heißt zusammenflicken, damit man möglichst schnell wieder ausbeutbar ist. Wenn die Arbeiter die Macht haben, steht der Mensch im Mittelpunkt, damit die Produktion nach den Bedürfnissen geplant und alle gesundheitsschädigenden Faktoren ausgeschaltet werden. Wir werden unserem Vertrauensleutekörper auf den Pelz rücken und ihn für unsere Forderung nach Aufhebung der Streichung der ärztlichen Vorsorgeuntersuchung gewinnen, und wenn notwendig, auch zwingen, die Schritte dahin anzupakken. Die Broschüre „Die Profitproduktion ruiniert die Gesundheit der arbeitenden Klassen" fand großen Anklang. Acht von 20 Arbeitern haben sie gekauft. – (m, Westberlin)



Die ÖTV hat die neuen Lohn- und Rahmentarife für die Seehäfen abgeschlossen. Der Grundlohn wird um 6,7 % erhöht, was in Lohngruppe 3 brutto 108 DM ergibt und Lohnabbau bedeutet. Die Pflicht zur Überstundenarbeit und zu Sonn- und Feiertagsarbeit wird nicht eingeschränkt. Die Hamburger Hafenarbeiter hatten durch einen halbstündigen Streik im Überseezentrum und durch Verweigerung von Doppelschichten den Kampf um den Lohn und die Arbeitsbedingungen angepackt. Bei dem Abschluß hinter dem Rücken der Hafenarbeiter ließ sich der ÖTV-Vorstand von der „Funktionsfähigkeit unserer Häfen" leiten (ÖTV-Flugblatt).

Beschäftigte im unmittelbaren öffentlichen Dienst 1970 bis 1975 in Tausend

Jahr	unmittelbarer öffentl. Dienst	Vollbeschäftigte	Teilbeschäftigte
1970	3 325	3 077	248
1971	3 475	3 198	277
1972	3 586	3 296	390
1973	3 695	3 376	319
1974	3 891	3 421	470
1975	3 951	3 467	484

Von 1970 bis 1975 hat sich die Zahl der Teilzeitbeschäftigten im unmittelbaren öffentlichen Dienst, also Bund, Länder, Bezirke, Gemeinden usw. sowie Bahn und Post fast verdoppelt. Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten an den Gesamtbeschäftigten stieg von 7,45 Prozent auf 12,55 Prozent

Der verstärkte Ankauf von Arbeitskraft in der Form der Teilzeitbeschäftigung durch den bürgerlichen Staat hat für seine Rationalisierungspläne große Bedeutung. Die Einstellung von Teilzeitbeschäftigten auf Vollzeitplätzen und ihre Rechtlosigkeit dienen dem Dienstherrn zur Verschärfung der Auspressung der Arbeitskraft aller Beschäftigten.

Diejenigen von den Teilzeitbeschäftigten, die unter 20 Stunden wöchentlich arbeiten, fallen nicht unter die gesetzliche Sozialversicherungspflicht. Das bedeutet, daß der Dienstherr weder Kranken- noch Renten- und Arbeitslosenversicherung zahlen muß. Kranken- und Rentenversicherungsbeiträge müssen ganz vom Beschäftigten gezahlt werden. Aus der Arbeitslosenversicherung sind die Teilzeitbeschäftigten unter 20 Stunden ausgeschlossen.

Wenn man gezwungen ist, eine solche Beschäftigung anzunehmen, hat das auf die Arbeitslosenversicherung doppelte Wirkung: Weil man wieder Arbeit hat, wird kein Arbeitslosengeld mehr gezahlt, auch wenn der Lohn viel niedriger liegt. Das „entlastet" die Arbeitslosenkassen. Wird man entlassen, bekommt man kein Arbeitslosengeld, weil nicht mehr Versicherungsmitglied. Das „entlastet" die Kassen noch einmal und verbessert ihre heilsame Wirkung für die Investitionstätigkeit der Kapitalisten.

Die Vertretungsrechte der Teilzeitbeschäftigten sind stark beschnitten. Der Personalrat kann überhaupt nur als Vertretungsorgan tätig werden für Teilzeitbeschäftigte, wenn sie als „in den Betrieb eingegliedert" gelten. Wann jemand eingegliedert ist, entscheiden im Zweifelsfall Arbeitsgerichte, wer weniger als 20 Stunden beschäftigt ist, gilt fast immer als „nicht eingegliedert".

Herabgruppierungen und Entlassungen sollen mit Hilfe der Teilzeitbeschäftigung leichter durchgesetzt werden. Teilzeitbeschäftigte werden als erste entlassen, weil „dies sozial vertretbar" sei. Die Voll- und Teilzeitbeschäftigten sollen aufeinandergehetzt werden.

Quelle: Bundestagsdrucksache 7/5701, Seite 31. Die Bundesregierung gibt an, die Daten seien nur „bedingt vergleichbar", weil erst die Angaben ab 1974 die Beschäftigten unter 20 Wochenarbeitsstunden enthalten. Ab 1974 mußten größere Massen der Lohnabhängigen, wie zum Beispiel viele Lehrer, ihre Arbeitskraft zu diesen Bedingungen verkaufen. Vorher waren es weniger. Erst ab dann hält es die Bundesregierung auch für wichtig, diese Daten zu veröffentlichen.

50 Putzfrauen in die Gewerkschaft eingetreten

Universität Göttingen. Der Widerstand der Reinigungsfrauen gegen die Rationalisierungsmaßnahmen hat den Kurator zurückgeworfen. Geschlossen haben die Putzfrauen sich geweigert, die Fragebögen des Kurators, in denen sie zwischen gesteigerter Arbeitshetze plus Lohneinbußen und Entlassungen wählen sollten, auszufüllen. Die ÖTV-Vertrauensleute hatten dazu aufgerufen. 50 Putzfrauen sind daraufhin in die Gewerkschaft eingetreten.

Alleine kann der Kurator den Reinigungserlaß des Finanzministers gegen den Widerstand der Putzfrauen nicht durchsetzen. Er hat sich den Personalrat des Kuratoriums gekauft. „Der Personalrat ist mit der Dienststelle übereingekommen, das Problem der Veränderungen im Reinigungsdienst gemeinsam zu lösen." Gemeinsam mit dem Kurator verschickt nun der Personalrat des Kuratoriums den fast gleichlautenden Fragebogen an alle Putzfrauen. Das wird dem Dienstherrn nichts nützen, denn auch dieser Fragebogen wird keine Zustimmung bei den Putzfrauen finden.

Einig sind sich viele Putzfrauen, daß eine Arbeitszeitverkürzung für sie nicht in Frage kommt. Die meisten Putzfrauen kommen von außerhalb und haben mindestens eine Stunde Fahrtzeit und monatliche Fahrtkosten von 50 bis 60 DM! Bei einer Arbeitszeit von 20 statt bisher 25 Stunden blieben ihnen dann bar vielleicht noch 300 DM und dafür wären sie dann sieben und mehr Stunden unterwegs.

Die Putzfrauen haben Erfahrungen mit der steigenden Arbeitshetze. Waren es z.B. vor zehn Jahren auf einem Stockwerk mit ca. 130 Zimmern sieben Reinigungsfrauen, sind es heute noch fünf und gleichzeitig wurden noch Zimmer in den Fluren dazugebaut.

Früher wurde von ihnen verlangt, auf den Knien z.B. Flecke von Zigarettenkippen mit starken Lösungsmitteln zu beseitigen. Die Herren Professoren beschwerten sich gleich über den Gestank, aber die Reinigungsfrauen sollten ihn ruhig einatmen. Heute weigern sie sich, solche Arbeiten zu übernehmen.

In einem Gebäude haben sie beschlossen, sich jetzt nicht mehr wie bisher abzuhetzen, denn die Dienstaufsicht benutzt es nur, um die Arbeitshetze weiter zu steigern. Stattdessen wollen sie, wenn alles saudreckig ist, z.B. bei schlechtem Wetter, den Kurator anrufen. Er soll ihnen dann direkt sagen, wie sie das alles sauber machen sollen! Der Wunsch nach Zusammenschluß, um diesen Angriff des Dienstherrn zurückzuschlagen ist bei den Putzfrauen groß. Viele halten es für notwendig, daß eine gemeinsame Versammlung aller Putzfrauen stattfindet, um Kampfmaßnahmen zu beraten. (Zelle Uni-Institute)

Hamburg. Auf der dritten Sitzung des Gesamtschülerrates Langenhorn, an dem sieben Schulen vertreten waren, wurde eine Resolution gegen den Schulgesetzentwurf des Hamburger Senats mit folgenden Forderungen einstimmig verabschiedet:

Weg mit dem Schulgesetzentwurf! Für das Recht auf Schulstreik! Weg mit der Ausdrucks- und Rechtschreiberegelung! Weg mit dem Ordnungsrecht! Bezahlung aller Lehrmittel durch den Staat! Einstellung aller Lehrer, die Eltern und Schüler fordern! Für zwei arbeitsfreie Berufsschultage in der Woche! Für politische und gewerkschaftliche Freiheiten in der Schule!

Angestrebt wird, in Hamburg-Nord einen Gesamtschülerrat auf dieser Grundlage aufzubauen und den Schulstreik gegen den Schulgesetzentwurf am ersten Tag der Lesung in der Bürgerschaft vorzubereiten.

Ca. 40 % der Hauptschüler verlassen die Schule ohne Abschluß. „Nach der Schulreform erreichen junge Menschen, die für eine Lehre anstehen, einfach nicht das Ausgangsziel der Grundschule. Hier muß erst einmal sichergestellt werden, – weil die Lehrer nicht tüchtig genug oder die Kinder Spätentwickler sind – daß alle Kinder an einen vernünftigen Schulabschluß herangeführt werden. Das Berufsgrundschuljahr könnte eine gute Sache werden, die Schüler besser auf den Beruf vorzubereiten.“ (Vetter in „Die Welt am Sonntag“, 2.1.77) Die Bund-Länder-Kommission hat den Ausbau des Berufsgrundbildungsjahres von 30 400 Plätzen 1975 auf 120 000 1982 beschlossen. Damit wird nicht nur das Recht auf Berufsschulausbildung bis zum 18. Lebensjahr genommen. Das Berufsgrundbildungsjahr soll an die Stelle des 10. Hauptschuljahres treten. Über 120 000 Jugendliche sollen zukünftig mit 16 in die Fabriken gepreßt werden, in einem Jahr Berufsgrundbildung auf ihre Aufgabe des Profitschaffens abgerichtet. Die Bourgeoisie hats eilig damit. Um sich im imperialistischen Konkurrenzkampf durchsetzen zu können, muß sie alle Schranken der Ausbeutung niederreißen. Dazu gehört die Ausbildung und insbesondere die Schulpflicht, die auf minimale Anforderungen gesenkt werden. Reformisten wie Vetter übernehmen die Aufgabe, die Jugend in die Zwangsjacke weiterer „Schulreform“ zu pressen.

Delmenhorst. Auf einer Klasseneltern-
zu pressen.

Delmenhorst. Auf einer Klassenelternversammlung des Schulzentrums Nord griffen die Eltern den Unterricht des Religionslehrers Günther an. Dieser Lehrer erzieht die Schüler zur Wundergläubigkeit und berichtet ständig von selbst erlebten angeblichen Wundern. Er hatte ein Rollenspiel durchführen lassen, in dem ein Schüler einen Toten spielen mußte und ein anderer ihn wieder auferweckte. Ein Vater fragte: „Sind Sie Jesus persönlich?“

Weiter kritisierten die Eltern, daß in diesem Religionsunterricht Weltuntergangsstimmung gepredigt würde. Herr Günther dazu: Es sei doch notwendig, die Schüler darüber zu unterrichten, daß dieser Planet zerstört wird. Man könne das ja an den Kernkraftwerken sehen. Die Eltern erwiderten, sie wollten auch, daß ihre Kinder über diese Probleme informiert würden, aber so, daß sie wüßten, wer die Verursacher sind und was man dagegen machen kann – mit Beten könne man die Kernkraftwerke ja wohl nicht verändern.

Weil der Lehrer an seinen Unterrichtsinhalten festhielt, beschlossen die Eltern, ab jetzt seinen Unterricht genau zu kontrollieren und an den Stunden teilzunehmen. Den Schluß machte ein Vater: „Sie haben jetzt gehört, was uns nicht paßt an Ihrem Unterricht. Wenn Sie das nicht lassen, müssen wir uns andere Schritte überlegen.“
(aus Bezirksbeilage Weser-Ems)

Göttingen. Die Jugendgruppe der Deutschen Postgewerkschaft hat als Leitlinie für den Tarifkampf die Forderung beschlossen: 50 % von der Lohngruppe 4 (Dienstzeitstufe 1) einheitlich für alle Lehrjahre. Das sind 730 DM.

Der Bundesjugendausschuß der DPG hat diese Forderung jetzt mit einer sozialdemokratischen Einschränkung versehen, die nach unten beliebig viel Spielraum zuläßt und nicht die Einheit im Lohnkampf herstellen kann: „Um diesem Ziel näherzukommen, ist es erforderlich, die Ausbildungsvergütungen prozentual stärker zu erhöhen als die übrigen Löhne und Gehälter.“ Außerdem sollen innerhalb der verschiedenen Ausbildungsjahre verschiedene Prozente aufgestellt werden. Demgegenüber hat die Jugendgruppe der DPG und der Ausbildungsstelle des Fernmeldeamtes Göttingen festgehalten an einer Festgeldforderung: Angleichung des 1. und 2.Lehrjahres an das dritte und 100 DM mehr für alle Auszubildenden, d.h. 60 % von der Festgeldforderung 170 DM, die einheitlich für alle Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst aufgestellt werden muß. Die Jugendgruppe hat ein Flugblatt herausgegeben, in dem sie die Forderung weiter begründet.

Nienburg. An der Kreisberufsschule wird ein Programm in der Schülervertretung und den Klassen diskutiert. Auf dieser Grundlage soll die Schülervertretung und der Schülersprecher arbeiten. Das Programm enthält: 12 Stunden Berufsschule an zwei arbeitsfreien Werktagen, Ankündigung des Lehrstoffplanes, Aufenthaltsraum und Bücherei für Lehrer und Schüler, Nichtbewertung von Klassenarbeiten mit mehr als 30 % Fünfen und Sechsen.

„Immer nur feilen“

Ausbildungslehrgänge für jugendliche Arbeitslose an der Handwerkskammer

Osnabrück. Nach der Schule habe ich nur eine Lehre im Betonbau gefunden. Ich wollte aber gar kein Betonbauer werden. Nach drei Monaten bin ich geflogen. Eine andere Lehre habe ich nicht gekriegt. Neun Monate war ich arbeitslos und habe alle zwei Wochen 56 DM Arbeitslosenhilfe gekriegt. Dann bin ich zur Handwerkskammer gegangen, weil das Arbeitsamt mich dort hingeschickt hat. Ich könnte so leichter eine Lehr- oder Arbeitsstelle finden, haben die gesagt. Sonst haben die mir nichts gesagt. Am ersten Tag fragten die mich an der Handwerkskammer, ob ich den Holz- oder Metallkurs wolle. Ich habe Metall genommen. Im Metallkurs sah das dann so aus: Feilen, feilen, feilen. Die ersten Monate haben wir fast nur gefeilt, außer an den zwei Nachmittagen, an denen wir Unterricht in Fachrechnen, Fachzeichnen und Fachkunde hatten. Morgens um acht Uhr haben wir angefangen und dann acht Stunden gefeilt, danach durften wir noch sägen und nieten, alles nur an kleinen Metallstücken. Der Meister hat die fertigen Metallstücke von uns angesehen, zensiert und dann wurden sie weggeschmissen. Man kann sie auch mitnehmen, aber das meiste kann ja kein Mensch gebrauchen.

In den letzten drei Monaten wird ein Schweißkurs durchgeführt. In den ersten zwei Wochen sollten wir Gasschweißen lernen, aber dann hat der Meister zu mir und den anderen Kollegen gesagt, dazu seien wir nicht geeignet, also zu blöd. Dann wurde elektrisch geschweißt. In der Zeit haben wir kaum Unterricht gehabt.

Eigentlich soll ich monatlich 330 DM Ausbildungsbeihilfe bekommen. Aber es kommt immer viel weniger raus. Denn die ziehen was für die Werkstücke ab, die dann meistens weggeschmissen werden und für das Arbeitszeug, das wir am Anfang der Lehre bekommen haben. 305 Ausbildungsbeihilfe bekommen wir monatlich. Bei uns im Lehrgang ist es noch so, daß von den 305 DM die Tage abgezogen werden, die wir fehlen, da bleibt dann oft nicht mehr viel übrig. Klar, wir fehlen oft, was soll das auch, den ganzen Tag feilen oder schweißen an kleinen Metallstücken, die nachher wegfliegen, dazu sitzt einem dauernd noch ein Aufpasser im Nacken.

Die Meister haben uns ständig gedroht: „Wenn ihr rausfliegt, habt ihr selber schuld, dann müßt ihr alles zurückzahlen.“ Trotzdem haben die meisten aufgehört. Am Anfang waren wir 21, und nur 6 haben bis zum Schluß durchgemacht. Einige von denen, die aufgehört haben, ziehen jetzt mit dem Jahrmarkt rum.

In meinem Zeugnis, das ich am Schluß bekommen habe, stand nicht, daß ich ausgebildeter Schweißer bin, sondern nur, daß ich einige Grundkenntnisse habe. Damit muß ich jetzt auf Arbeitssuche. Wahrscheinlich nehmen uns die Kapitalisten jetzt wirklich lieber, weil wir eben schon einige Grundkenntnisse haben. Vor allem stellen sie diejenigen Jugendlichen gern als Hilfsarbeiter oder Anlernling ein, die nicht mehr berufsschulpflichtig sind, damit wir dann den ganzen Tag für sie schuften können. Meinem Bruder, der den Holzkurs an der Handwerkskammer mitgemacht hat, haben sie bei jeder Vorstellung gefragt, ob er noch berufsschulpflichtig ist, und auch schon deswegen abgelehnt. Das ist eine große Sauerei. Jetzt hat er eine Arbeit, Beifahrer im Sämereienhandel Stahn und Finke für 5,10 DM je Stunde. Dafür braucht man aber keinen Kurs an der Handwerkskammer.

Ich bin mit dem Kurs seit eineinhalb Monaten fertig und habe noch keine Arbeitslosenhilfe seitdem gesehen. Meine Eltern haben auch nicht viel Geld, so daß ich ihnen ständig auf der Tasche liegen kann. Die wollen mich kleinkriegen, daß ich auch eine so beschissene Arbeit annehmen muß wie mein Bruder. Eine Lehrstelle zu bekommen, ist sowieso fast aussichtslos für mich. – (nn, KJB Osnabrück)

Lehrlingslohn reicht nicht

Als Lehrling im 2. Lehrjahr in einem Speditionsbetrieb bekomme ich vom Betrieb ausgezahlt 219,- DM Vom Arbeitsamt erhalte ich als Ausbildungsbeihilfe 313,- DM Zusammen also 532,- DM Davon gehen für Miete, Strom, Heizung, Telefon, Zeitung und Gewerkschaftsbeitrag 215,- DM ab.
Da der Betrieb 20 km von meinem Wohnort entfernt liegt, brauche ich ein Auto, denn eine Busverbindung gibt es nicht. Dafür muß ich 167,- DM ausgeben.
Fürs Essen gebrauche ich 120,- DM
Zusammen 502,- DM

Es bleiben also übrig, für alles, was noch nicht einkalkuliert ist, ganze dreißig Mark. Daß das nicht geht, ist klar. Meine Eltern müssen mir helfen. Mein Vater muß durch den Verkauf seiner Arbeitskraft für den Unterhalt der Familie sorgen. Seine Arbeitskraft ist früh zerschlissen worden. Er ist jetzt 46 und bereits Rentner. Er bekommt 1 800 DM im Monat. Davon soll unsere siebenköpfige Familie leben.

An meinem Beispiel wird deutlich, wie nötig es ist, für einen Lehrlingslohn zu kämpfen, der zum Leben ausreicht. – (bk, Stadtteilzelle Schinkel, KJB Osnabrück)



Klassenbücher verschwunden

Die Schüler schließen sich gegen Noten und Zeugnisse zusammen

Winsen/Luhe. An unserer Schule, einem Wirtschaftsgymnasium, hat dem Lehrer Meier das Notensystem alleine noch nicht ausgereicht, um die Schüler zu disziplinieren. Er versuchte durchzusetzen, daß jeder Schüler in seiner 12. Klasse 10 DM für eine Klassenbucheintragung und 50 Pfg. für jedes vergessene Buch bezahlen sollte. Durch diese Rechnung machten die Schüler ihm aber einen Strich: Das Klassenbuch verschwand, und dem Lehrer Meier fehlte jede Grundlage fürs Kassieren. Die Schulleitung geriet darüber derart in Panik, daß sogar Lehrer verdächtigt wurden, das Klassenbuch geklaut zu haben.

Wir wehren uns aber nicht nur gegen solche Schikanen, sondern auch gegen die Grundlagen des Schulsystems, das Notensystem. Im Kunstkurs des Vorsemesters der Oberstufe haben wir vom Lehrer gefordert, uns eine einheitliche Zensur für die im Kollektiv erbrachte Leistung zu geben. Der Kunstlehrer hat sich zwar nicht getraut, offen gegen diese Forderung aufzutreten, aber weil wir nicht entschieden genug vorgegangen sind, zum Beispiel genaue Kampfschritte besprochen hatten, ist es ihm gelungen unsere Forderung mit moralischem Geschwafel zu unterdrücken. „Ich möchte ja schon gerne, aber die Kollegen ... Das geht nicht, wenn ich das mache, werde ich rausfliegen.“ So ungefähr hat er uns belabert. Aber uns ist es mit der Einheitszensur ernst. Deshalb werden wir nach den Weihnachtsferien den Kampf darum weiterführen. Gibt er uns keine einheitliche Zensur, werden wir Kampfschritte einleiten, zum Beispiel nur noch Arbeiten ohne Namen abgeben. Dann soll er sehen, wie er die verschiedenen Zensuren begründet. – (A.B., Winsen)

Göttingen. Für das Sommersemester der Fachoberschule und des Technischen Gymnasiums fanden vor Weihnachten die Eintragungen in die einzelnen Kurse statt. Vom Belegen bestimmter Kurse hängt ab, ob man einen einigermaßen vernünftigen Stundenplan bekommt. Da nur 18 Schüler in einen Kurs kommen, mindestens aber 12, damit der Kurs stattfindet, mußte man sofort belegen. Wer einen Tag später kam, muß seinen ganzen Stundenplan umbasteln. Am Ende der Eintragefrist waren drei Listen spurlos verschwunden.

Bremen. Im Rahmen der neu gestalteten Oberstufe wurden die Normen für Sport am Gymnasium Kurt-Schumacher-Allee so erhöht, daß jeder Schüler eine Zensur schlechter wird. Zum Beispiel muß man jetzt schneller laufen als der Olympia-Sieger von 1948, um eine Eins zu bekommen. Von dieser Normenerhöhung betroffen sind die Schüler der 11. und 12. Klassen. Widerstand entwickelt sich. Schüler schrieben ein Flugblatt, behielten die Sportwahlzettel zurück und erreichten so eine Versammlung mit den Lehrern und der Schulbehörde. Die Normenerhöhung wird für dieses Jahr zurückgenommen.

Im Laufe dieser Auseinandersetzung hat sich an der Schule eine Basisgruppe mit über zehn Schülern gebildet, die auf Grundlage dieses Teilerfolgs nach den Ferien den Kampf gegen den Leistungsdruck fortsetzen will.

Westberlin. Eine Schülerin der Stephan-Schule soll an die Sonderschule zurückversetzt werden, weil sie das „Probehalbjahr“ nicht bestanden hätte. Sie hatte vor allem rebelliert gegen die Strafarbeiten einer Lehrerin.

Gegen diese Versetzung haben sechs Schüler eine Erklärung herausgegeben: „...3. Wir sind generell gegen eine Versetzung von Mitschülern an die Sonderschule. 4. Es ist für uns nützlich, daß Lehrer uns auffordern, uns gegen Versetzungen an Sonderschulen und gegen Strafarbeiten zu wehren. ...7. Gegen die Versetzung von Manuela fordern wir: Einberufung einer Klassenkonferenz mit Einladung von Eltern und Schülern dieser Klasse und der Eltern- und Schülervertretung; Offenlegung der Gründe für die Versetzung von Manuela an die Sonderschule.“

„Motivieren“

Hamburg. Um die Schüler für Unterrichtsstoffe zu „motivieren“, die sie langweilig finden und deren Sinn sie nicht einsehen, wenden Lehrer die „Impulsmethode“ an.

Thema der Stunde ist das Wortfeld „gehen“. Der Lehrer stolpert in die Klasse, erweckt den Eindruck, als ob er betrunken wäre. Ist der Lehrer auf diese Weise am Lehrertisch angekommen, wartet er auf die Reaktion der Schüler. Die Schüler raten, was sie machen sollen. Der Lehrer läßt sie so lange raten, bis jemand das Wort „stolpern“ bringt. Damit arbeitet er dann weiter. Die Schüler dürfen andere Gangarten vormachen und sie bezeichnen. Am Ende der Stunde ist die Tafel voll mit Gangarten geschrieben, und die Schüler müssen sie dann in Sätze kleiden. Ihnen werden viele Wörter beigebracht, aber warum die Menschen hetzen und rasen, wird nicht besprochen.

In meiner Klasse haben die Schüler folgendermaßen auf die „stummen Impulse“ reagiert: „Die spinnt wohl, was soll denn das? Nun sagen Sie doch, was das soll!“

Die Lehrer müssen mit dem Notensystem brechen

Westberlin. Ich bin Lehrer in Westberlin. Als ich vor einem Jahr an der Fachoberschule der Hans-Böckler-Oberschule eine Mathematikarbeit zurückgab, war ein Schüler sehr entrüstet darüber, daß es Fünfen gegeben hatte. Er sagte: „Von dir als fortschrittlichem Menschen hätten wir das nicht gedacht. Wir haben uns alle auf die Arbeit vorbereitet. Du hast aber in der Arbeit gerade solche Sachen verlangt, die im Unterricht nicht gründlich dran waren.“

Der Schüler hat recht. Wenn ein Lehrer den Bewertungsschlüssel für eine Klausur vorbereitet, dann hat er im Kopf, daß einige Schüler ihre Eins oder Zwei, ihre Drei oder Vier, ihre Fünf oder Sechs bekommen. Durch den Einwand des Schülers habe ich bei der Vorbereitung der nächsten Klausur gemerkt, daß ich tatsächlich gewisse Dinge nicht gründlich im Unterricht behandle, damit ich geeignete Klausuraufgaben habe. Das habe ich in Zukunft geändert.

Lehrer, die im Unterricht von Klassenkampf und Klassenschule reden und gleichzeitig das Notensystem praktizieren, sind reaktionär, weil sie zur Aufrechterhaltung des bürgerlichen Schulwesens beitragen, anstatt es zu zersetzen.

Organisiert man als Lehrer mit den Klausuren keine Überfälle und steht man bei seinen Aufsehern im Verdacht, daß man den Notenknüppel nicht schwingen will, dann wird man unter Druck gesetzt und bestraft. So wurde nach den Abschlußprüfungen im Frühjahr 1976 vom Bezirksamt gegen mich ein Untersuchungsverfahren wegen Prüfungsbetrug eingeleitet. Dem Studiendirektor für Mathematik war aufgefallen, daß eine Prüfungsaufgabe Ähnlichkeit mit einer Aufgabe hatte, die ich im Unterricht behandelt hatte. Die Lehrer werden mit dem Beamtenrecht gezwungen, das Notensystem anzuwenden.

Die Abschlußprüfung in Mathematik ist nicht mehr von mir durchgeführt worden, weil ich gerade zu diesem Zeitpunkt wegen meiner Unterstützung der Kämpfe der Schüler suspendiert worden bin. Die Prüfungsarbeiten wurden sehr schlecht bewertet. Der Studiendirektor erklärte einem Schüler, das sei dafür, daß die Schüler und ich immer zusammengehalten hätten. Außerdem sollte durch diese Prüfung die Voraussetzung für eine Anweisung geschaffen werden, daß in Zukunft nur noch 5 % statt bisher ca. 50 % der Schüler eine Zulassung für die Technische Universität bekommen. Deswegen ist es fast bis zum Streik gekommen. Durch den Kampf der Schüler zerschleißt das Notensystem. 20 Schüler der beiden Abschlußklassen schreiben in einem Flugblatt:

„Zum einen ist es so, daß mit Hilfe des Notensystems immer einem Teil der Schüler das Recht auf weitere Bildung genommen wird, um sie auf den Arbeitsmarkt zu werfen. ... Eine Eins vor dem Fachausdruck Mathematik bedeutet nicht, daß man viermal soviel Mathematik antreffen kann, als dies bei einer Note Vier der Fall ist. Schulnoten messen nicht die Fähigkeit zum wissenschaftlichen Arbeiten, sondern quittieren, ob die einzelnen Schüler bereit sind, jahrelang stumpfsinnige Prüfungsstoffe in sich hineinzustopfen oder ob sie es wie wir nur mit Widerstand gemacht haben. ... Wir protestieren gegen die schlechten Noten. Wir verlangen, daß Lehrer Ruschmann wieder eingesetzt wird.“ (kr, Westberlin/Red.)

Heftige Kämpfe gegen Fahrpreiserhöhungen

Wat tau veel is, is tau veel!

Am 1. Januar 1977 sind bei der Bremer Straßenbahn AG die Fahrpreise erhöht worden. Insgesamt betragen die Erhöhungen im Durchschnitt 25 Prozent. Rund 10 Millionen DM pro Jahr verspricht der Senat sich davon an Mehreinnahmen.

Damit stellen die Fahrpreiserhöhungen eine äußerst schwere Belastung für die Arbeiter, Angestellten und kleinen Beamten, für Schüler und Studenten dar, die auf die Benutzung von Bahn und Bus angewiesen sind, um ihren Arbeitsplatz oder die Schule zu erreichen. Zur gleichen Zeit werden die indirekten Steuern auf Tabak, Zigaretten und Branntwein erhöht.

Kurz, das Einkommen der Lohnabhängigen soll weiter gesenkt werden. Inflation, steigende Warenpreise, Erhöhung der Sozialmieten, der Gebühren für Strom, Gas und Wasser haben bereits in den letzten Jahren ihre Einkommen beständig gedrückt.

Für die Lohnabhängigen sind die Fahrpreiserhöhungen untragbar, der Senat muß sie zurücknehmen!

Der Senat klagt über seine hohen Zuschüsse zur Straßenbahn AG. Die Erhöhung der Fahrpreise sei notwendig, um die Straßenbahn AG kostendeckend zu betreiben.

Wir stellen dazu fest:

Erstens werden diese Zuschüsse zum Großteil aus den Steuern und Abgaben der Lohnabhängigen getätigt. Sie bezahlen also bereits schon die Defizite der Straßenbahn AG.

Zweitens sind uns genug Haushaltsausgaben bekannt, die ausschließlich den Reichen und Besitzenden, den Fabrikherren und Bankiers zugeflossen sind. Zum Beispiel für kostenlose Erschließung von Industriegelände, für industrielle Sondertarife bei Strom, Gas und Wasser, als Investitionshilfen oder als Zinsen an die Banken. Es ist überhaupt nicht einzusehen, weshalb die Lohnabhängigen diese Leute nun auch noch durch erhöhte Fahrpreise unterstützen sollten.

Die Argumente des Senats verfangen nicht. In den Betrieben, Büros und Schulen, in Gewerkschaftsorganen und Vertretungskörperschaften ist der Protest längst erhoben. Die Lohnabhängigen wissen um ihre Kraft. Ist es doch 1968 in großen Demonstrationen und Blockadeaktionen des Bus- und Bahnverkehrs gelungen, die damals geplanten Fahrpreiserhöhungen zu Fall zu bringen.

Die Forderung nach Zurücknahme der beschlossenen Fahrpreiserhöhungen ist gerecht. Der Senat muß sie zurücknehmen. Sie müssen vom Tisch. Wat mutt, dat mutt.

Betriebsräte: Detlef Dahlke, Ingenieur; Günther Wölk, Arbeiter; Heinrich Parnisk, Dreher; Fritz Bettelhäuser, Arbeiter, Betriebsratsvorsitzender; Adolf Schäfer, Arbeiter; Rolf Spalek, Arbeiter; Paul Jankowski, Arbeiter; Adelheid Komora, Arbeiterin; Alfred Jordan, Arbeiter; Dieter Bachmann, Arbeiter; Hartwig Elster, Arbeiter; Heinz Norrenbrock, Arbeiter; Heinz Scholz, Arbeiter; Heinz Koldehofe (Ersatzmitglied), Arbeiter; Tina Stein, Erzieherin; Wolfram Stein, Erzieher; Detlef Meyer, Arbeiter; Walter Kröger, Personalrat; Hüsiyin Celik, Arbeiter;

Vertrauensleute: Barbara Suckau, Angestellte; Günther Behrens, Arbeiter; Harald Neuhöfel, Arbeiter; Heinz Büscher, Arbeiter; Rolf Stellies, Arbeiter; Günther Lüning, Arbeiter; Manfred Kuhlmann, Arbeiter; Gaby Kress, Krankenschwester; Wolfgang Bödeker, Krankenpfleger; Rita Günzel, Angestellte; Mechthild Hagemann, Angestellte; Dietmar Michaelis, Arbeiter; Christine Wyborny (Sprecherin), Krankenpflegerin; Wolfgang Golchert, Arbeiter; Karl-Heinz Kunde, Arbeiter; Karl-Heinz Homann, Arbeiter; Leonhard Kowol, Arbeiter.

Jugendvertreter: Dietmar Segger (APR), Krankenpfleger; Jutta Dethlefs (APR), Krankenpflegerin; Michael Mosel, Lehrling; Walter Schinner, Lehrling; Birgit Rauschert, Krankenschwester; Margitta Meyer (APR), Krankenpflegerin; Wolfgang Flechtenmacher (APR), Krankenpfleger; Ulrike Manthau (APR), Krankenpflegerin; Manfred Niehausmeier (APR), Krankenpfleger; Petra Niemeier (APR), Krankenpfleger; Sait Arslan, Arbeiter; Wolfgang Brinker, Lehrling.

Schülervertreter: Kurt Schwentek, Jahrgangssprecher; Olaf Grimm, Klassensprecher; Sven Regener, SV-Präsidiumsmitglied; Günther Malkowski, GSV-Delegierter; Detlef Vogel, GSV-Delegierter; Ernst Hustedt, GSV-Delegierter; Knud Bach, GSV-Delegierter.

Lehrer: Anne Baisch; Erika Niemann; Angelika Ehlers; Ruth Sommer; Ulrich Gerstenberg; Iris Mücke; H. Trepper; Barbara Schramm; Heidi Schelhowe; Ulrike Hille; Ursula Gerstenberg-Beumler; Eva Rohrmoser; Ullrich Trabandt (Ref.); Heidi Biesecker (Hochschullehrerin); Volker Wihstutz (Hochschullehrer); Frieder Nake (Hochschullehrer); Günther Vetter (Hochschullehrer);

Irene Zeyn, Erzieherin; Manfred Ganghofer, Sozialpädagoge; Dietmar Kleinert, Gerichtsassessor; Günther Vossiek, wissensch. Assistent; Willi Willenbrock, Fernmeldetechniker; Kurt Sommer, Dipl.-Ingenieur; Adda Busse, stellv. Heimleiterin; Peter Dobberkau, Sekretär der Bezirksleitung Bremen/Unterweser des KBW; Dieter Märtens, Krankenpfleger; Ruth Lendzian, Krankenpflegehelferin; Gerhard Baisch, Rechtsanwalt; H.-J. Borowsky, Rechtsanwalt; Rainer Burchardt, Rechtsanwalt; Jens Meggers, Rechtsanwalt; Astrid Eggers, Vors. des Komitees gegen den § 218; Heidi Schnautz, Buchhändlerin; Walfried Würz, Arbeiter; Gaby Flach, Sozialpädagogin.

(aus: Weserkurier, 5.1.1977)

In Bremen und Hannover wird in den letzten Wochen der Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen organisiert.

Der Zusammenschluß der Arbeiterklasse und der Volksmassen hat große Fortschritte gemacht. Nebenstehend haben wir eine Erklärung von Betriebs- und Personalräten, Jugendvertretern und Vertrauensleuten aus Bremen abgedruckt, die sich entschieden gegen die Fahrpreiserhöhungen wenden. Die Arbeiterklasse kämpft gegen die Absichten der Kapitalistenklasse. Für die Kapitalisten ist der öffentliche Nahverkehr, der zumeist direkt im Besitz des bürgerlichen Staates ist, ein wichtiges Mittel, damit die Arbeiterklasse von ihren Wohnstätten an die Ausbeutungsplätze befördert wird.

Der öffentliche Nahverkehr dient nichts anderem als der Aufrechterhaltung der Ausbeuterherrschaft über die Arbeiterklasse und die Volksmassen. Die Arbeiterklasse muß diesen öffentlichen Nahverkehr dann auch noch finanzieren durch Steuern, d.h. ihr geraubte Lohnbestandteile, und unmittelbar über die Fahrpreise. Dies ist die Linie, sind die Absichten der Kapitalisten. Ein Einzelfahrschein von 1 DM reichte in Bremen für die Kapitalisten nicht aus, ihren Nahverkehr zu finanzieren. 64,9 Millionen DM Defizite hat die Straßenbahn AG in Bremen, die aus Steuergeldern kommen mußten. Das war den Kapitalisten zuviel! Auf der einen Seite soll die Arbeiterklasse diese Kosten für die Kapitalisten tragen, auf der anderen Seite beabsichtigen die Kapitalisten die Gebührenerhöhungen (Strom, Gas, Wasser, Post und Bahn) soweit zu erhöhen, daß sie diese „Überschüsse" sich dann noch direkt zuschieben können. Wie z.B. in Hannover, wo von „Überschüssen" aus dem Straßenbahnverkehr an die Kapitalisten unter der Überschrift: „Wirtschaftsförderung" im Jahre 1976 40 Millionen DM geflossen sind. In Westberlin will der Senat bis 1980 1,2 Milliarden DM „Überschuß" einwirtschaften, um dann diese Beträge für den Ausbau des Gewaltapparates zusätzlich zur Verfügung zu haben. Der öffentliche Nahverkehr wird ausgebaut, um neue Produktionsstätten mit neuen Wohnstätten zu verbinden. Die Arbeiterklasse ist damit ungeheuerlichen Schikanen ausgesetzt, so braucht man z.B. in Hannover vom Stadtteil Vahrenwald bis nach Laat-

erlichen Schikanen ausgesetzt, so braucht man z.B. in Hannover vom Stadtteil Vahrenwald bis nach Laat-

zen, um dort seine Unterlagen zum Arbeitslosengeld einzureichen, bestimmt eine Stunde. Viele Menschen müssen sich ein Auto kaufen, um pünktlich zum Arbeitsplatz zu kommen, weil der Straßenbahnverkehr schikanös für die Arbeiterklasse und die Volksmassen ist. Nicht ohne Grund erscheint es den Arbeitern als wichtig, ein Auto zu besitzen, um unabhängig zu sein.

Nur trügt dieser Schein, denn der bürgerliche Staat versucht ständig die KFZ-Steuern und die Benzinpreise direkt zu erhöhen. Deshalb kann es die Arbeiterklasse nicht hinnehmen, wenn der bürgerliche Staat die Gebühren erhöht. Dagegen gibt es Kampf! Die Aktionen gegen die Fahrpreiserhöhungen wurden in Bremen und Hannover schon im Dezember geführt. Eine Entscheidung zuungunsten des bürgerlichen Staates und zugunsten der Arbeiterklasse ist nicht gefallen, die Aktionen werden weitergeführt. In Bremen haben an der Demonstration am Samstag 600 Menschen teilgenommen, in Hannover demonstrierten 1 000, im Block des KBW die Hälfte davon. Freitag und auch Samstag kam es in Hannover zu gewaltsamen Zusammenstößen mit dem Polizeiapparat. In den Auseinandersetzungen ist es gelungen, den Straßenbahnverkehr für einige Zeit lahmzulegen. Gelang es der Polizei am Freitag in Bremen die Straße zu beherrschen, so beherrschte am Samstag der Demonstrationszug den Hauptverkehrsknotenpunkt, die Straßenbahnen mußten zurückfahren. An diesen Aktionen beteiligten sich immer neue Kräfte. In Bremen traute sich der Senator Seifritz (Bausenator) während der Demonstration in die Innenstadt. Er wurde gesichtet und eingekreist, nur mit Mühe konnte er in das nächste Kaufhaus fliehen. Gespannt ist die Lage in den Auseinandersetzungen gegen die Fahrpreiserhöhungen. Die Frankfurter Rundschau weiß zu be-

die Lage in den Auseinandersetzungen gegen die Fahrpreiserhöhungen. Die Frankfurter Rundschau weiß zu be-

richten, daß Koschnick dieses Jahr seinen traditionellen Winterurlaub wegen der Kämpfe gegen die Fahrpreiserhöhungen nicht angetreten ist. Er weilt in Bremen und leitet die Polizeitruppen gegen die demonstrierenden Arbeiter, Studenten und Schüler.

In Hannover versucht man den Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen zu umgarnen, leichte Abstriche wurden in den Erhöhungen gemacht, dies hat den Widerstand aber nicht gebrochen. Gleichzeitig wird der bürgerliche Staat von Seiten der DKP mit ihrem Roten Punkt aktiv unterstützt. In Bremen gibt die DKP den Volksmassen die Schuld, daß die Erhöhungen bisher nicht zu Fall gebracht sind: „Noch zu viele Menschen verharren passiv und lassen sich das Geld aus der Tasche ziehen" und „Wir werden die Diskussion um unsere Finanzierungsvorschläge weiterführen ... und durch eine längerfristige Vorbereitung als diesmal dafür sorgen, daß die für den 1. Januar 1978 geplante Anhebung der Straßenbahntarife verhindert wird." (Straßenbahnnachrichten). Daß die DKP sich nicht nur den Kopf

der Straßenbahntarife verhindert wird." (Straßenbahnnachrichten). Daß die DKP sich nicht nur den Kopf

für den bürgerlichen Staat über die „Finanzierung" zerbricht, sondern auch direkt für den bürgerlichen Staat eintritt, wurde beim Angriff der DKP- und Roten-Punkt-Ordner auf den Demonstrationszug des KBW in Hannover deutlich. Dies greift die Hannoversche Allgemeine Zeitung strahlend auf und schreibt: „Demonstranten prügeln Demonstranten" (8.1.77). All diese Manöver helfen nicht, der Einfluß der Reformisten und Revisionisten geht zurück, weil die üblen Geschäfte bekämpft werden.

Der Zusammenschluß der Arbeiterklasse und der Volksmassen muß weitergetrieben werden, die Entscheidung um die Fahrpreiserhöhungen muß gefällt werden. Die Kämpfe, die in den letzten Wochen geführt wurden, und die in den nächsten Tagen auf Entscheidung gehen, haben den Zusammenschluß und die Einheit einen großen Schritt vorangetrieben, nicht nur im Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen, sondern gegen den ganzen bürgerlichen Staat und seine Ausbeuterherrschaft. – (jd)

hungen, sondern gegen den ganzen bürgerlichen Staat und seine Ausbeuterherrschaft. – (jd)



Nochmal zum Wasser

Was der Kapitalisten Recht ist, ist für die Bauern nicht billig

Die Nordausgabe der KVZ hat in der letzten Nummer gemeldet, daß die Bauern im Landkreis Verden jetzt gezwungen werden, ihre Brunnen zuzuschütten und neue Rohrleitungen zu verlegen. Die Bauern brauchen Wasser zur Bestellung ihrer Felder und als Eigentümer des Bodens würden sie sich dort Brunnen bauen, wo sie sie brauchen. Abgesehen davon, daß sie es sich gar nicht leisten könnten, wären sie auch verrückt, sich stattdessen das teure Wasser von den Kapitalisten zu kaufen. Also zwingt der Staat sie dazu. Die Gemeinde- und Landesbehörden im Landkreis Verden überwachen genau, daß kein Bauer das Wasser unter seinem Boden weiterhin benutzt.

„Wer ein Gewässer über den Gemeingebrauch hinaus benutzt, ...ist verpflichtet, eine behördliche Überwachung der Anlagen, Einrichtungen und Vorgänge zu dulden, (...) zweitens das Betreten von Wohnräumen sowie von Betriebsgrundstücken und -räumen ... zu gestatten; das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung wird eingeschränkt." (Wasserhaushaltsgesetz, § 21, 16.10.1976)

Die Kapitalisten werden fuchsteufelswild, verschaffen sich die Bauern direkten Zugang zum Wasser, anstatt die Kapitalisten durch Kauf zu bereichern. Tatsachen, daß wie in Hessen noch 1975 über 5 000 Haus- und Ortsbrunnen existierten, sind für die Kapitalisten Diebstahl, weil Schmälerung ihrer Gewinne. Diese muß der bürgerliche Staat jedoch schützen und fördern und er tut es.

„Eine Erlaubnis oder eine Bewilligung ist nicht erforderlich für das Entnehmen, Zutagefördern, Zutageleiten oder Ableiten von Grundwasser." (Wasserhaushaltsgesetz, § 33)

Das Grundwasser ist demnach für Grundbesitzer frei zugänglich. Für kapitalistische Grundbesitzer aber nicht nur unter dem Boden, der sich in ihrem Besitz befindet, sondern gerade auch unter dem Boden, der sich anscheinend im Besitz der Bauern befindet. Dafür gibt es ein Gesetz: das Wasserhaushaltsgesetz. Denn: Das Betreiben von Wasseranlagen kann auch dann bewilligt werden, *„wenn aus der beabsichtigten Benutzung zu erwartende Nutzen den für den Betroffenen zu erwartenden Nachteil erheblich übersteigt"* (Wasserhaushaltsgesetz, § 8). Die Profite, die der Kapitalist aus dem Wasser sowohl als Ware als auch als Produktionsmittel zur Einsaugung fremder Arbeit schlägt, „übersteigen erheblich" den Wert der Felder des Bauern, weshalb die Felder vertrocknen. Die Bauern dürfen diesen Prozeß nicht einmal verlangsamen durch gleichzeitigen Verbrauch des Grundwassers unter ihrem Boden. Ein Gebiet, wo von den Kapitalisten den Bauern das Wasser abgegraben wird, wie z.B. im hessischen Ried, erklärt der Staat zum „Wasserschutzgebiet". Dann sind *„bestimmte Handlungen verboten oder für nur beschränkt zulässig erklärt, ... die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken zur Duldung bestimmter Maßnahmen verpflichtet"* – wie zum Bau von Rohrleitungen, den die Bauern selbst bezahlen müssen, oder zur Herausgabe eines Feldes, damit ein Wasserwerk oder eine Kläranlage darauf gebaut werden kann. (Wasserhaushaltsgesetz, § 19)

Damit den Bauern tatsächlich auch jeder Gedanke an einen eigenen Brunnen vertrieben wird, muß die Bedrohung entsprechend sein. *„Wer unbefugt ein Gewässer verunreinigt oder sonst nachteilig verändert, wird mit einer Freiheitsstrafe bis zu 2 Jahren, ... wer das Leben oder die Gesundheit eines anderen, eine fremde Sache von bedeutendem Wert, ... gefährdet, wird mit Freiheitsstrafe bis zu 5 Jahren, ... wer eine Benutzung ohne behördliche Erlaubnis oder Bewilligung ausübt, ... kann mit einer Geldbuße bis zu hunderttausend Mark geahndet werden."* (Wasserhaushaltsgesetz, §§ 38, 39, 40)

Das Privateigentum der Kapitalisten an Produktionsmitteln treibt die Bauern in den finanziellen Ruin, trennt sie von ihren geringfügigen Produktionsmitteln an Grund und Boden und bedeutet Vernichtung des Bodens. Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel und die Leitung der Produktion durch die produzierende Klasse der Arbeiter ist deshalb notwendig.

Um dies zu verzögern, ihre Herrschaft auszudehnen, sind Kapitalisten und Staat auch bereit, Wasser strömen zu lassen. So ist *„eine Erlaubnis oder Bewilligung ... nicht erforderlich bei Übungen und Erprobungen für 1. Zwecke der Verteidigung einschließlich Zivilschutz, 2. der Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung"* (Wasserhaushaltsgesetz § 17 a). – (gg)

„Hilfe" – zum Beispiel Tagesmütter

„Hilfe" leistet die Bundesregierung im Rahmen einer „Familienpolitik", die „die soziale Umwelt der Familie und die persönlichen Lebensbedingungen einbeziehen (soll), wenn sie nicht zu vordergründig sein soll". Was hat Schmidt „Hintergründiges" gemeint, als er von mehr Nachbarschaft und gegenseitiger Unterstützung gesprochen hat? Der Fall: Frau A., verheiratet, 2 Kinder, erwartet ein drittes Kind. Der Mann arbeitet bei Opel, sie im öffentlichen Dienst, wenn sie nicht sich beträchtlich einschränken sollen, muß sie weiterarbeiten. Sie geht zur Beratungsstelle „Pro Familia". Die Beraterin meint, Frau A. habe Glück. Sie wohnt in einer der 19 Städte, in denen die ehemalige Gesundheitsministerin Focke dafür gesorgt hat, daß das Modell „Tagesmutter" läuft. Frau Focke hat sich so dafür eingesetzt, daß 8 Millionen DM dafür ausgegeben worden sind. „Tagesmütter betreuen zusätzlich zu ihren eigenen Kindern andere Kinder im Alter bis zu 3 Jahren, deren Eltern berufstätig sind, tagsüber in ihrer Wohnung." Frau A. macht mit beim Projekt „Tagesmutter". Jetzt hat sie eine Tagesmutter Frau B. „Sie (wurde) für ihre Aufgabe pädagogisch geschult und zwar in Wochenend- und Abendkursen." Diese erhält, und darüber auch froh, „für ihre Tätigkeit eine feste Vergütung, die nur zu einem Teil von den Eltern der Pflegekinder getragen werden muß". Alles steht zum Besten. Sie kommen gut miteinander aus. „Ärzte und Fachleute unterstützen sie (die Tagesmutter) und beraten sie und überwachen die Entwicklung der ihr anvertrauten Kinder." Frau B. soll wöchentlich über ihre Arbeit berichten. Wie die A.s leben. Sie soll jetzt die „persönlichen Lebensbedingungen" in die Familienpolitik mit einbeziehen. Das gefällt ihr nicht. Sie erzählt es Frau A. Die ist auch stocksauer, als sie erfährt, daß sie Frau B. dafür einspannen wollen, für die Überwachung ihrer Kinder zu sorgen. So hat sie es nicht gemeint. Aber Schmidt.

Hannover. In ganz Niedersachsen ist das Grundwasser stark gesunken, im Durchschnitt 84 Zentimeter. Die Rhume-Quelle bei Göttingen, die größte in Europa, bringt statt gewöhnlich eine halbe Million cbm Wasser jetzt nur noch 100.000 cbm Wasser täglich hervor. Die Talsperren im Harz sind nur noch zu 34 % gefüllt. Die Bild (8.1.77) berichtet: „In der Lüneburger Heide hat sich die Situation zwischen den Bauern und der Industrie verschärft. Beide kämpfen um das Wasser. Die Bauern müssen ihre Felder bewässern, die Industrie braucht große Mengen Kühlwasser für ihre Maschinen."

Uelzen. Der Bau des Elbe-Seiten-Kanals hat zu einer starken Absenkung des

Uelzen. Der Bau des Elbe-Seiten-Kanals hat zu einer starken Absenkung des Grundwassers geführt, denn der Kanal wird aus dem Grundwasser gespeist. Im Bereich der Schleuse Uelzen liegt der Grundwasserspiegel 2 m tiefer als vor dem Bau des Kanals. Hier liegt der Kanal 14 m unter der Bodenoberfläche. Fast alle Hauswasserbrunnen und Beregnungsbrunnen sind versiegt. Ein zentraler Beregnungsverband und eine zentrale Wasserversorgung mußten geschaffen werden. Das Beregnungswasser wird aus dem Kanal entnommen. Die Baukosten wurden zuerst von der Wasser- und Schifffahrtsdirektion übernommen. Seit der Bau abgeschlossen ist, zahlt sie nichts mehr und die Kosten müssen von den Bauern im Beregnungsverband getragen werden. Das macht im Jahr durchschnittlich 150 bis 170 DM an laufenden und zusätzlich 120 DM pro Hektar an festen Kosten aus. Durch den niedrigen Grundwasserstand sind die Bauern gezwungen, die Felder zu berieseln. So werden besonders die kleinen Bauern getroffen, die sich eine Beregnungsanlage nicht leisten können. Sie stehen vor dem Ruin.

Hamburg. Der Hamburger Senat wird ab 1.1.77 in einem „Modellversuch" Unterhalt für nicht-eheliche, bzw. aus geschiedenen Ehen stammende Kinder zahlen, wenn der Unterhaltspflichtige - in der Regel der Vater - nicht zahlt. (Hamburger Abendblatt, 15.12.76)

Hinter diesem Projekt steht eine perfide Absicht: Während bislang die Mütter lieber auf den Unterhalt verzichteten, als die Väter ihrer Kinder vor Gericht zu zerren (Nichtzahlung von Unterhalt kann gem. § 170 b StGB mit Gefängnis bestraft werden, ohne daß jedoch der Anspruch der Mutter auf Unterhalt erlischt), bedeutet dieser „Modellversuch", daß nunmehr der bürgerliche Staat den zahlungspflichtigen Vater verklagen wird. Hat eine Mutter „Alimente" aus dem staatlichen Fond in Anspruch genommen, geht nämlich der einklagbare Anspruch gegenüber dem Vater automatisch an den Staat über.

Samstags die meisten Unfälle in der Landwirtschaft. Nach Angaben der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft (Unfallversicherung) verunglücken auf den Höfen an jedem Samstag durchschnittlich 691 Menschen, mehr als an jedem anderen Wochentag. Das liegt daran, daß samstags die Arbeiterbauern die liegengebliebenen Feld- und Hofarbeiten unter Zeitdruck erledigen müssen, zusätzlich zur Arbeit in der Fabrik.

Braunschweig. Mit Entlassungsdrohungen gegenüber dem Mensapersonal versucht jetzt die Landesregierung die Front im jetzt zehnwöchigen Mensaboykott zu spalten. Gleichzeitig hat sie die Preise in der Abendmensa und Wahlmensa um 10 Prozent erhöht. Auf diese Weise treffen die Erhöhungen ebenfalls die Angestellten, die jetzt eine Unterschriftensammlung dagegen durchführen. Um die Boykottfront zu schwächen, will die Geschäftsleitung während der von der letzten Vollversammlung beschlossenen Verhandlungen mit der Landesregierung ein Essen zum alten Preis von 1,40 DM herausgeben. Die Vollversammlung beschloß, den Boykott für zwei Wochen vorübergehend auszusetzen und bei Nichterfüllung der Forderungen der Studenten weitere Kampfmaßnahmen zu verabschieden. Der Versuch der Revisionisten im AStA, bis zu Beginn der Semesterferien Verhandlungen in Hannover zu führen, wurde abgelehnt.

Köln. In einem Brief an den VDS-Vorstand protestierten die Fachschaften Allgemeine Verfahrenstechnik und Produktionstechnik gegen das geplante „Bundesastenseminar" und fordern stattdessen die sofortige Einberufung einer außerordentlichen VDS-Mitgliederversammlung.

Göttingen. Nach den Warnstreiks an Universität und PH Göttingen im Dezember haben sich jetzt am 4.1.77 in Hannover Vertreter des Innen- und Justizministeriums, der Wissenschaftsminister, der Rektor und der Kurator der Universität Göttingen, der Kanzler und der Rektor der PH Niedersachsen sowie der Dekan der Göttinger PH als eine Art „Krisenstab" eine Konferenz durchgeführt, um ihren Kurs abzustecken und sich auf die kommenden Kämpfe vorzubereiten. Sie äußerten sich über die „gravierenden Ereignisse an PH und Universität besorgt", haben aber die bisherigen „begrenzten Polizeieinsätze befürwortet" und „für weiterhin notwendig" erachtet, wobei gegenwärtig jedoch „spektakuläre Einsätze" zu vermeiden seien (alle Zitate aus Äußerungen des Dekans der PH Göttingen auf einer Versammlung des Lehrkörpers, Assistenten etc. zur Ausrichtung auf den beschlossenen Kurs).

Mehrere Professoren haben bereits gegenüber der Behörde Studenten als „Störer" namhaft gemacht. Eine Sitzung des Fachbereichsrats Philologie, wo über „Störung von Lehrveranstaltungen" und „gewaltsame Behinderung von Dozenten" beraten werden sollte, wurde von den Studenten gesprengt. Die KB (Nord)-Studenten waren gegen die Sprengung, weil man dadurch nicht mehr mit den Professoren diskutieren könne. Die Studenten haben darüber beraten, wie in den Seminaren der verantwortlichen Professoren vorgegangen werden kann.

Streik ist die richtige und notwendige Antwort

„BAFöG-Orientierungsdaten" der Bundesregierung:

In seiner Regierungserklärung hat Schmidt bereits vor vier Wochen offengelegt: „Die Bundesregierung wird 1977 die Ausbildungsförderung verbessern. Sie wird stärker auf soziale Kriterien und mehr auf Darlehensförderung ausgerichtet."

Der in der vergangenen Woche von der Regierung vorgelegte „Ausbildungsförderungsbericht" ist ein „Orientierungsdatum" bei der Verfolgung dieser reaktionären Absichten durch die Politiker der Bourgeoisie.

Mit der Ankündigung der Erhöhung des Förderungssatzes von jetzt 550 auf 580 und des Elternfreibetrages von 960 DM auf 1 100 DM ist dies „zur ersten Orientierung" von der Regierung gemachte Angebot eine Herausforderung der Studenten aus den besitzlosen Klassen. Ihnen fehlen die Mittel, um ihre Existenz zu bestreiten. Ihre Eltern können nicht noch mehr aufbringen, und die Studenten selber finden noch nicht einmal einen Käufer für ihre Arbeitskraft, um durch Lohnarbeit neben dem Studium die notwendigen Lebensmittel zu beschaffen.

Diese elende Lage der Studentenmassen in vollem Umfang zu benutzen, um sie in größere Abhängigkeit und Unterdrückung zu pressen, ist die „Orientierung" des Berichts. Einhellig hat ihn die gesamte Bourgeoispresse als Startsignal für einen großen Schritt in der Richtung der Ziele der Regierungserklärung aufgenommen: In ihren Kommentarspalten ertönt allenthalben der Ruf nach „Neustrukturierung", „grundlegender Reform" oder der „Änderung des Systems" der Ausbildungsförderung.

Die Professoren melden sich zu Wort und wollen neben Umstellung auf Darlehensförderung auch den „Erfolg", die „Geschwindigkeit" und vor allem die Prüfungen entsprechend berücksichtigt finden.

Die in der Unterstützung der Demagogie der herrschenden Klasse und ihrer Spaltungsversuche gewitzten sozial-liberalen Journalisten von der „Frankfurter Rundschau" haben gleich erkannt, daß die Kürzung der BAFöG-Zuschüsse auch noch einen ausgezeichneten Vorwand zur Rechtfertigung von Steuererhöhungen abgibt: Die „Ausklammerung der Finanzierung des gesamten Ausbildungssektors" als „zentrale Frage" halten sie an dem Bericht der Regierung einzig für „wirklich bedenklich".

Den Professoren, die im Auftrag der Regierung das „Deutsche Studentenwerk" beaufsichtigen und von der Regierung als „Vertreter der Studenten" hingestellt werden, blieb die Rolle vorbehalten, die von der Bourgeoisie angestrebten Ziele in der Öffentlichkeit als erste zu erörtern. In einem 24-Seiten-Papier walzen sie unter der Überschrift „Ausbildungsförderung in der BRD – Finanzierungsmöglichkeiten und ihre Grenzen" die Möglichkeiten von Steuererhöhungen und vollständiger Darlehensförderung aus, um der Bourgeoisie die Kosten für die Ausbildung ihres Funktionärsnachwuchses vollständig wieder hereinzubringen.

Unter dem Thema „Finanzierung der Ausbildungskosten" hat die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung bereits den 20. Januar zu nicht öffentlicher Anhörung und Beratung parallel zur Erstellung des Haushalts festgesetzt.

Die bürgerlichen Politiker in der Führung der westdeutschen Studentenschaft haben mit der Spekulation auf diesen Ausbildungsförderungsbericht seit Beginn des Semesters gegenüber der Regierung gut Wetter zu machen versucht und die Forderung nach einheitlicher Streikaktion gegen das Ausbildungsförderungsgesetz für „unnötig" und „überflüssig" erklärt. Jetzt zetern sie über „Wahlbetrug" und entrüsten sich darüber, daß die Vertreter der herrschenden Klasse sich noch nicht einmal genötigt sahen, die 40 000 BAFöG-Postkarten des VDS-Vorstands überhaupt anzunehmen.

Die Kapitalistenklasse treibt die Verelendung der Studentenmasse, die Verstärkung ihrer Unterdrückung und den Versuch der Demütigung der Studentenbewegung mit Entschlossenheit voran. Etwa 300 000 Studenten haben die Aktionen im Dezember an den Hochschulen nach VDS-Angaben aktiv getragen. Die Studentenbewegung hat die Kraft, der Reaktion durch Streik an allen Hochschulen die Stirn zu bieten und ihre Absichten zunichtezumachen. Das ist unbestreitbar.



Die Sozialdemokraten und DKP-Revisionisten haben daraus den Schluß gezogen, jetzt ihre Taktik in der Suche nach Ausgleich mit der Regierung zu ändern. Von der Methode der Verdunkelung der Regierungsabsichten gegenüber den Studenten sind sie dazu übergegangen, in Presse und Fernsehen der Regierung zu drohen mit dem „kommenden Semester" und „Studenten auf der Straße". Gleichzeitig versuchen sie die Forderung nach außerordentlicher Mitgliederversammlung der VDS zwecks Beschlußfassung über den notwendigen Streik zu unterlaufen, indem sie alle ASten für dieses Wochenende zu einem „Seminar" eingeladen haben und von ihnen verlangen, keinerlei Beschlüsse bei diesem Treffen zu fassen.

Die Regierung hat auf die großen Töne der bürgerlichen Politiker im VDS-Vorstand frech erklären lassen, die „Ausbildungsförderung" sei „Hilfe zur Selbsthilfe". Die Studentenbewegung hat es nicht nötig, diesen Spott der Bourgeoisie hinzunehmen und obendrein zu ertragen, daß ihre Vertreter sich wie Schießbudenfiguren von der Bourgeoisie behandeln lassen. Obzwar zum gegenteiligen Zweck einberufen, kann das ASten-Treffen am Wochenende von der Studentenbewegung benutzt werden, den Klotz der bürgerlichen Politiker im VDS-Vorstand beiseite zu schieben, um auf das Regierungsangebot mit der Vorbereitung des Streiks und der Erzwingung einer außerordentlichen VDS-Mitgliederversammlung zur Beschlußfassung über Urabstimmung für Streik an allen Hochschulen zu antworten. Ohne diesen Streik besteht keine Aussicht, die Reaktion zu schlagen und ein hinreichendes Ausbildungsentgelt durchzusetzen. Das ist die Orientierung des Regierungsberichts für die Studentenbewegung. – (hj)

bewegung. – (hj)

Osnabrück. Zu den bevorstehenden Studentenparlamentswahlen hat sich an der Universität Osnabrück eine Liste der Fachbereichsgruppen gebildet. In ihrem Programm sind als Aufgaben des AStA festgelegt: der Kampf für 1 500 DM Elternfreibetrag und 100 DM mehr für alle BAFöG-Empfänger, der Abschluß eines Tarifvertrags mit dem bürgerlichen Staat und eine außerordentliche VDS-Mitgliederversammlung, um die Durchsetzung dieser Forderungen vorzubereiten.

Die Liste tritt ein für den Boykott des Praxissemesters im dritten Studienabschnitt der Lehrerausbildung, durch das die Studenten als Billiglehrer zur Spaltung des Kampfes der Lehrer eingesetzt und die Studenten nach dem geplanten Praktikantengesetz schärfster Kontrolle unterworfen werden.

Um dieses Programm hat es heftige Auseinandersetzungen gegeben. Die Opportunisten und Spontaneisten haben versucht, die Kandidatur der Fachbereichsgruppen zu verhindern. Es sei unmöglich, noch weiter mit dem KSB zusammenzuarbeiten. Dies wurde als Spaltungsmanöver zurückgewiesen, das den Zusammenschluß der Studentenmassen gegen den bürgerlichen Staat verhindern soll. Daß diese Leute mit dem Zusammenschluß der Studenten nichts im Sinn haben, zeigt sich daran, daß sie im AStA, der von Jusos und Fachbereichsgruppen gestellt wird, den Antrag zur Auflösung der Verfaßten Studentenschaft stellten.

Diese Auffassungen wurden von der Mehrheit der Fachbereichsgruppen zurückgewiesen. Der Versuch, die Kandidatur der Fachbereichsgruppen zu verhindern, ist gescheitert.

Kiel. Um die Urabstimmung für einen Streik gegen die Schließung des Studienkollegs für ausländische Studenten, die seit Mittwoch letzter Woche durchgeführt wird, gibt es einen heftigen Kampf. Um den Streikbeschluß zu verhindern, ließ das Präsidium der Hochschule Montag und Dienstag die Lehrveranstaltungen ausfallen. Bis Freitag wurden jedoch schon ca. 2500 Stimmen abgegeben. So verbot das Präsidium unter Androhung von Ordnungsverfahren und Rechtsaufsichtsmaßnahmen gegen den AStA Urabstimmung und Streik. Am Montag wurden daraufhin zwei Mitglieder des Präsidiums von zweihundert Studenten in der Mensa zur Rede gestellt und über eineinhalb Stunden festgehalten. Schließlich wurden sie von 50 Polizisten befreit, allerdings nicht, ohne daß dabei ein Puddinggericht auf Kopf und Gesicht des Vizepräsidenten Kaltefleiter zerfloß.

Die Bourgeoispresse stürzt sich auf die Regierungsdaten . . .

„(Nach dem Ausbildungsförderungsbericht der Bundesregierung) soll die Förderung . . . im Höchstsatz für Studenten von bisher 500 Mark – mit dem seit letztem Jahr gezahlten Härteausgleich 550 Mark – auf 580 Mark . . . erhöht, die Grundfreibeträge für das Einkommen der Eltern von 960 auf 1 100 Mark angehoben werden. Vom Präsidenten des Deutschen Studentenwerks, Grünwald, wurde dieser Erhöhungssatz ‚völlig unzureichend' genannt. Mit den gleichen Worten kennzeichnete der Bundesvorstand der Jungsozialisten die Absichten der Bundesregierung und drückte die Erwartung aus, daß die SPD-Fraktion im Bundestag sie ‚deutlich' korrigieren werde. Der RCDS hatte . . . erklärt, die beabsichtigte Erhöhung . . . werde zu ‚sozial nicht mehr vertretbaren Einschränkungen' der Studenten führen. Die CDU/CSU-Fraktion bemängelte zwar nicht die Höhe der Anhebung, kritisierte jedoch, daß der Bericht insgesamt ungenügend sei, kein Konzept verrate und nicht einmal den Zeitpunkt der Anhebung nenne." *(Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.1.)*

„Als Prof. Jochimsen die Annahme der 40 000 Postkarten verweigerte, wurde die Pressekonferenz abrupt beendet. Die Studentenvertreter machten deutlich: die Bundesregierung wird die Antwort auf ihre unsoziale Entscheidung im kommenden Semester auf der Straße erhalten." *(Unsere Zeit, 6.1.)*

„Wirklich bedenklich an dem Bericht ist, daß er eine zentrale Frage ausklammert, nämlich wie die Finanzierung des gesamten Ausbildungssektors weitergehen soll . . . Wer das Recht und die Notwendigkeit auf qualifizierte Ausbildung für alle Jugendlichen betont, muß auch über ein Konzept nachdenken, wie und mit welchen Mitteln dieses Recht bezahlt werden soll." *(Frankfurter Rundschau, 6.1.)*

„Ernster zu nehmen als punktuelle Kritik sind Vorschläge, das Förderungskonzept überhaupt zu ändern. Besteht eigentlich noch ein Zusammenhang zwischen Studienleistung und entsprechender Förderung oder gar Prämierung?" *(Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.1.)*





„Die Koalition wird sich unter dem Diktat der Kassenlage Gedanken darüber machen müssen, wie das System der Beihilfen und Darlehen nach dem BAFöG umstrukturiert werden kann . . . Das wird kaum leichter als bei den Bereichen Renten und Gesundheit sein." (Süddeutsche Zeitung, 7.1.)

„Das Förderungsschema des BAFöG ist nach Ansicht des Bundes Freiheit der Wissenschaft ‚offensichtlich untauglich'. (Er) schlug deshalb gestern eine Neustrukturierung vor. Danach soll die Ausbildungsförderung, je nach Studienfach unterschiedlich, eine bestimmte Anzahl von Semestern als Stipendium und danach ausschließlich als Darlehen gezahlt werden. Zusätzlich empfiehlt (er) die Einführung eines Bonus-Systems für diejenigen Studenten, die ‚möglichst rasch und erfolgreich' ihr Studium absolvieren." *(Die Welt, 7.1.)*

„Einbußen (im Etat) mußte das Wissenschaftsministerium hinnehmen: Es erhält 1977 nur 3,7 Milliarden statt der ursprünglich vorgesehenen 3,9 Milliarden Mark. Forschungsminister Matthöfer hingegen hat seinen Etatrahmen von 4,05 Milliarden Mark behaupten können, obwohl Apel auch hier Streichungen vorgesehen hatte." *(Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8.1.)*

„Offenbar beeindruckt durch das Ausmaß der Ablehnung, die die Orientierungsdaten der Bundesregierung insbesondere beim Deutschen Studentenwerk und bei den Studenten gefunden haben, haben die Sprecher der beiden Koalitionsfraktionen deutlich gemacht, daß die Daten dieses Berichts nicht identisch sein müssen mit der tatsächlichen Anhebung, über die der Bundestag zu beschließen hat . . . Mit der Vorlage des Gesetzentwurfs für die Anhebungsnovelle wird Ende Januar gerechnet." *(Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7.1.)*

„. . . hat Regierungssprecher Grünewald am Freitag die Kritik an der von der Bundesregierung beabsichtigten Erhöhung der Fördersätze zurückgewiesen . . . Im übrigen handelt es sich bei der Ausbildungsförderung, so Grünewald, nicht um ein ‚Gehalt', sondern um ‚Hilfe zur Selbsthilfe'." *(Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8.1.)*

Zwangsfürsorge und Disziplinaraufsicht bis in das Krankenbett hinein

Freie Heilfürsorge bei der Bundeswehr

Die Wehrpflichtigen sind von allen Soldaten am häufigsten krank. „So sind rund drei Viertel aller Soldaten noch keine 25 Jahre alt; beim Gesamtkrankenzugang macht diese Altersgruppe jedoch knapp vier Fünftel aus." (Diese Information und die noch folgenden sind aus den Statistischen Informationen aus dem Sanitäts- und Gesundheitswesen der Bundeswehr Nr. 105 vom Juli 76 entnommen). Nach der jüngsten Statistik aus dem Jahre 74 mußten pro Tausend der unter 25jährigen Soldaten 611 Befreiungen von allen Diensten ausgesprochen werden. Diese Dienstbefreiung dauerte im Schnitt 10 Tage, d.h., es handelte sich um ernste Erkrankungen, die meist stationär behandelt werden mußten. Selbst bei den Soldaten, die fünfzig Jahre und älter waren, lag diese Zahl bedeutend niedriger, nämlich bei 578. Am niedrigsten lag sie mit 376 bei der Gruppe der 30- bis 40jährigen.

Die vergleichsweise hohe Erkrankungshäufigkeit der Wehrpflichtigen geht darauf zurück, daß die Gesundheit der lohnabhängigen Massen schon von Jugend auf ruiniert wird. Außerdem sind die Arbeits-, Ausbildungs- und Lebensbedingungen in der Armee für die Mannschaften besonders schlecht und auch die Krankenversorgung durch die freie Heilfürsorge ist bestimmt nicht gerade besser als im allgemeinen Gesundheitswesen.

Behandlungsmethode Nr. 1

Die Kranken werden aussortiert, soweit ein Überschuß an halbwegs gesunden Wehrpflichtigen vorhanden ist.

Ca. 170 000 Wehrpflichtige werden jährlich in die Bundeswehr eingezogen. Zur Zeit werden die sogenannten geburtenstarken Jahrgänge eingezogen. Deren Stärke liegt bei weit über 500 000. Die Bourgeoisie kann sich also die besten heraussuchen. Daher ist die Erkrankungshäufigkeit in der Bundeswehr in den letzten Jahren stark zurückgegangen (von 718 pro Tausend im Jahre 1968 auf 611 pro Tausend im Jahre 1974 bei den unter 25jährigen).

1970 wurde in Baden-Württemberg festgestellt, daß bei jedem zweiten Sozialversicherten im Alter von 17 bis 19 Jahren medizinische Maßnahmen erforderlich waren und ebenfalls in Baden-Württemberg wurden 1970 bei 31 Prozent der männlichen und 32,5 Prozent der weiblichen Jugendlichen (siehe KVZ Nr.20 1976, S. 16) mehrere Einschränkungen für beruflichen Tätigkeiten empfohlen. Mit der Krise sind diese Zahlen offenbar derart gestiegen, daß jetzt für das Jahr 1977 die Weisung erging, bereits auch beschränkt taugliche Wehrpflichtige sollten eingezogen werden!

Gemäß Zdv 46/1 haben die Musterungsärzte sowie die Truppenärzte bei den Einstellungsuntersuchungen beschränkte Tauglichkeit festzustellen, z.B. bei beiderseitigem Leistenbruch, Nabelbruch, Schlottergelenken, Bluthochdruck, chronischer Magenschleimhautentzündung, schlecht ausgeheilter Nierentzündung, bei starken Wirbelsäulenveränderungen usw. Bei den Musterungs- und Einstellungsuntersuchungen wird jede krankhafte Veränderung gemäß detaillierter Vorschriften mit den Fehlerziffern I bis VI bewertet. Ein IVer-Fehler z.B. bedeutet beschränkt tauglich. Die Feststellung und Erfassung mag für manche den Anschein medizinischer Kontrolle erwecken: In Wirklichkeit geht es darum, die Gebrechlichsten auszusortieren, soweit dies den Bedürfnissen der Bourgeoisie entspricht.

Behandlungsmethode Nr. 2

Die Schinderei und die schlechten Lebensbedingungen schlagen sich in den Krankheiten nieder. Der Schein einer medizinischen Kontrolle wird darübergedeckt.

An der Spitze aller Erkrankungen mit vollständiger Dienstbefreiung liegen die Krankheiten der Atmungsorgane.

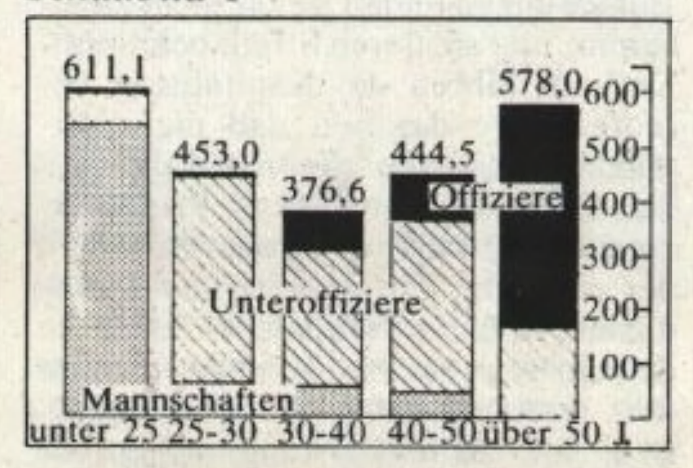
Sie werden vor allem durch das sogenannte Härtetraining hervorgerufen: durch ausgedehnte Gelände- und Schießübungen bei Nässe und Kälte. An zweiter Stelle der Erkrankungen stehen die Verletzungen, wobei die Wehrpflichtigen gegenüber den anderen Altersgruppen weit an der Spitze liegen. Am häufigsten sind schwere Verstauchungen. Ein deutlicher Ausdruck für die Schinderei z.B. beim Sport, wo die Einheitsführer bei Soldatenwettkampf glänzen wollen oder bei den Marschübungen, die häufig pure Gewaltmärsche sind.

Und worin besteht die medizinische Aufsicht? Bestenfalls werden Hitzemärsche unterbunden und nach Langstreckenläufen das Pulszählen befohlen. Wer vorbeugend in den Sanbereich geht, wird als Verpisser behandelt, wenn nicht vom Arzt, dann vom Disziplinarvorgesetzten. Wer krank wird, bekommt Grippemittel, Binden, Salben und einige Tage Dienstbefreiung. Dazu die vielen Autounfälle, die durch die Trennung von zuhause zustandekommen. Die Trennung von zuhause wird wiederum durch die beliebte Strafe mit dem Wochenendentzug verschärft. 1974 wurden auf tausend Soldaten (unter 25) 23 bei KFZ-Unfällen ernstlich verletzt, so daß sie von allen Diensten befreit werden mußten. Ungefähr einer von tausend Wehrpflichtigen kommt bei KFZ-Unfällen – überwiegend außer Dienst – jährlich zu Tode.

Nach den Verletzungen folgen dann die Durchfallerkrankungen und die Magenschleimhautentzündungen an dritter und vierter Stelle der Erkrankungen. Kein Wunder. Bezeichnenderweise liegen hier wiederum die Wehrpflichtigen weit an der Spitze im Vergleich mit den älteren Soldaten, denn die essen häufig zu Hause. Das Essen ist meistens zu fett und es gibt zu wenig frisches Gemüse.

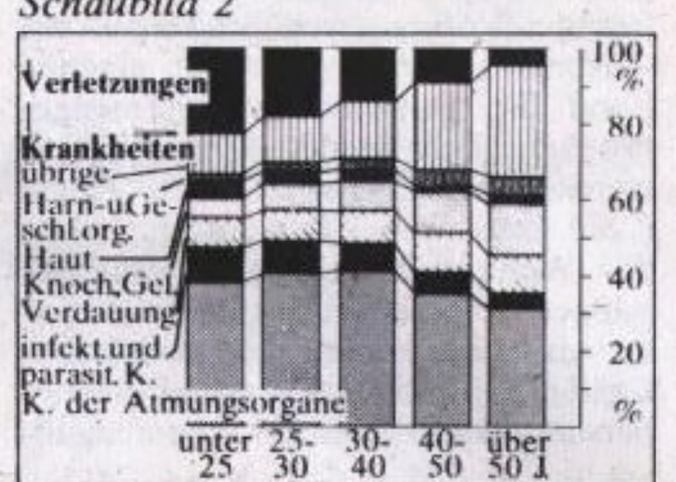
Die fettigste Wurst, das fettigste Fleisch wird eingekauft. Auch altes Fleisch wird noch verwendet. Bei vier Mark Verpflegungsgeld am Tag ist nicht mehr drin. Die Angaben auf dem Speiseplan über die Zusammensetzung des Essens dagegen werden irgendwelchen Tabellen entnommen. Der Truppenarzt muß das dann unterschreiben und damit gilt das Essen als „ärztlich überwacht".

Schaubild 1



Krankheiten der Bundeswehrsoldaten mit mindestens einem Tag Befreiung vom Dienst, auf 1 000 Soldaten gleichen Alters. (Gegliedert nach einer Schätzung der Dienstgradverteilung in den jeweiligen Altersstufen) – 1974.

Schaubild 2



Krankheitsfälle der Bundeswehrsoldaten mit mindestens einem Tag Befreiung vom Dienst, in Prozenten nach ausgewählten Krankheiten-Obergruppen (1974).

Quelle: Statistische Informationen aus dem Sanitäts- und Gesundheitswesen der Bundeswehr. Hrsg.: Bundesministerium der Verteidigung, Nr. 105, Juli 1976. Eigene Berechnung und Schätzung der Dienstgradverteilung auf die Altersstufen: Red.

Im Prinzip verhält es sich mit den gesundheitlichen Bedingungen in der Armee nicht anders als im Betrieb. Das ändert sich nur, indem sich die Arbeiterklasse im Kampf für ihre Rechte und für den Sieg des Sozialismus zusammenschließt und diesen Kampf in die Armee trägt. Das fördert die Zersetzung der Armee und dient dem Kampf für die Volksbewaffnung.

In der Bundeswehr gelten bekanntlich nicht die geringsten Arbeiterrechte. Die Wehrpflichtigen erhalten keine Bezahlung für ihre Arbeitskraft, sondern ein Taschengeld. Sie haben kein Recht auf einen Achtstundentag, sondern können 24 Stunden am Tag dienstverpflichtet werden.

Dementsprechend verhält es sich mit der „freien Heilfürsorge".

Ein Soldat erhält keinen Krankenschein, mit dem er zu seinem Arzt gehen könnte. Er muß zum Truppenarzt seiner Einheit gehen, bzw. wenn er zuhause krank wird, den nächsten Truppenarzt benachrichtigen. Sonst muß er die Rechnung selbst bezahlen und kann dazu noch eine Diszi bekommen. Er hat kein Recht darauf, sich zuhause ins Bett zu legen oder sich ins heimatliche Krankenhaus zu begeben, sondern er kann im San-Bereich kaserniert oder ins nächste Bundeswehrkrankenhaus eingewiesen werden. Inwieweit der Soldat vom Dienst befreit wird, ob er gar beurlaubt wird, entscheidet in letzter Instanz der Disziplinarvorgesetzte. Man stelle sich vor, die Kapitalisten könnten entscheiden, inwieweit die Arbeiter trotz Krankheit noch eingesetzt werden können, und könnten sie bei Bettlägrigkeit innerhalb des Betriebes kasernieren. Dann hat man eine Vorstellung von der „freien Heilfürsorge".

Behandlungsmethode Nr. 3

Im Betrieb werden Arbeiter gefeuert, wenn sie häufiger krank werden. In der Bundeswehr werden sie schikaniert.

So streben die Disziplinarvorgesetzten die Zusammenarbeit mit dem Truppenarzt an, um die Mannschaften vor Krankmeldung abzuschrecken.

Z.B. indem der Truppenarzt ein paar Leichtkranke übers Wochenende im San-Bereich arretiert und der Disziplinarvorgesetzte bei eigenmächtiger Entfernung eine saftige Diszi reinhaut. Oder indem der Disziplinarvorgesetzte dem Truppenarzt die vermeintlichen Verpisser nennt. Und umgekehrt. Oder indem der Disziplinarvorgesetzte all diejenigen, die sich krankmelden, den Dienst am Wochenende nachholen läßt, aus gesundheitlicher Fürsorge und nach Rücksprache mit dem Truppenarzt, versteht sich.

Behandlungsmethode Nr. 4

Mit der Behandlung ist es nicht weit her. Nach eigenen Angaben fehlen der Bundeswehr über 800 längerdienende ärztliche Fachkräfte.

Die Kranken werden zunächst einmal abgespeist mit Pillen, Salben, Binden, Bettruhe, Dienstbefreiungen usw. So werden natürlich viele Krankheiten verschleppt, z.B. die häufigen chronischen Mandelentzündungen, aus denen dann häufig rheumathische Krankheiten hervorgehen oder Verstauchungen, die ohne Behandlung nicht selten zu bleibenden Schäden und frühzeitigem Gelenkverschleiß führen.

Wer sich weder abschrecken noch abspeisen läßt und immer wieder in die sogenannte „Revierstunde" kommt, wird dann schließlich auch mal wieder ins Bundeswehrkrankenhaus oder zum zivilen Facharzt überwiesen.

Frei ist die „freie Heilfürsorge" lediglich für die höheren Dienstgrade. Die werden als Privatpatienten behandelt. Die werden sofort drangenommen, bekommen jederzeit ihre Sauna- und Massagebehandlung verschrieben und kriegen auch immer gleich eine Facharztüberweisung, wenn sie eine wollen. Denen geht's gut, deswegen sterben sie auch viel langsamer als der Bevölkerungsdurchschnitt. Die Sterblichkeit der Bundeswehrangehörigen in den Altersgruppen von 30 bis 60 ist nur etwa halb so groß wie bei der Zivilbevölkerung.

Die „freie Heilfürsorge" ist eine Zwangsfürsorge. Die Wehrpflichtigen sind vom Truppenarzt und vom Disziplinarvorgesetzten persönlich abhängig. Die Disziplinaraufsicht reicht bis ins Krankenbett.

Gegenüber der besonderen Unterdrückung in der Armee fordern wir die Lohnfortzahlung. Gegenüber der „freien Heilfürsorge" müssen wir fordern: Weiterzahlung der Krankenkassenbeiträge, Behandlung auf Krankenschein. – (dw, Soldaten- und Reservistenkomitee Kassel)

Munster. Nachdem Ende November die beiden Panzerschützen Kerl und Eidens vorläufiges Dienstverbot bekommen hatten wegen „Wehrkraftzersetzung" und „Schädigung des Ansehens der Bundeswehr in der Öffentlichkeit", versuchte die Kompanieführung alle Soldaten der Kampanie mit Belehrungen, Strafandrohungen und Verhören einzuschüchtern und von ihnen Beweismaterial gegen Kerl und Eidens zu erpressen. Das mißlang gründlich: Beweismaterial konnte kaum ermittelt werden, weil die Mannschaften geschlossen hinter den beiden Soldaten stehen. Die Mannschaften verabschiedeten eine Resolution, in der sie die sofortige Aufhebung des Dienstverbotes verlangen. Trotz „Erzieherischer Maßnahmen", Disziplinarmaßnahmen und Zusatzdiensten werden in der Kompanie Befehle immer mehr verweigert: Stubendienste werden abgelehnt, Laufschritt in der Unterkunft wird verweigert. Vor einem in der Kompanie als Zusatzdienst angesetzten Waffenreinigen wurde der Waffen- und Geräte-Uffz von den Mannschaften mit lauten Buhrufen empfangen. Dies nahm der Kompaniechef, Hauptmann Abels, zum Anlaß, die Kompanie über die Strafbestimmungen für Meuterei zu belehren.

Hannover. Rekruteneinzug. Am 3.1. sind Rekruten zur Bundeswehr eingezogen worden. Der KBW führte den ganzen Tag über Agitationsstände vor dem Bahnhof in Hannover sowie in anderen Städten des Bezirks durch. Bei den Rekruten trafen wir keinen, der den Zweck der Bundeswehr begrüßt hätte. Um den Stand in Hannover bildeten sich große Menschenansammlungen. Sie zwangen die Polizei zum Rückzug, als sie zweimal den Stand abzuräumen versuchte. Provokateure konnten isoliert werden. Einer, mit dicker Zigarre, wollte die Bundeswehr verteidigen und meinte zu unseren Broschüren: „Stimmt alles nicht!" Ein Arbeiter entgegnete: „Klar, man braucht Dich doch bloß anzusehen. Ich arbeite, ich weiß, was die hier sagen, ist richtig." Ein anderer: „Die Bundeswehr zersetzen? Gut, gib mir mal ein Flugblatt." Insgesamt wurde für ca. 30 DM marxistisch-leninistische Literatur verkauft.

In Munster schaffte es die Bahnpolizei nicht, die Verteilung von Flugblättern zu verhindern. Die Rekruten sammelten sich eine Stunde lang, bis sie in die Kasernen transportiert wurden. Ein Soldat sagte: „Das fängt ja gut an, hier zusammengepfercht zu werden wie die Schafe." Die meisten Fragen waren: „Welche Rechte haben wir, was kann man gegen die Schikane machen?" 400 Flugblätter haben wir verteilt. Ein Oberleutnant wollte die Soldaten „aufklären": „Das sind die Kommunisten, die wollen unterwandern, hört nicht auf sie." Als er dann noch sagte, die Soldaten würden die freiheitlich-demokratische Grundordnung verteidigen und würden das früher oder später schon noch lernen, fragten wir: „Wer ist denn freiwillig hier?" Unter Gelächter stellte sich heraus, daß nur der Oberleutnant selber freiwillig da war. Er zog dann schnell ab.

Munster: Btl.95. Der Wehrsold von 165 DM reicht nicht vorne und reicht nicht hinten. „Glück" ist, daß ich mir im Monat vor der Einziehung das Rauchen abgewöhnt habe. Schon bei der Heimfahrt geht's los; die Entfernung Hannover – Munster kostet pro Wochenende mit der Bahn 39 DM, als Mitfahrer im Auto 17,50 DM. Das sind pro Monat mindestens 35 DM als Mitfahrer (1 Freifahrt, 1 Wochenenddienst). Trotz des schlechten Essens in der Kantine esse ich eisern dort. Der Bund gibt zum Essen nur 4 DM pro Tag und Person aus. Abends leiste ich mir Bier: 2,40 DM mal 20 Diensttage 48 DM monatlich. Das Essen an den drei Wochenenden zu Hause kostet mich mindestens 75 DM; abzüglich 24 DM für rükkerstattetes Essensgeld (4 DM mal 6)sind es 51 DM monatlich. Dann habe ich noch ganze 31 DM für den ganzen Rest.

Kurz nach der Lehre eingezogen, habe ich keine Ersparnisse. Meine Mutter, geschieden und berufstätig, bei der meine drei minderjährigen Geschwister leben, kann mich nicht unterstützen. Für meine „Wohnung" in Hannover, die außerhalb liegt, 130 DM mit Nebenkosten, habe ich die Übernahme der Miete beim Amt für Unterhaltssicherung beantragt. Dabei mußte ich meinen Mietvertrag und den meiner Mutter einreichen. Ich mußte nachweisen, daß ich unmöglich am Wochenende bei meiner Mutter wohnen kann. Neben den Angaben nach Größe der Wohnung, Anzahl und Alter der Geschwister, mußte ich mir noch allen möglichen Schmuß aus den Fingern saugen. Als Bittsteller steht man da. Zu heiraten oder womöglich noch ein Kind in die Welt zu setzen, daran kann ich gar nicht denken.

Entlassung, weil die Bourgeoisie die Zersetzung des Polizeiapparates fürchtet. A. Luhr, Angestellte im Polizeirevier Freiburg Süd, wurde zunächst strafversetzt, dann fristlos entlassen, weil sie an einer nicht genehmigten Kundgebung der Komitees gegen den § 218 teilgenommen hatte und das „V" von dem „Volksentscheid" trug. Im Polizeirevier wurden regelmässig die Flugblätter und die Broschüren zum § 218 gelesen. Der Polizeidirektor Maier persönlich schaltete sich ein und schlug der Angestellten doch vor, „in eine weniger extreme Gruppe" zu gehen, „z.B. in die Frauengruppe". Zwölf Beamte des Reviers haben die Forderungen der Komitees unterschrieben, einer hat eine Unterschriftenliste zu seiner Dienststelle mitgenommen. Jeder einzelne von ihnen wurde ausgehorcht und aufgefordert, die Unterschrift zurückzuziehen, was aber keiner gemacht hat. Gegen die Entlassungen werden in verschiedenen Betrieben Unterschriften gesammelt, am Prozeßtag rufen die Komitees gegen den § 218 zu einer Kundgebung auf.

Am Ende 3 000 Mark draufgezahlt

Als ich vergangenen Sommer zur Bundeswehr eingezogen wurde, hatte ich insgesamt 2 500 Mark gespart. Davon sind heute noch 400 DM übrig. Als Gefreiter W 15 bekomme ich gegenwärtig 210 DM Wehrsold. Das Sozialamt hat sich herabgelassen, meine Miete von 155 DM zu zahlen.Freilich mußte ich vorher meine persönlichen Verhältnisse auf den Tisch legen und in einem schriftlichen Antrag begründen, warum ich meine eineinhalb Zimmer überhaupt behalten will; und freilich mußte ein Beamter vom Sozialamt erst meine Wohnung untersuchen, ob denn meine Angaben der Wahrheit entsprächen.Was das Sozialamt nicht zahlt, sind sämtliche Nebenkosten. Monatlich im Schnitt 20 DM Telefon, 30 DM für Strom und Gas, und was sonst noch anfällt.

Für die Reparaturen am Auto gehen monatlich durchschnittlich 50 bis 60 DM drauf. Für die wöchentlichen Heimfahrten und kleinere Strecken zwischendurch brauche ich etwa 100 Mark im Monat für Benzin. Allein diese Dinge machen zusammen die 210 Mark aus, die ich an Wehrsold bekomme. Dabei ist das, was ich zum Leben brauche, also Nahrung und Kleidung, noch nicht gerechnet. Ich muß es aus der eigenen Tasche zahlen. Zigaretten, ein paar Bier in der Kantine, etwas Süßigkeiten, das Essen am Wochenende zu Hause, das sind die „großen Ausgaben" für die ich innerhalb von 7 Monaten mehr als 2 000 Mark ausgeben mußte. Urlaub habe ich zu Hause gemacht, was anderes wäre sowieso nicht drin gewesen. Monatlich bis zu 300 Mark mehr Kosten, als der Sold deckt. Es ist ein Beispiel, und ich hatte etwas gespart. Bei mir wird es so sein, daß ich am Ende noch 500 Mark Schulden habe, trotz der 900 Mark Abfindung, die ich dann bekomme. Das sind an die 3 000 Mark in 15 Monaten. Kameraden, die aus der Schule raus sind, nach Abschluß der Lehre oder aus dem Studium herausgezogen wurden, sind noch viel beschissener dran. Das ist die Lage, die viele Jugendliche dazu zwingt, sich auf zwei oder vier Jahre zu verpflichten, in Aussicht auf einen einigermaßen ausreichenden Sold und auf anschließende Verpflichtungsprämien von einigen Tausendern. Es ist eine Lage, die zum Kampf drängt.

Täglich nimmt der Druck zu, der durch das Soldsystem auf die Masse der Soldaten ausgeübt wird. Den Widerstand der Soldaten gegen ihre rechtlose Lage, gegen die Schikanierung durch das Offiziersgesindel, gegen das Prinzip von Befehl und Gehorsam versuchen die Offiziere mit Vorliebe durch Androhung von Geldstrafen zu brechen: „Wenn Sie bei der nächsten Übung nicht ein erstklassiges Bild abgeben, wenn einer wagt, im Alarm den Zapfenstreich zu überschreiten oder ähnliches, dann treten Sie zur Kasse meine Herrn, und nicht zu knapp!", so der Kompaniechef Meier im Fernmelderegiment 32 Lauda bei einer Parole zur Vorbereitung einer Einsatzübung.

Wenn der Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen der Bourgeoisie und wenn die Zersetzung der bürgerlichen Armee Fortschritte machen soll, dann muß sich der Angriff gerade auch gegen das Soldsystem als einen ihrer wichtigsten Stützpfeiler richten.

Ein Soldat meinte in einer Diskussion über diese Fragen: „Wenn dazu eine große Demonstration stattfinden würde, daß wir sofort genügend Geld kriegen, da wäre ich dabei – in Uniform, und wenn ich tausendmal dafür bestraft würde!" – (h., Lauda-Königshofen II. / FmRgt 32)

Nordirische „Friedensbewegung“: Glückwünsche vom Papst und der Queen, Verachtung unter den Volksmassen. „Es ist eine paradoxe Tatsache, daß die Bewegung und ihre Führer, je mehr Anerkennung sie im Ausland finden, sich um so weiter von den nordirischen Ghettos entfernen, wo sie mit wachsendem Zynismus, wenn nicht offener Verachtung behandelt werden. ‚Geh zur Friedensbewegung und sieh die Welt‘, ist einer der Witze in den katholischen Ghettos. ‚Hast Du gehört, die Friedensfrauen besuchen Nord-Irland‘, ist ein anderer.“ (Observer, 2. Januar 1977) Nach Besuchen in den USA, Westdeutschland (zweimal), Kanada und Frankreich stehen die USA, Australien und Israel auf dem Reiseprogramm. Mindestens zwei bis drei Millionen DM haben die geschäftstüchtigen Damen heimgebracht. Jetzt hat ihr Kompagnon, der verkrachte Journalist McKeown, Gehaltsforderungen angemeldet. „Ich habe nicht vor, zehnmal soviel wie früher für dasselbe Geld zu arbeiten. Das wäre meiner Familie gegenüber nicht fair“, erklärte er und verlangte mindestens neuntausend Pfund pro Jahr. Das ist etwa das Zwei- bis Dreifache eines Arbeiterlohns. „Man sollte uns höher bezahlen als die höchsten Beamten, dafür, daß wir das Vertrauen in das Land und seine Wirtschaft wiederherstellen“, erklärte McKeown ergänzend (Observer, 2. Januar 1977). „Sieben Jahre sind genug!“, ist die demagogische Parole der sogenannten „Friedensbewegung“, unter Anspielung auf den erneuten Beginn des bewaffneten Kampfes der irischen Volksmassen gegen die britischen Besatzertruppen. „Siebenhundert Jahre sind genug!“, haben die Massen auf den Mauern der armen Viertel und der Dörfer Nordirlands die Antwort gegeben. Siebenhundert Jahre der Unterdrückung Irlands durch Großbritannien.

Italien. Rationierung von Fleisch und Benzin. Die Andreotti-Regierung plant, die Fleischereien jeweils für einen Teil des Monats zu schließen und den Arbeitern einen Ausflug mit dem Auto nur noch an jedem zweiten Wochenende zu erlauben. Erdöl und Fleisch sind die wichtigsten Importartikel Italiens. Als einziges EG-Land muss es mehr als 50 % seines Fleischbedarfs importieren. Im Bündnis mit dem Großgrundbesitz unterdrückt die imperialistische Bourgeoisie die Entwicklung der Produktivkraft in der Landwirtschaft. Millionen von Kleinbauern, die der imperialistischen Konkurrenz nicht standhalten konnten, sind von ihrem Land als Lohnarbeiter nach Norditalien oder ins Ausland getrieben worden. Viele sind arbeitslos. Durch die Rationierungsmaßnahmen will die italienische Finanzbourgeoisie ihre Stellung in der imperialistischen Konkurrenz verbessern. Der Lohn soll gesenkt und der Verlust der zusammengeschmolzenen Gold- und Devisenvorräte an die Konkurrenten verhindert werden. Während der Wochenendausflug verboten werden soll, bereitet die Regierung verschärfte Ausplünderung über die Tarife der öffentlichen Verkehrsmittel vor. Damit die Plünderung voll auf den Reallohn durchschlägt, will sie die Tarife aus dem „Warenkorb“, nach dem der teilweise Inflationsausgleich der „gleitenden Lohnskala“ berechnet wird, entfernen.

Frankreich. Ankündigung weiterer Streiks. Die Gewerkschaften der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst und den staatlichen Betrieben haben angekündigt, für wenigstens 48 Stunden im Januar den Streik aufzunehmen, um ihrer Forderung nach Lohnerhöhungen, die die Teuerung vollständig wettmachen, Nachdruck zu verleihen. Während die Regierung die durchschnittliche Teuerungsrate mit zehn Prozent angegeben hat, haben die Gewerkschaften eine tatsächliche Verteuerung der Lebenshaltung der Arbeiter von dreizehn Prozent errechnet. Streiks und Demonstrationen sollen auch in den Stahlbetrieben (wo Tausende entlassen werden sollen), in Betrieben des Werkzeugmaschinenbaus und anderen Metallbetrieben stattfinden. Neben der Forderung, daß keine Entlassungen stattfinden sollen, soll dies der Beginn des Kampfes um die Verkürzung des Normalarbeitstages sein.

• **Aufbau der Gewerkschaft im Süden der USA.** „Unser wichtigstes Bestreben ist, daß nicht zuviel Schwierigkeiten zwischen den Arbeitern und den Unternehmen zustandekommen“, erklärte Paul Jensen, Mitglied der Carter-Mannschaft, für das Jahr 1977. In den Südstaaten nutzen die Kapitalisten die große industrielle Reservearmee, um Niedrigstlöhne zu zahlen, und unterdrücken die gewerkschaftliche Organisation. Carter gehört zu ihnen. Im Dezember haben die 641 Arbeiter einer Fabrik der General Motors in Monroe (Louisiana) mehrheitlich beschlossen, sich zukünftig in der Automobilarbeitergewerkschaft UAW (United Auto Workers Union) zu organisieren. General Motors hat in den letzten Jahren sechs Zweigwerke im Süden aufgemacht und überall jede gewerkschaftliche Organisierung der Arbeiter unterdrückt. Der Beschluß der Arbeiter von Monroe ist ein Sieg gegen die Kapitalisten. Im Tarifvertrag für die Automobilindustrie, der nach vierwöchigem Streik von 170 000 Fordarbeitern 1976 abgeschlossen wurde, hatten die Automobilkapitalisten erstmals vertraglich zugestehen müssen, daß Kampagnen zur gewerkschaftlichen Organisierung nicht von ihnen angegriffen werden dürfen.



„Eine alltägliche Szene in Nordirland“, schreibt die englische Zeitung, aus der das Photo stammt. Die britischen Besatzertruppen werden von der Irisch-Republikanischen Armee täglich angegriffen. Aber die britischen Imperialisten denken nicht an Abzug. Zu groß sind ihre Ausbeuterinteressen in Nordirland und im ganzen Irland. Die britische Regierung hat zu Weihnachten angekündigt, „das Netz um sie (die IRA) enger zusammenzuziehen“ und ihre Gefangenen nicht mehr als politische Gefangene anzuerkennen. Als Vergeltung für Verletzungen des Waffenstillstandes zu Weihnachten hat die IRA zu Jahresbeginn in einem Feuergefecht einen britischen Soldaten getötet und zwei verletzt.

„Arbeiten wie die Biber . . .“

Sozialdemokraten agitieren für Britanniens Größe / Anschlag auf Bergarbeiterstreik

Die britischen Monopolkapitalisten haben die britischen Arbeiter und das ganze Volk zum neuen Jahr dazu aufgerufen, die „magischen 1 Prozent“ zu erreichen. „Die Schlangen der Arbeitslosen könnten um verblüffende 400 000 kürzer werden, wenn Großbritannien seinen Anteil am Welthandel steigern könnte – um bloß e i n Prozent!“ (Daily Express, 7. Januar 1977)

Mit solchen Sprüchen versuchen die britischen Finanzbourgeois die Arbeiter und die Volksmassen in Großbritannien für ihre großartigen imperialistischen Perspektiven zu begeistern. Jack Jones, sozialdemokratischer Führer der größten britischen Gewerkschaft, der Transportarbeitergewerkschaft, wollte sich da nicht lumpen lassen. Berauscht von den „magischen 1 Prozent“ oder noch höheren Prozenten, forderte er seinerseits zum neuen Jahr die britischen Arbeiter auf, „wie die Biber zu arbeiten“. Vom Schwung seiner Rede mitgerissen, proklamierte er sogleich „das Jahr des Bibers“.

Premierminister Callaghan, auch Sozialdemokrat, faßte seinen Appell schon deutlicher: „Laßt uns die unnötigen Arbeitskonflikte, die Drückebergerei und das schlampige Management überwinden.“ Dann werde Großbritannien „zwar nicht jetzt, aber in späteren Jahren die Ernte einbringen können“.

Es ist leicht zu sehen, welche Art „Sozialpakt“ diese Leute geschlossen haben. Es ist ein Pakt zu dem Zweck, den britischen Arbeitern die „englische Krankheit“ mit einer Roßkur aus dem Leib zu treiben – die seltsame Krankheit, die darin besteht, so gar keine Begeisterung für die Pläne der britischen Imperialisten aufzubringen, Weltmarktanteile wiederzuerobern, und sich sogar hartnäckig zu weigern, für dieses erhabene Ziel „wie die Biber“ zu schuften.

Dabei sind die britischen Imperialisten schon ein ganzes Stück auf dem Weg vorangekommen, trotz hartnäckiger wirtschaftlicher Kämpfe, die die Arbeiter ihnen geliefert haben, das Lebensniveau der ganzen Klasse zu senken. Wesentliche Daten zur Lage der britischen Arbeiterklasse haben wir in der letzten KVZ in einer Übersicht (Seite 12) veröffentlicht. Nur die italienischen Arbeiter erhalten niedrigere Löhne als die britischen, deren durchschnittlicher Nettolohn bei weniger als 800 DM liegt. Die Teuerung beträgt gegenwärtig 15 Prozent. Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit beträgt 45 Stunden, ein Drittel der Arbeiter muß 49 bis 50 Stunden pro Woche arbeiten, um leben zu können. Millionen arbeiten in einem zweiten Job abends oder nachts, um sich über Wasser zu halten. Zwei Drittel aller Arbeiter erhalten weniger als vier Wochen Jahresurlaub, Samstag und Sonntag eingerechnet. Weniger Urlaub haben in Europa nur die irischen Arbeiter. 1,37 Millionen Arbeitslose werden äußerstem Elend unterworfen und zur Senkung des Lebensniveaus der ganzen Klasse eingesetzt. Ein Fünftel der britischen Arbeitslosen erhält keinen Pfennig Geld. Umgekehrt: Nur ein Viertel bis ein Fünftel erhält ein Arbeitslosengeld, das sich nach ihrem früheren Lohn berechnet. Und auch dies nur maximal für sechs Monate. Danach werden sie auf einen niedrigeren Pauschalsatz gesetzt und nach 12 Monaten auf Sozialhilfe. Hat der Arbeitslose seine Arbeit „aus eigenem Verschulden“ verloren oder nimmt er „zumutbare“ schlechter bezahlte Arbeit nicht an, wird ihm das Geld gesperrt. Der Arbeitslosengeld-Pauschalsatz beträgt für eine Familie mit zwei Kindern 27,50 Pfund Sterling (etwa 105 DM).

Wenn es der britischen Bourgeoisie auch gelungen ist, die Arbeiterklasse schon weitgehend auf Elendsniveau zu drücken, so ist es ihr dennoch mit allem ökonomischen Druck und Fabrikherren-Despotismus nicht gelungen, die englischen Arbeiter in ein Volk von „Bibern“ zu verwandeln, die unermüdlich dabei sind, die Macht und den Reichtum der herrschenden Klasse durch ihre Arbeit zu mehren. Die englischen Arbeiter sind bei den Männern zu 60 Prozent und bei den Frauen bereits zu 40 Prozent organisiert. Mit den „Shop-Stewards“ verfügen sie über gewählte, ihnen verpflichtete gewerkschaftliche Vertrauensleute in allen Abteilungen, die von den Kapitalisten als Vertreter der Arbeiter anerkannt werden müssen und die über verschiedene Rechte verfügen, die die gewerkschaftlichen Vertrauensleute in der BRD nicht haben. Vor allem die Arbeiter der großen Industrie haben durch zähe, selbständig geführte Streiks sich in den vergangenen Jahren Lohnerhöhungen erkämpft. Auch Entlassungen haben sie oft nicht zugestimmt und sie durch Streik bekämpft. Deshalb führen die Kapitalisten beredte Klage darüber, daß die englischen Arbeiter so „unproduktiv“ seien. Ein hochbestochenes Professorenteam will kürzlich errechnet haben, der englische Automobilarbeiter produziere in einer Stunde nur die Hälfte dessen, was seinem Klassengenossen der westdeutschen Automobilindustrie an Arbeitsleistung abgepreßt wird.

Die britische Handels- und Finanzbourgeoisie, solange sie noch eine Weltmacht ersten Ranges darstellte, hat ihren Reichtum zu einem größeren Teil aus der Ausbeutung und Ausplünderung fremder Arbeiter und fremder Völker geschöpft als aus der Ausbeutung der Arbeiter im eigenen Land. Ihr Weltreich ist zusammengebrochen. Um wieder Weltmacht zu werden und einen größeren Anteil („die magischen 1 Prozent“ mehr) an der Weltausplünderung zu erhalten, müssen sie es fertigbringen, die Arbeiter und Lohnabhängigen im eigenen Land durch rabiate Kürzung ihrer Lebensmittel und rabiate Vernutzung ihrer Arbeitskraft in einem solchen Grade auszubeuten, daß sie die Konkurrenz aus dem Felde schlagen können.

Für diese Feldzüge versuchen sie die Massen zu gewinnen. Das geht nur durch Chauvinismus. Gegenwärtig kann der Chauvinismus nur als Sozialchauvinismus durch die Reformisten an den Mann gebracht werden. So wie die Jack Jones und James Callaghan, die die Arbeiter aufrufen, sich mit den Kapitalisten zusammenzuschließen und „wie die Biber“ für sie zu arbeiten, um in solcher Biberarbeit die westdeutschen Arbeiter zu übertreffen und Weltmarktanteile für England zurückzuerobern. Dann könnte weiterer Lohnabbau und weiteres Ansteigen der Arbeitslosigkeit vermieden und eine „gerechtere Gesellschaft“ (Callaghan) geschaffen werden.

Ihre sozialchauvinistische Demagogie zwingt die britischen reformistischen Politiker und Gewerkschaftsführer allerdings zu einem offenen Auftreten auf der Seite der Kapitalisten. Einen Lohnkonflikt in der Automobilzulieferindustrie hat der Vorsitzende des britischen Gewerkschaftsbundes dieser Tage durch persönliches drohendes Einschalten unterdrückt. Und die Gewerkschaftsführer Jack Jones und Hugh Scanlon werden sich mit dem Arbeitsminister der Labour-Regierung im Januar gemeinsam auf eine Besuchsreise durch die vier größten Automobilwerke begeben. „Offenbar sollen Management und Gewerkschaftsvertreter an einen Tisch gebracht werden, damit sie zusammen nach *Lösungen zur Produktivitätssteigerung* in der Autoindustrie suchen.“ (Neue Zürcher Zeitung, 31. Dezember 1976)

Ebenso sind die Sozialdemokraten mit aller Gewalt bemüht, den Streik der Bergarbeiter für ihre Forderung nach Senkung des Rentenalters abzuwenden. Wegen der großen Organisiertheit und Kampfkraft der Bergarbeiter, die durch Streiks oder auch nur Drohung mit Streik in den Lohnbewegungen 1972, 1973 und 1974 Schrittmacher waren und sich selbst die relativ höchsten Lohnsteigerungen erkämpften, geht das nur sozusagen auf Zehenspitzen. In Spitzengesprächen sind sich die Herren der staatlichen Kohlegruben, geleitet von Sir Derek Ezra, und die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer schon erheblich näher gekommen. Senkung des Rentenalters auf 62 Jahre ab Mitte 1977 und auf 60 Jahre ab 1980 sind im Gespräch. Aber bisher wagen es die Gewerkschaftsführer nicht, für den Verrat an den Interessen der Bergarbeiter (die mit 78 Prozent in einer Urabstimmung die Senkung des Rentenalters auf 60 Jahre sofort und auf 55 Jahre bis 1980 gefordert haben) auch noch auf kleinere Zugeständnisse zu verzichten, die als Schönheitspflästerchen dienen können. So soll wenigstens ein kleiner Teil der Arbeiter über Tage einbezogen werden (die Bergarbeiter fordern eine einheitliche Regelung für alle über und unter Tage) und bei vorzeitiger Verrentung mindestens eine kleinere Ausgleichssumme für die niedrigeren Rentenansprüche gezahlt werden (die Bergarbeiter fordern den vollen Lohnausgleich). Das will die Kohlebehörde nicht zugestehen. „(Diese) zwei Hindernisse hielten letzte Nacht eine Einigung über die Forderung der Gewerkschaft nach Senkung des Rentenalters auf – und sandten Schauder durch Whitehall.“ (Daily Express, 7. Januar) Whitehall ist der Sitz des britischen Arbeitsministers, wo die Verhandlungen stattfanden. – (gk)

Konkurrenzschlacht der westeuropäischen Monopolkapitalisten

	Frankreich	Italien	Großbritannien	Westdeutschl.	Belgien/ Luxemb.	Niederlande	Österreich	Schweiz	Dänemark	Schweden
Bruttosozialprodukt 1975 in Mrd. DM (1)	804,0	416,0	553,5	1 043,6	160,8	197,5	93,1	133,1	87,9	170,0
Warenausfuhr in Mio DM (2)	128 440	85 681	107 641	221 589	70 870	84 723	18 190	31 875	21 289	42 820
Ausfuhr pro Einwohner (DM)	2 427	1 535	1 915	3 584	6 982	6 207	2 419	4 965	4 216	5 223
Handelsüberschuß (+) und -defizit (–) in Mrd. DM (1)	5,2	– 2,7	– 17,5	37,2	0,2	2,2	– 3,4	1,5	3,2	2,0
Zentrale Währungsreserven Juni 1976 in Mio DM (1)	24 647	13 435	13 605	85 520	13 361	15 648	11 300	28 262	2 569	8 461
Auslandsposition der Banken Ende 1975 in Mio DM (3)	– 2 280	– 1 240	– 17 510	8 720	280	2 290		8 680		810
Direktinvestitionen der BRD in ... (Mio DM, 30.6.76) (4)	4 486	1 617	1 865		4 465	3 075	1 552	4 481	203	337
Direktinvestitionen in der BRD aus ... (Mio DM) (4)	2 428	462	4 355		2 422	5 735	209	7 007	165	906

Im *Bruttosozialprodukt* messen die Bourgeois den Reichtum, den ihnen die Arbeiterklasse eines Landes in einem Jahr produziert. In Händen der Imperialisten ist dieser Reichtum lediglich ein Knüppel, mit dem sich die Imperialisten gegenseitig um Extraprofite schlagen. Die Masse ihrer *Ausfuhr* zeigt, wie abhängig die Monopolbourgeois von ausländischen Märkten sind, um ihre Profite zu realisieren. Die hohe Pro-Kopf-Ausfuhr der kleineren imperialistischen Ländern zeigt deren hohen Zwang zur imperialistischen Expansion, wie sie auch die Drehscheibenfunktion dieser Länder für die stärkeren Imperialisten zeigt. Wie erfolgreich die verschiedenen europäischen Imperialisten in ihrer Konkurrenzschlacht waren, darüber gibt die *Handelsbilanz* Aufschluß. Überschuß heißt, es wurde mehr aus- als eingeführt, das bringt Extraprofite.

Erfolge in der Profitjagd rund um den Erdball schlagen sich in den zentralen *Währungsreserven* der Staatsbanken aus Gold und Devisen nieder. Sie bedeuten Forderungen auf ausländische Waren und Eigentum. Vor allem die britischen und italienischen Reserven sind allerdings keine echten, sie sind zum Großteil mit Hilfe von Währungskrediten gepumptes Geld. In der *Auslandsposition der privaten Banken* (ohne die Zentralbanken) ist die Fähigkeit der Finanzbourgeoisie eines Landes bilanziert, andere Bourgeois und unterdrückte Länder in ihre Schuldabhängigkeit zu bringen. Eine negative Bilanz bedeutet Schulden bei den Konkurrenten, eine positive Forderungen im Ausland. Dem Handel folgt der *Kapitalexport,* wovon die *Direktinvestitionen* das wichtigste sind. Das Kapital, das die Arbeitskraft im Ausland ausbeutet, dient wiederum zur Steigerung des Handelskrieges. Die amtliche Statistik beobachtet auch hier die Kräfteverhältnisse sorgfältig, jedoch ist zu berücksichtigen, daß manches Kapital schon mehrere Länder durchwandert hat, ehe es z.B. aus der Schweiz zur Ausbeutung von Arbeitskraft nach Westdeutschland findet.

Quellen:
(1) Aktuelle Beiträge zur Wirtschafts- und Finanzpolitik 81/1976, sämtliche Angaben wurden soweit notwendig zum Jahresmittelkurs von 1975 gleich 2,4631 von Dollar in DM umgerechnet.
(2) 1975, Statistisches Jahrbuch 1976. Dänemark und Österreich zusätzlich: Internationale Monatszahlen des Statistischen Bundesamtes
(3) Eigene Berechnung nach: Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), 46. Jahresbericht 1976, Seite 81
(4) Runderlaß Außenwirtschaft Nr. 29/76 und 28/76, Bundesanzeiger 203

Der Siedlerstaat Israel

Auf Raub gegründet, auf Aggression aus

Die israelische Kolonialmacht ist der Kettenhund der Imperialisten gegen die arabischen Völker, gegen das palästinensische Volk. Israel ist eine abhängige Macht.

Die Gesamtverschuldung Israels betrug gegen Ende 1975 7,5 Mrd. Dollar. Nimmt man die Bevölkerung der Siedlergesellschaft mit 3 Mio an, so beträgt die Pro-Kopf-Verschuldung 6 158 DM. Das ist unseres Wissens eine der höchsten, wenn nicht die höchste Pro-Kopf-Verschuldung überhaupt.

Im Staatshaushalt 1976, dessen ordentliche Einnahmen 44,5 Mrd. israelische Pfund betrugen, kamen ca. 36 % aus Krediten, Kriegsanleihen. Knapp über ein Drittel des Haushaltes ist also auf Pump – und verzinslich. Im Haushalt wird der Zinsendienst an die Imperialisten pro Jahr mit 5 Mrd. israelischen Pfund veranschlagt. In einem getrennten Haushalt, dem „Entwicklungshaushalt", beträgt die Ausgabenseite 11,8 Mrd. israelische Pfund. Davon werden allein 5,2 Mrd. zur Schuldentilgung verwandt, das sind 44 % knapp unter der Hälfte.

Diese Verschuldung ist ein nützliches Mittel in den Händen der Imperialisten. Sie garantiert die Willfährigkeit des Werkzeugs, mit dem sie ihren Kampf gegen die palästinensischen Volksmassen führen. Die Verschuldung, jeweils verzinslich und zu den passenden Terminen abrufbar, macht den Kolonialstaat gleichzeitig zum *hungrigen* Kettenhund, der beständig auf Raub aus sein muß. Im Haushalt 76 hat die Kolonialmacht rund 52 Prozent für ihre bewaffneten Formationen zur Verteidung ihrer Herrschaft gegen das palästinensische Volk und der Aggression gegen die arabischen Völker ausgegeben. Die Staatsschuld ist eine passende Hundeleine für die Imperialisten.

Sie hat für die Imperialisten und die zionistische Bourgeoisie eine unerfreuliche Seite. Die Verschuldung zwingt die israelische Staatsmacht, wie jüngst geschehen, die Steuern zu erhöhen, Leistungen innerhalb der Siedlergesellschaft, die bislang von der Staatsmacht in die Reproduktion der jüdischen Arbeiter und Lohnabhängigen eingingen, zu kappen. Das treibt die Klassenspaltung voran. Die Streikbewegung in Israel zeigt das.

Bekanntlich sind Schulden Papierzettel. Warum dann abhängig? Die Zionisten sind es, weil sich hinter den Geldausdrücken der Schuldscheine wirkliche Waren, wirkliche Güter verbergen. Die Siedler brauchen Waffen genau so wie Getreide.

Rentiert sich das Unternehmen für die Imperialisten? Warum zahlen sie? Sie könnten ihr Kapital woanders anlegen und sich weniger Ärger einhandeln. Zunächst: die Imperialisten lassen die Siedler keineswegs ungeschröpft. Vor allem aber: in der ganzen Region gibt es reichlich Öl. Wenn es nach ihren Wünschen ginge, vollständig unter ihrer Kontrolle und billig. Die Handelsbilanz gibt da interessante Aufschlüsse.

	1970	1971	1972	1973	1974	1975
Einfuhr	1 451,1	1 807,7	1 973,2	2 988,1	4 237,3	4 107,3
Ausfuhr	775,5	959,9	1 149,0	1 508,7	1 824,9	1 845,1
Defizit	675,6	847,8	824,2	1 479,4	2 412,4	2 272,2

(Angaben in Millionen US-Dollar)

Von 1970 bis 1975 hat sich die Einfuhr fast verdreifacht, die Ausfuhr etwas mehr als verdoppelt, das Defizit ist deutlich mehr als um das Dreifache gewachsen. 1974 und 1975 ist das Defizit größer als die Ausfuhr. Die Zionisten können sich nur verschulden, verschulden und nochmals verschulden. Ein Aufholen aus eigener Kraft ist für die Siedlergesellschaft gar nicht möglich. So besteht der Zwang, daß sie erneut expandieren, also Aggression durchführen muß. Sie muß sich mit Raub und Gewalt Arbeitskraft, Waren und Boden unterwerfen. Zu berücksichtigen ist, daß die bürgerliche Statistik das wahre Ausmaß des Defizits gar nicht wiedergibt. All die angegebenen Zahlen sind ausdrücklich ohne die Waffenimporte des Zionistenstaates gemacht.

Die Einfuhr Israels aus der EG hatte an der Gesamteinfuhr einen Anteil von knapp 60 %, nimmt man ferner die USA, Japan, Schweden und die Schweiz dazu, so wächst der Anteil auf 84 %. Bei der Ausfuhr betragen die Anteile 47 bzw. 67 Prozent. Man sieht gleich, daß die Zionisten innerhalb der arabischen Nation isoliert sind und zugleich vorgeschobener Brückenkopf des Imperialismus sind. Welcher Staat, der die „Zivilisation" bringt, wäre schon im Handel mit dem Umland derart isoliert.

Israel ist ein Kolonialstaat. Mit Hilfe der Imperialisten wurde er in einem Aggressionskrieg gegen das palästinensische Volk, die arabischen Völker 1948 errichtet. Israel ist eine Siedlergesellschaft, die von der Ausbeutung der Arbeitskraft der unterjochten Nation und vom Raub deren Reichtums lebt. Die palästinensischen Revolutionäre sagen, Israel sei ein „künstliches Gebilde". Sie haben recht. Eine eigenständige Wirtschaft hat der Zionistenstaat nicht. Die Imperialisten nutzen Israel als Umschlagplatz mit dem Vorster-Regime und lassen etliche Zwischenverarbeitungen durchführen. Dies am Beispiel der Einfuhr und Ausfuhr Israels 1974.

Einfuhr (Gesamt)	4237,3 Mio Dollar	
1. Erdöl	616,2 Mio Dollar	14,53 %
2. Diamanten (roh)	459,8 Mio Dollar	10,85 %
3. Eisen und Stahl	379,1 Mio Dollar	8,99 %
4. Nichtelektrische Maschinen	353,5 Mio Dollar	
5. See-Küsten-Binnenschiffe	151,0 Mio Dollar	
6. Organische chemische Erzeugnisse	104,6 Mio Dollar	
7. Personenkraftwagen	96,1 Mio Dollar	
8. Hirse	91,5 Mio Pfund	6,28 %
9. Sojabohnen	87,5 Mio Dollar	
10. Zucker und Honig	87,2 Mio Dollar	

Sowohl bei Stahl wie auch bei den Diamanten besteht enge Zusammenarbeit zwischen dem Siedlerregime Vorsters in Südafrika und dem Zionistenstaat. Die Rohdiamanten wandern nach Israel und werden dort zu Schmuckdiamanten verarbeitet, ebenso findet gemeinsame Produktion von Stahl statt.

„Blick durch die Wirtschaft" berichtet, daß Israel jährlich im Wert von 350 Millionen Dollar Getreide aus den USA einführe. In der zitierten Auflistung findet das keine Erwähnung. Getreide ist ein strategisches Gut. Oktober 1976 hat die zionistische Regierung einen fünfjährigen Liefervertrag über Getreide mit den US-Imperialisten abgeschlossen. Er solle die Lieferung des Getreides „unabhängig von Mißernten und politischen Entwicklungen" sicherstellen. Dies ist der Kriegsvorrat.

Ausfuhr (Gesamt)	1824,8 Mio Dollar	
1. Schmuckdiamanten	641,1 Mio Dollar	35,00 %
2. Obst und Südfrüchte frisch	138,1 Mio Dollar	
3. Obst und Südfrüchte kons.	72,9 Mio Dollar	
2. und 3. zusammen	211,0 Mio Dollar	11,56 %
4. Chemische Düngemittel	66,7 Mio Dollar	
5. Bekleidung und Zubehör aus Gew.	58,5 Mio Dollar	
6. Organische u. chem. Erzeugnisse	56,1 Mio Dollar	
7. Garne, Gewebe, Textilwaren	53,2 Mio Dollar	
8. Nichtelektrische Maschinen	50,2 Mio Dollar	

Angaben nach: „Allgemeine Statistik des Auslands: Israel" und: „Mitteilungen der Bundesstelle für Außenhandelsinformationen: Weltwirtschaft am Jahreswechsel".

Hier sind nicht enthalten und aufgeführt die Waffenausfuhr. Der Zionistenstaat ist hochgerüstet, er beliefert das südafrikanische Regime. Allerdings achten die US-Imperialisten genau auf den Umfang. Bemerkenswert ist schon, daß ein gutes Drittel der Ausfuhr dieses Staates aus Schmuckdiamanten besteht, Gegenständen, mit denen die Reichen ihre Frauen behängen. Der nächstgroße Posten sind Obst- und Südfrüchte, darunter die Zitrusfrüchte. Das verdanken die Zionisten nicht der „Kultivierungdes Bodens". Sie haben ihn vorgefunden, das palästinensische Volk hat ihn aufgebaut. Als die Teilungspläne 1947 in der UNO beraten wurden, achteten die Imperialisten genau darauf, daß dem geplanten Zionistenstaat der Besitz der ganzen vorgefundenen Zitrus-Kulturen, bis dahin Palästinas größtes Exportgut, und der von den Volksmassen kultivierte, beste und ertragreichste Boden Palästinas in der Küstenebene, der „Ebene von Esdraelon" und dem „Tal von Jezreel" zugewiesen wurde. – (hjh)

Zimbabwe-Solidaritätsaktionen

Hamburg. Als das ZANU-Bilderbuch erschien, hatte ich es mit in den Betrieb genommen. Bei LUMOPRINT in der Endmontage für Fotokopierer arbeiten nur Frauen am Band. Viele haben Kinder und verstehen was von Kinderbüchern, aber so eins hatten sie noch nicht gesehen, wo man richtig begeistert sein könne. Eine Arbeiterin hat sich das Buch gleich ausgeliehen, um es ihren beiden Söhnen zu zeigen. Damit alle Frauen am Band sich das Buch anschauen konnten, haben wir es dann an eine Maschine gelegt. So wurde es von Band zu Band transportiert. Vier haben eins gekauft. Als ich mit der neuen ZANU-Plakette in den Betrieb kam, haben sie sich gleich erinnert und neuen Kollegen erklärt, daß das Volk von Zimbabwe um seine Befreiung kämpft und fest zusammenhält. Daher würden sie es auch schaffen.

Köln. „Studentengelder werden verschleudert", so traten die Reaktionäre, allen voran die Unabhängigen und Jusos, die den AStA stellen, gegen den Beschluß der Universitätsvollversammlung auf, wo auf Antrag des Aktionsrates der Institutsgruppen beschlossen wurde, die 10000 DM Überschuß aus dem Boykott der Erfrischungsräume für den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe zu spenden und an die ZANU zu überweisen. In der letzten Woche vor Weihnachten führte die Kommunistische Hochschulgruppe zusammen mit dem Aktionsrat der Institutsgruppen einen Aktionstag zur Unterstützung des Befreiungskampfes durch. In der Zentralmensa und im Foyer des Philosophikums wurde ein DIA-Vortrag vorgeführt. Während des DIA-Vortrags, wo sich zum Beispiel in der Mensa bis zu 50 Studenten versammelten, wurde die Spendensammlung durchgeführt. Reaktionäre von RCDS bis Jusos erlitten eine Abfuhr. Die gleichen Leute, die den Kampf gegen die Ausplünderung und Unterdrückung der Studentenmassen sabotieren, ergreifen hier offen Partei für den Imperialismus. Die besitzlosen Studenten führen den Kampf gegen den gleichen Gegner wie das Volk von Zimbabwe, das wollen diese Reaktionäre verschleiern. Es klappte nicht.

Bochum. In der Klasse 7 c der Hauptschule Langendreer wurde im Unterricht über den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe gesprochen. Der bewaffnete Kampf dieses Volkes gegen den Imperialismus stieß auf große Begeisterung. Mit Kampfgeist wurde die Stadtteilzelle unterstützt und ein Sportfest durchgeführt. Auf einer von den Schülern selber organisierten Veranstaltung mit 30 Teilnehmern wurden 60 DM aufgebracht durch die Versteigerung von Bildern, die im Unterricht gemalt wurden und Kampfaktionen der ZANU zeigten und eine Verlosung. Die Schüler arbeiten jetzt an einem DIA-Vortrag für Stadtteil und Schule. Damit soll die Sammlung für einen Laster für das Landwirtschaftsprogramm der ZANU unterstützt werden.

Spendensammlung bei der PWA Mannheim. 14,50 DM für die ZANU erbrachte eine Sammlung, die die Zelle PWA (Papierwerke Waldhof/Aschaffenburg) vor dem Betrieb zwischen 6 Uhr und 7 Uhr morgens vor dem Tor 2 durchführte. 23 deutsche und ausländische Arbeiter und Arbeiterinnen spendeten. „Wenn die dort genau so schuften müssen wie wir, Überstunden und Schicht machen – sogar noch an Weihnachten – dann ist es richtig, diesen Befreiungskampf zu unterstützen." „Es wird Zeit, daß dort Schluß gemacht wird mit der Unterdrückung." „Die Rassisten brauchen sich nicht zu wundern, wenn die Schwarzen dort zu den Waffen greifen." Ein anderer Arbeiter spendete erst 1 DM. Dann fragte er, ob wir damit den bewaffneten Kampf unterstützen. Wir bejahten. Daraufhin spendete er nochmals 50 Pfennig und kaufte eine KVZ.

Trier. Am Donnerstag wollte auf Einladung des Fachbereichs Sprach- und Literaturwissenschaft der Universität Trier der Direktor des Linguistischen Seminars der Universität Salsbury, Brian Annan, einen Vortrag halten. Das Studentenparlament faßte einen Beschluß dazu aufzurufen, die Abhaltung des Vortrages zu verhindern. Dem Aufruf folgten über 100 Studenten. Sie forderten eine Stellungnahme von Brian Annan zum bewaffneten Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe, auf welcher Seite der Barrikade er steht, brachte er so zum Ausdruck. „Schließlich muß man den Schwarzen ein bißchen Erziehung beibringen." Als Vertreter des Rassistenregimes hatte sich dieser feine Herr entpuppt. Die Studenten forderten daher, die Veranstaltung abzusetzen. Dieser Forderung mußte nachgegeben werden, aber nur, um es diesmal klammheimlich in einem anderen Raum zu versuchen. Mit diesem üblen Trick wurde zwar erreicht, daß viele Studenten weggingen, diejenigen, die davon Wind bekommen hatten, konnten den Vortrag aber trotzdem verhindern.

Im Gegensatz zu Eibl, Dekan des Fachbereichs Sprach- und Literaturwissenschaften sind die Studenten der Meinung, daß die Verhinderung des Vortrags eines Vertreters des Rassistenregimes keine „beschämende Blamage der Trierer Universität sein wird", sondern eine hervorragende Aktion zur Unterstützung des gerechten Kampfes des Volkes von Zimbabwe. In dieser Woche konnte der Kommunistische Studentenbund 310 DM als Spende, die er im Dezember gesammelt hatte, an die ZANU überweisen.

Gründe für die Preissteigerung beim Kaffee

Die Kaffeepreise sind inzwischen auf zehn bis sechzehn DM pro Pfund gestiegen und steigen noch weiter. Die Empörung der Massen nutzen einige Warenhauskapitalisten in den USA, um durch „Kaffeeboykotts" ihre Einkaufspreise zu drücken, so daß der Absatz wieder steigen kann. Die bürgerliche Presse bringt sowas groß heraus als Beweis, daß Kaffee etwas Schönes, aber doch Verzichtbares ist. Allerhand Professoren und Gesundheitsbehörden verbreiten sich darüber, daß Kaffee sowieso gesundheitsschädlich wäre, wenn im „Übermaß" genossen.

Die Bourgeoisie will den Kaffee aus einem täglichen Lebensmittel wieder in einen ausgesprochenen Luxus verwandeln, der nur mit sagen wir einer Tasse täglich zum üblichen Lebensstandard des Arbeiters gerechnet werden kann. Anspruch auf einen Lohn, der größere Ausschweifungen im Kaffeegenuß ermöglicht, soll der Arbeiter nicht haben. Kurzum, es geht für die Kapitalisten als Klasse um die ideologische Vorbereitung weiterer Lohnsenkung.

Die großen Handelskapitalisten, die im Kaffeegeschäft sind, stört diese Propaganda nicht sonderlich. Sie wissen, daß für die Massen der Kaffee tatsächlich längst schon von einem Genußmittel zu einem unentbehrlichen Lebensmittel geworden ist. Wie sollen die Sekretärin oder der Akkordarbeiter, die mit äußerster Konzentration arbeiten müssen, auf ihren Kaffee verzichten können? Diese geschäftstüchtigen Tchibo-Onkels mit Zylinder kennen ihren Markt. Das ist die Grundlage ihrer Spekulationskünste, womit sie sich goldene Nasen verdienen.

Die Imperialisten wollen die Wut der arbeitenden Massen über die hohen Kaffeepreise auf die kaffeeproduzierenden Länder der Dritten Welt ablenken, die die hohen Preise einkassieren würden. Die Tatsachen sind folgende: Brasilien hat durch Frosteinbruch bis zu drei Vierteln seiner Ernte verloren. Für Brasilien ist das eine Katastrophe, die durch die gestiegenen Preise bei weitem nicht wettgemacht wird; anders als für die imperialistischen Monopole, die ihre Finger in vielen Ländern haben und an der Knappheit Geschäfte machen. Weiter: Angola, früher der drittgrößte Kaffeeproduzent, leidet schwer unter den Opfern, die ihm der durch die Einmischung der beiden Supermächte hervorgerufene Bürgerkrieg aufgebürdet hat. Noch mehr: es mußte als Gegenleistung für Waffen und Söldner seine Ernte komplett zu einem Spottpreis den Sozialimperialisten abliefern. Genauso geht Jahr für Jahr der Großteil der Ernten Brasiliens und Kolumbiens direkt in die Hände der Imperialisten über, die die einheimischen Plantagenbesitzer mit Krediten und Verträgen fest an sich gebunden haben – wenn ihnen nicht die Plantagen sowieso gehören.

Die imperialistischen Monopole horten den Kaffee, um seinen Preis noch weiter hochzutreiben. Dann verkaufen sie langsam und mit echtem „Kaffeegenuß".

Um bei diesem Vergnügen nicht gestört zu werden, verhindern die Imperialisten mit einer gezielten Zollpolitik (fünf bis sechzehn Prozent bei den EG-Staaten) jedes selbständige Auftreten der kaffeeproduzierenden Länder auf dem Markt.

Die Unterdrückung der Länder der Dritten Welt und rücksichtslose Ausbeutung der eigentlichen Produzenten des Kaffees, der Bauern und Plantagenarbeiter, ermöglicht es dem imperialistischen Staat, sich auch noch schadlos zu halten: er schlägt auf jede Kaffeebohne eine extra Kaffeesteuer drauf. Etwa zwei DM pro Pfund. So konnte der westdeutsche Staat im letzten Jahr mit 1,3 Milliarden DM Steuereinnahmen eine reiche Ernte in die Scheuern fahren – gewonnen aus der gemeinsamen Ausplünderung der Völker der Dritten Welt und der Volksmassen in Westdeutschland.

BASF in Mexiko. Die BRD-Imperialisten erweitern ihren Einfluß. In den letzten Jahren haben die westdeutschen Finanzkapitalisten einige Anstrengungen unternommen, um neben den beherrschenden US-Banken und -Konzernen in Mexiko Fuß zu fassen. Durch kräftige Steigerung der Exporte auf 1,1 Milliarden DM 1975, denen nur Importe aus Mexiko von 291 Millionen DM gegenüberstehen, haben sie das Land in finanzielle Abhängigkeit gebracht. Durch Anteile an internationalen Krediten, die Mexiko aufnehmen mußte, so einen Kredit über 2,6 Milliarden DM vom Internationalen Währungsfonds, haben sie diese Abhängigkeit weiter ausgebaut. Sie benutzen sie, um in die staatliche Industrie Mexikos einzudringen, die dem ausländischen Kapital verschlossen ist. So trat die Deutsche Bank im Juli 1976 als Führer eines Bankenkonsortiums auf, wodurch der mexikanische Staat sich für Investitionen im staatlichen Sektor eine Anleihe von 100 Millionen DM auf dem westdeutschen Kapitalmarkt besorgen konnte. Die Direktinvestitionen der BRD in Mexiko erreichten 1976 einen Stand von fast 1,2 Milliarden DM. Sie blieben damit allerdings weit hinter den US-Investitionen zurück, die 9,1 Milliarden DM betragen. Neben der billigen Arbeitskraft sind es die großen noch unerschlossenen Bodenschätze, darunter Erdöl und Uran, die die Imperialisten locken.

Kim Ir Sen

„Die Bewegung der Nichtpaktgebundenheit – Eine mächtige antiimperialistische revolutionäre Kraft unserer Epoche"

Gegenwärtig rüsten sich die Länder der Dritten Welt und die westlichen Imperialisten auf die Fortsetzung der Verhandlungen über eine neue Weltwirtschaftsordnung. Während die Staaten der Dritten Welt diese Verhandlungen nutzen wollen, um den Kampf für die Befreiung von Kolonialismus, Imperialismus und Hegemonismus und speziell für ihre wirtschaftlichen Forderungen weiter voranzutreiben, wollen die Imperialisten diese Verhandlungen in einen „Nord-Süd-Dialog" umlügen, mit dem Ziel, einen Keil in die Front der Staaten der Dritten Welt hineinzutreiben und ihre wahren Absichten zu verschleiern. Während sie gegen die Völker im Süden Afrikas die Intervention vorbereiten, heucheln sie „Anteilnahme am Schicksal der „besonders armen Staaten", die sie flink zur „Vierten Welt" erklären.

Mit den historischen Siegen der Völker Indochinas und Afrikas hat der Kampf der Völker der Dritten Welt insgesamt einen großen Aufschwung genommen. Die Völker der Dritten Welt festigen ihren Zusammenschluß in der „Blockfreienbewegung". Auf der Konferenz in Lima im März 1975 – in einer Phase des endgültigen Zusammenbruchs der amerikanischen Marionettenregimes in Süd-Vietnam, Laos und Kambodscha sowie der portugiesischen Kolonialmacht im südlichen Afrika, formulierten die Länder der Dritten Welt ihr wirtschaftliches Kampfprogramm. Dabei ließen sie sich nicht in „Ölstaaten" und „arme Länder" auseinanderdividieren, sondern bekräftigten ihre gemeinsamen Interessen. In der „Deklaration von Lima" stellten sie unter anderem fest:

„Wirksame Kontrolle über die natürlichen Ressourcen und Harmonisierung der ihren Abbau, ihre Bewahrung, ihre Verarbeitung und ihre Vermarktung betreffenden politischen Maßnahmen stellen eine unabdingbare Voraussetzung für den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt in den Entwicklunsländern dar."

„Sie (die Konferenz) verfolgt die Absicht, die industrielle Entwicklung durch abgestimmte Maßnahmen auf nationaler, subregionaler, regionaler und internationaler Ebene zu fördern, auf die Modernisierung der Volkswirtschaften in den Entwicklungsländern und hier vor allem den am wenigsten entwickelten Ländern hinzuarbeiten und für die Beseitigung von allen Formen fremder politischer Beherrschung und von wirtschaftlicher und sozialer Ausbeutung einzutreten, wo immer sie existieren möge."

„Die Entwicklungsländer sollten verstärkten Wert auf Eigenständigkeit bei ihren Entwicklungsbemühungen und bei ihren Maßnahmen im Hinblick auf die volle Nutzung ihrer menschlichen und natürlichen Ressourcen legen und in diesem Zusammenhang geeignete gemeinsame politische Schritte zur verstärkten wirtschaftlichen und technischen Zusammenarbeit untereinander unternehmen."

Verschiedene konkrete Forderungen gegenüber den imperialistischen Staaten wurden erhoben, so die Anbindung der Rohstoffpreise an die Preise für Industriewaren.

Der immer festere Zusammenschluß der Dritten Welt und die Ausarbeitung konkreter Maßnahmen und Forderungen zur Beseitigung von Abhängigkeit und Unterentwicklung haben auch die Sozialimperialisten gezwungen, Farbe zu bekennen. In einer Erklärung „Über die Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen" vom Oktober 1976 hat die Regierung der UdSSR noch einmal ihre Weigerung bekräftigt, an den Verhandlungen teilzunehmen. „Es gibt keine Grundlage dafür, und es kann auch keine dafür geben, bei der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten jene Forderungen zu erheben, die die Entwicklungsländer den kapitalistischen Industriestaaten stellen ..." – „Ohne die Sowjetunion, ohne den Sozialismus und die zuverlässige Unterstützung, die er leistet, hätte der Imperialismus jeden Versuch der jetzt freien Staaten, echte nationale Unabhängigkeit zu erringen, im Keime erstickt." („Außenhandel", Moskau, Dezember 1976) Das ist die nur mühsam verstellte Sprache der imperialistischen Aggression, die noch immer in der Geschichte unter wechselnder Flagge als „Befreier" der unterdrückten Völker aufgetreten ist.

Mit ihren Aggressionsplänen geraten sich die Imperialisten, besonders die beiden Supermächte, gegenseitig ins Gehege. In den eigenen Ländern, wo sie ebenfalls Ausbeutung und Unterdrückung verschärfen, sehen sie sich den Kämpfen der Arbeiter und Volksmassen ausgesetzt. Im internationalen Maßstab stoßen sie auf die Front der unterdrückten Länder der Dritten Welt, in der diejenigen Staaten immer deutlicher die Führung erringen, in denen die Arbeiterklasse die nationale Befreiung vollendet und die sozialistische Revolution in Angriff genommen hat. Durch den Zusammenschluß der internationalen Arbeiterbewegung und der breiten Volksmassen der unterdrückten Länder wird der Imperialismus schließlich vernichtet werden.

Auf der Konferenz von Lima wurde die Koreanische Volksdemokratische Republik in die Blockfreien-Bewegung aufgenommen. In einem jetzt in deutscher Sprache als Broschüre erschienenen Artikel würdigte Präsident Kim Ir Sen, der Führer der koreanischen Revolution, die große Bedeutung der Blockfreienbewegung für den antiimperialistischen Befreiungskampf und die proletarische Weltrevolution.

(Red.)

„In jüngster Zeit wurde in Lima, der Hauptstadt von Peru, eine Außenministerkonferenz der nichtpaktgebundenen Staaten erfolgreich abgehalten. Unter der Losung „Laßt uns vereinigen und die Befreiung erreichen!" erörterte die Konferenz aktuelle Fragen, die sich vor der Bewegung der Nichtpaktgebundenheit stellen, und nahm wichtige Dokumente und Beschlüsse an, die von historischer Bedeutung sind. Auf der Konferenz wurde einstimmig beschlossen, die Koreanische Volksdemokratische Republik als offizielles Mitglied der Bewegung der Nichtpaktgebundenheit aufzunehmen. Das war ein Beweis dafür, daß die selbständige Außen- und Innenpolitik der Regierung der Koreanischen Volksdemokratischen Republik dem Ziel und der Idee der Bewegung der Nichtpaktgebundenheit entspricht und unser Land von den nichtpaktgebundenen Ländern aktiv unterstützt wird. Das koreanische Volk ist sehr erfreut über den einstimmigen Beschluß, unser Land als offizielles Mitglied der Bewegung der Nichtpaktgebundenheit aufzunehmen, und begrüßt diesen Beschluß von ganzem Herzen.

Die Bewegung der Nichtpaktgebundenheit ist eine mächtige antiimperialistische revolutionäre Kraft, die die Haupttendenz der gegenwärtigen Epoche widerspiegelt.

Die gegenwärtige Epoche ist die Epoche der Souveränität und die Epoche des antiimperialistischen revolutionären Kampfes. Viele Länder der Welt fordern die Souveränität, immer mehr Völker erheben sich zum antiimperialistischen revolutionären Kampf. Das ist die Haupttendenz unseres Zeitalters, die mit keiner Kraft aufgehalten werden kann. Die Bewegung der Nichtpaktgebundenheit widerspiegelt diese Tendenz der Entwicklung des gegenwärtigen Zeitalters und verkörpert die hohe Idee des Antiimperialismus und der Souveränität.

Diese Bewegung ist eine gegen die imperialistische, kolonialistische Aggression und Ausplünderung gerichtete mächtige Bewegung, und die nichtpaktgebundenen Länder sind starke neu aufstrebende Kräfte, die den imperialistischen reaktionären Kräften gegenüberstehen.

Bei der Entwicklung der Weltrevolution und im internationalen Leben sind die Bedeutung und die Rolle der Bewegung der Nichtpaktgebundenheit sehr groß. Infolge dessen, daß die Bewegung der Nichtpaktgebundenheit als eine eigenständige politische Macht in der Arena der Geschichte erschienen ist, hat sich das Kräfteverhältnis in der Welt grundlegend verändert. Durch die Auslösung der Bewegung der Nichtpaktgebundenheit verstärkten sich die revolutionären Kräfte der Welt in entscheidendem Maße, während die imperialistischen reaktionären Kräfte stark geschwächt wurden.

Die Bewegung der Nichtpaktgebundenheit übt einen tiefgreifenden Einfluß auf den Prozeß der großen Umwälzungen aus, die heute in der Welt herbeigeführt werden. Die Bewegung der Nichtpaktgebundenheit versetzt der Aggressions- und Raubpolitik der Imperialisten einen schweren Schlag und treibt sie in Verfall und Zusammenbruch; sie beflügelt und beschleunigt stark den revolutionären Kampf der unterdrückten Völker und der Völker, die die neu aufstrebenden Kräfte vertreten.

Die Weiterentwicklung der Bewegung der Nichtpaktgebundenheit wird den Sieg der großen Sache, der Befreiung der Völker beschleunigen. In dem mächtigen Strom der Bewegung der Nichtpaktgebundenheit wird der Untergang des Imperialismus beschleunigt, und der revolutionären Kampf der unterdrückten Völker wird sich noch mehr verstärken und entwickeln.

Die nichtpaktgebundenen Länder müssen den Kampf gegen den Imperialismus und den Kolonialismus weiter intensivieren.

Imperialismus und Kolonialismus sind der Herd der Aggression und des Krieges wie auch das Haupthindernis, das der selbständigen Entwicklung und dem sozialen Fortschritt der Länder, die die neu aufstrebenden Kräfte vertreten, Einhalt gebietet. Nicht nur in der Vergangenheit haben die Imperialisten die nichtpaktgebundenen Länder, die die neu aufstrebenden Kräfte vertretenden Länder, der harten Unterdrückung und Ausbeutung unterworfen; auch nach dem Erringen der nationalen Unabhängigkeit dieser Länder setzen sie Aggression und Intervention fort und verüben verruchte Machenschaften, die Ausplünderung und Ausbeutung mit neokolonialistischen Mitteln vorzunehmen. Die Imperialisten verüben ohne Scheu auch einen bewaffneten Überfall, wenn sie ihr aggressives Ziel nicht auf friedlichem Wege erreichen können.



Kim Ir Sen, der Führer der koreanischen Revolution

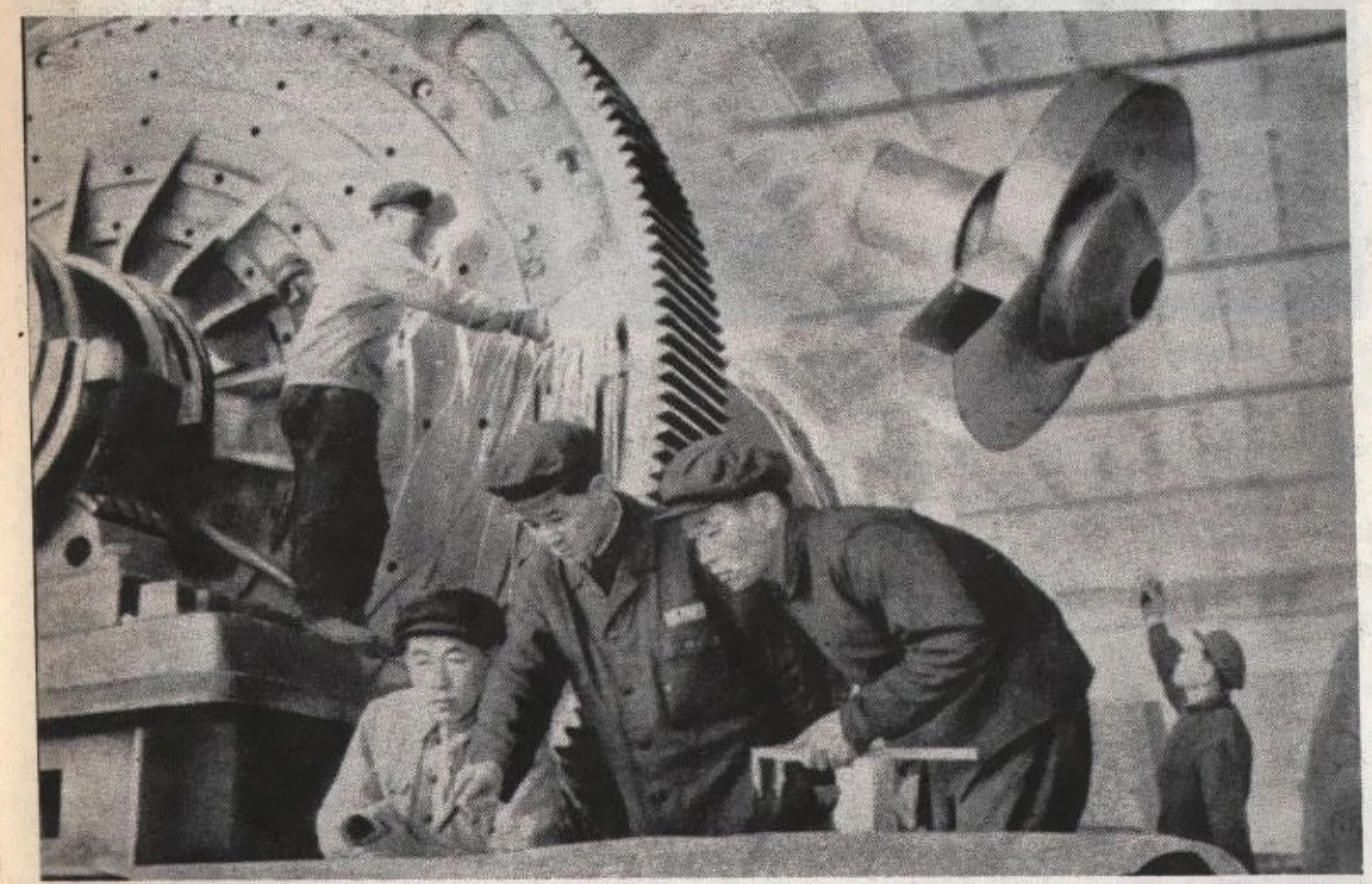
Losgelöst von dem antiimperialistischem Kampf, können die nichtpaktgebundenen Länder weder die nationale Unabhängigkeit verteidigen noch eine aufblühende neue Gesellschaft aufbauen. Nur durch einen intensiven antiimperialistischen Kampf können sie die nationale Unabhängigkeit konsolidieren, die eigenständige Entwicklung des Landes erreichen und das Ziel der Bewegung der Nichtpaktgebundenheit erfolgreich verwirklichen.

Zur Zeit entfalten die nichtpaktgebundenen Länder tatkräftig den gemeinsamen Kampf gegen alle Arten von Aggression und Ausplünderung der Imperialisten und Kolonialisten; das ist eine sehr gute Sache. Sie müssen im festeren Zusammenschluß eine breite antiimperialistische Einheitsfront bilden und mit vereinten Kräften den Imperialisten und Kolonialisten Schläge versetzen.

Die Bewegung der Nichtpaktgebundenheit fordert, daß alle Länder an der Souveränität festhalten. Die Souveränität ist das Leben des Landes und der Nation. Nur durch Bewahrung der Souveränität kann man die Würde und Ehre der Nation schützen, die Unabhängigkeit und das Gedeihen des Landes erringen und auf einer gleichberechtigten und festen Basis die Geschlossenheit und Zusammenarbeit zwischen den Ländern entwickeln. Die nichtpaktgebundenen Länder müssen die eigenständige Entwicklung der Nation gewährleisten und den Ideen der Bewegung der Nichtpaktgebundenheit treu bleiben, indem sie unentwegt die Souveränität wahren.

Die Selbständigkeit in der Wirtschaft ist die materielle Basis der Souveränität. Ein Land, das sich wirtschaftlich auf die anderen stützt, ist auch in politischer Hinsicht den anderen willfährig. Eine wirtschaftlich abhängige Nation vermag es nicht, dem Schicksal der Kolonialsklaven zu entgehen; sie kann weder etwas schaffen noch etwas äußern, was sie will. Wenn die nichtpaktgebundenen Länder die Souveränität konsequent gewährleisten wollen, müssen sie unbedingt die selbständige Nationalwirtschaft aufbauen und damit die Selbständigkeit in der Wirtschaft erringen.

Um die hochgesinnte Idee und das hohe Ziel der Bewegung der Nichtpaktgebundenheit durchzusetzen, ist es wichtig, die Geschlossenheit und die Zusammenarbeit zwischen den nichtpaktgebundenen Ländern zu verstärken. Es ist die Quelle der unbesiegbaren Kraft der Bewegung der Nichtpaktgebundenheit und das entscheidende Unterpfand für den Sieg der großen gemeinsamen antiimperialistischen Sache, daß die nichtpaktgebundenen Länder den Zusammenschluß und die Zusammenarbeit intensivieren.



Arbeiter und Techniker in einem Maschinenbaubetrieb der Koreanischen Volksdemokratischen Republik halten eine technische Beratung an ihrer Maschine ab. – „Die Selbständigkeit in der Wirtschaft ist die materielle Basis der Souveränität." (Kim Ir Sen) In der sozialistischen Revolution entwickelt die Arbeiterklasse umfassend ihre Produktivkraft. Im Vertrauen auf ihre schöpferischen Fähigkeiten können die Arbeiter alle Probleme selbständig lösen. Der Aufbau des Sozialismus schafft die sichersten Garantien für die vollständige Unabhängigkeit eines jeden Landes.

Wenn sich die nichtpaktgebundenen Länder fest zusammenschließen und kämpfen, können sie beliebigen Imperialismus besiegen. Sie müssen vereinigt die von Imperialisten geschaffenen alten internationalen Ordnungen abschaffen und neue internationale Ordnungen errichten, die den Interessen der Völker der Welt entsprechen. Die alten, internationalen Ordnungen sind ein Produkt des kolonialistischen Systems, sind ein wesentlicher Hebel für die Herrschaft und Kontrolle, für die Ausbeutung und Ausplünderung durch den Imperialismus. Gestützt auf diese alten internationalen Ordnungen, verletzen die Imperialisten die Souveränität anderer Länder und plündern die Reichtümer der Entwicklungsländer aus. Es ist notwendig, die alten internationalen Ordnungen zu zerstören und neue gerechte zu schaffen, damit die Imperialisten auf dem internationalen Schauplatz nicht mehr wagen können, Willkürhandlungen zu verüben, die Souveränität anderer Länder zu verletzen und deren Reichtümer eigenmächtig auszuplündern.

Die nichtpaktgebundenen Länder müssen sich nicht nur politisch fest zusammenschließen, sondern auch wirtschaftlich eng zusammenarbeiten. Die enge wirtschaftliche Zusammenarbeit der nichtpaktgebundenen Länder ist eine wichtige Maßnahme zur Lösung der schwierigen und komplizierten Probleme, die beim Aufbau der neuen Gesellschaft auftreten. Wenn die nichtpaktgebundenen Länder auf dem Prinzip des sich gegenseitig ergänzenden Austausches allseitig die ökonomisch-technische Zusammenarbeit entwickeln, können sie durchaus auch ohne Hilfe der Großmächte die selbständige Nationalwirtschaft errichten und die Blüte des Landes erlangen.

Die nichtpaktgebundenen Länder müssen dadurch, daß sie sich politisch fest zusammenschließen und ökonomisch und technisch eng zusammenarbeiten, die eigenständige Entwicklung des Landes beschleunigen und schneller zum Sieg der großen gemeinsamen antiimperialistischen Sache gelangen.

Die Koreanische Volksdemokratische Republik, ein würdiger Mitgliedstaat der Bewegung der Nichtpaktgebundenheit, wird, das Banner der Geschlossenheit, das Banner des Antiimperialismus und der Souveränität hoch erhoben, bei der Durchführung der großen gemeinsamen Sache für Frieden, Demokratie, nationale Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt stets in fester Geschlossenheit mit den nichtpaktgebundenen Ländern eng zusammenarbeiten und sich aktiv um die Stärkung und Entwicklung der Bewegung der Nichtpaktgebundenheit bemühen.

Gegenwärtig kämpft das koreanische Volk um die Verwirklichung der großen historischen Sache der Vereinigung des Vaterlandes, des größten Wunschtraums der Nation. Der Kampf des koreanischen Volkes um die Zurücknahme des Territoriums und der Nation, die uns die USA-Imperialisten geraubt haben, und die Vereinigung der geteilten Heimat ist ein wichtiger Bestandteil des antiimperialistischen Befreiungskampfes, der sich im Weltmaßstab entfaltet. Die nichtpaktgebundenen Länder, die die Gerechtigkeit und Frieden lieben, erweisen unserem Volk tatkräftig Unterstützung und Solidarität in seinem Kampf um die Vertreibung der USA-imperialistischen Aggressionstruppen aus Südkorea und die selbständige friedliche Vereinigung der Heimat. Das beflügelt unser Volk sehr. Das koreanische Volk wird aktiv von den Völkern der nichtpaktgebundenen Länder und anderen fortschrittlichen Völkern der Welt unterstützt und ermutigt, die Aggressionstruppen des USA-Imperialismus aus Südkorea verjagen und unbedingt die große historische Sache der Vereinigung des Vaterlandes erringen.

Die Bewegung der Nichtpaktgebundenheit, die große antiimperialistische Kraft unserer Epoche, erweitert sich und erstarkt von Tag zu Tag und schreitet siegreich voran. Die nichtpaktgebundenen Länder werden dadurch, daß sie unter dem Banner des Antiimperialismus und der Souveränität energisch den gemeinsamen Kampf gegen den Imperialismus führen, die hochgesinnte Idee und das hohe Ziel der Bewegung der Nichtpaktgebundenheit verwirklichen und somit tatkräftig zum Weltfrieden sowie zu der großen Sache, der Befreiung der Menschheit beitragen; sie werden unbedingt eine Welt, wo es keinen Imperialismus und Kolonialismus mehr gibt und alle Formen von Aggression und Ausplünderung ausgemerzt sind, eine friedliche und gedeihende neue Welt, aufbauen."

ARBEITER DER GANZEN WELT, VEREINIGT EUCH!

KIM IR SEN

DIE BEWEGUNG DER NICHTPAKTGEBUNDENHEIT – EINE MÄCHTIGE ANTIIMPERIALISTISCHE REVOLUTIONÄRE KRAFT UNSERER EPOCHE

Artikel, veröffentlicht in der Erstausgabe der in Argentinien erscheinenden Zeitschrift „Leitfaden der dritten Welt"
16. Dezember 1975

Verlag für Fremdsprachige Literatur
Pjongjang, Korea
1976



Herbst 1945: Im Norden Koreas feiern die Massen die wiedergewonnene Souveränität begeistert.



Studenten der Yonsei-Universität in Seoul kämpfen furchtlos gegen die Truppen der faschistischen Pak-Tschung-Hi-Clique. – „Der Kampf des koreanischen Volkes um die Zurücknahme des Territoriums und der Nation, die uns die US-Imperialisten geraubt haben, und die Vereinigung der geteilten Heimat ist ein wichtiger Bestandteil des antiimperialistischen nationalen Befreiungskampfes, der sich im Weltmaßstab entfaltet." (Kim Ir Sen)



17. April 1975: Befreiung Pnomh Penhs. – „Die gegenwärtige Epoche ist die Epoche der Souveränität und die Epoche des antiimperialistischen revolutionären Kampfes. Viele Länder der Welt fordern die Souveränität, immer mehr Völker erheben sich zum antiimperialistischen revolutionären Kampf. Das ist die Haupttendenz unseres Zeitalters, die mit keiner Kraft aufgehalten werden kann." (Kim Ir Sen)



Indianische landlose Bauern in Peru. – „Wenn die nichtpaktgebundenen Länder die Souveränität konsequent gewährleisten wollen, müssen sie unbedingt die selbständige nationale Wirtschaft aufbauen und damit die Selbständigkeit in der Wirtschaft erringen." Das Grundlegende ist die Landwirtschaft. Die Landwirtschaft ist die grundlegende soziale Frage, die im nationalen Befreiungskampf gelöst werden muß.



Zuckerrohrarbeiter aus Caxito in Angola. – Im langandauernden Volkskrieg haben die drei Befreiungsbewegungen des angolanischen Volkes die portugiesischen Kolonialisten verjagt. Die Arbeiter und Bauern Angolas werden es nicht zulassen, unter ein neues Kolonialjoch gezwungen und der Früchte ihrer Arbeit beraubt zu werden.

Bourgeois-Jubel über „niedrigste Teuerungsrate" – Was heißt das für die Arbeiterklasse und den Lohnkampf?

Die großen Lohnbewegungen der Metallarbeiter wie auch der Beschäftigten in öffentlichen Diensten finden sich gleich zum Beginn dieses Jahres vor ein propagandistisches Problem gestellt, das in dieser Form neu ist. Die Bourgeoispresse überkugelt sich bald mit Nachrichten, Meldungen und Ansprachen, daß es gelungen sei, die Inflationsrate auf sensationelle 3,7%* von Dezember 1975 bis Dezember 1976 zu drücken. Bundesbankpräsident Klasen, der „die wirtschaftliche Gesamtlage" wohl zu erwägen weiß, hat auch schon angekündigt, daß diese 3,7% die Marke darstellten, um welche die Löhne, Angestelltengehälter und die Bezüge der kleinen Beamten wachsen dürften, ohne die „wirtschaftlichen Zukunftsaussichten" zu gefährden.

Gleichzeitig zur Herausbildung dieser „sensationell niedrigen" Inflationsrate wurden von den Metallarbeitern erstmals in den letzten Jahren in der Breite und massenhaft Festgeldforderungen aufgestellt, und diese Festgeldforderungen bewegten sich in der Größenordnung von 1 DM pro Stunde, also einem Monatsvolumen von 170 DM bis 180 DM. Ganz ähnliche Forderungen wurden von den Beschäftigten in öffentlichen Diensten aufgestellt und sind dort so stark verankert, daß noch überhaupt nicht heraus ist, ob die Sozialdemokraten wagen, ihre spalterische Prozentforderung beschließen zu lassen, und wenn sie es schon wagen, so ist nicht heraus, was sie das kosten muß.

3,7% von einem Bruttoeinkommen von 1200 DM wäre ein Verlust der Kaufkraft von 44,4 DM. Von einem Bruttoeinkommen von 2000 DM wären es 74 DM und erst bei einem Bruttoeinkommen von 4729,73 DM wären 3,9% gleich 175 DM.

Stellen also die Arbeiter gegenwärtig Forderungen auf, die für alle Lohnklassen bis hinauf in die bürgerlichen Höhen von 4729,73 DM kaufkraftmäßige Verbesserung bedeuten? Sind diese Forderungen von 175 DM Ausdruck einer kraftvollen, entschlossenen und entschlossen geführten Bewegung, die den Umkreis der Lebensmittel erweitern will, die sich die Arbeiterbevölkerung von ihrem Lohn und nur durch ihren Lohn erschließen kann?

Wir meinen, mangelnde Klarheit in dieser Frage führt zu einer Schwäche gegenüber dem Reformismus. Es liegt auf der Hand, daß alle Versuche der Zersetzung, der Lähmung, der Schwächung der Bewegung andere Aussichten haben, andere, schlimmere Wirkung zeitigen können, wenn es darum geht, mit der Forderung nach einer *Verbesserung* zurückzustecken, als dies der Fall ist, wenn es darum geht, eine *Verschlechterung* einzugrenzen, in ihrer fatalen Wirkung auf die Reproduktionsbedingungen der Arbeiterklasse zu mindern. Zumal wenn – wie es bei uns der Fall ist – die Arbeiterbewegung durch Reformismus ideologisch gefesselt und durch die Herrschaft der Reformisten in den Gewerkschaften bürokratisch eingeschnürt ist, macht es schon einen großen Unterschied aus, ob die notwendigen Lohnkämpfe auf der Linie stattfinden „immer langsam voran", oder ob klarsteht, daß es um einen schweren Kampf um Abwehr der Tendenz der kapitalistischen Produktion, den Lohnstandard zu senken, geht.

Ferner wagen die Sozialdemokraten, denen die „Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt" über buchstäblich alles geht, gleichwohl nur ungern, Abschlüsse zu tätigen, die unterhalb der *offiziellen* Teuerungsrate liegen. Erreichen sie Abschlüsse, die oberhalb dieser *offiziellen* Teuerungsrate liegen, so sprechen sie von einem Erfolg und daß man vorangekommen sei.

Auseinandersetzung mit der Teuerungsrate ist nötig. Die Teuerungsrate ist ein kompliziertes Ding. Sie beträgt, von Dezember 1975 auf 1976 gerechnet, „für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte" berechnet, 3,7%. Diese Zahl schlägt der praktischen Erfahrung jedes „privaten" Arbeiterhaushaltes fröstelnd ins Gesicht. Sie ist indessen nicht erlogen. Sie wird aus dem Geschäft des Einzelhandels ermittelt und spiegelt tatsächlich die Preisveränderung der insgesamt verkauften Waren wider. Wie kommt es also zu diesem merkwürdigen 3,7%.

Lebenshaltung aller privaten Haushalte	3,7%
Lebenshaltung 4 Personen, mittleres Einkommen	3,7%
Lebenshaltung Rentner, 2 Personen	4,2%
Lebenshaltung Kind	5,8%

Aus diesen Zahlen, der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" entnommen, ergibt sich als statistische Tatsache, was der Volksmund schon lange weiß, „wer arm ist, lebt teuer". Offensichtlich sind die verschiedenen „Personengruppen", die in dieser Gesellschaft leben und die, weil die Gesellschaft kapitalistisch ist, allesamt *kaufen* müssen, um Lebensmittel zu haben, ganz verschieden von der „Teuerung" betroffen. Die Rate von 4,2% beim Rentnerhaushalt, worunter keine Bourgeoiskonsumtion fällt, deuten auf einen *Klassengegensatz* hin, selbst auf dem Sektor, wo der Rechtsform nach in der bürgerlichen Gesellschaft *alle gleich* sind, *alle als Käufer* den Markt der Konsumtionsartikel betreten. Offensichtlich kaufen alle, aber offensichtlich bezahlen sie verschieden.

Wie geht das im einzelnen zu:

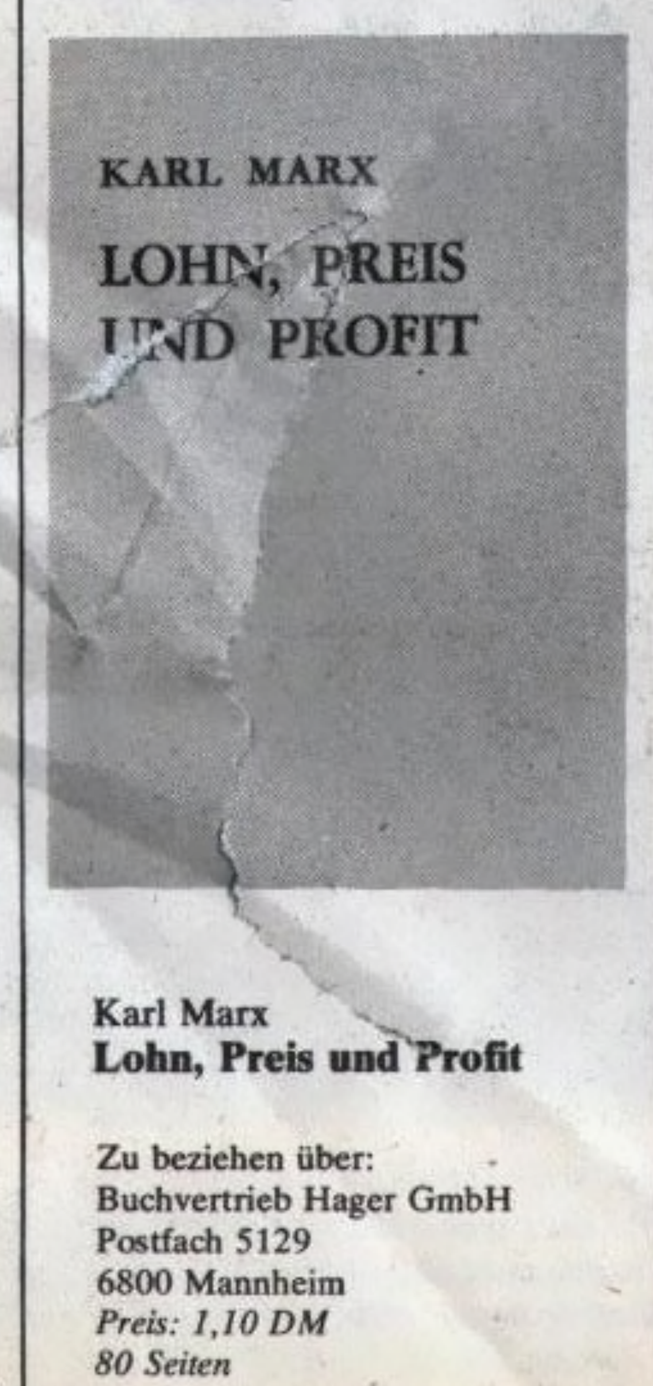
Teuerung bei Lebensmitteln:	
Kartoffeln	42,9%
Bohnenkaffee	31,7%
Tafeläpfel	15,1%
Apfelsinen	13,5%
Deutsche Eier	10,0%
Seelachsfilet	7,6%
Tomaten	8,0%
Brathähnchen	6,9%

Die *durchschnittliche Teuerung bei Nahrungsmitteln beträgt aber bloß 4,6%.*

Sowieso ist interessant, daß die Teuerung bei den Nahrungsmitteln, die unverzichtbar sind und deren Konsum auch nicht aufgeschoben werden kann, ganz erheblich über dem Durchschnitt liegt. Wie aber kommt es zu der folgenden *relativ* zu den oben aufgeführten Produkten *niedrigen* Teuerungsrate?

Teuerung bei Lebensmitteln:	
Margarine	– 4,9%
Tafelwein	– 0,2%
Flaschenbier	0,2%
Rindfleisch zum Schmoren	0,3%
Vollmilch	2,9%
Camembert	3,0%
Markenbutter	3,6%
Schweinekotelett	4,1%

Aus diesen beiden Extremen der Lebensmittelpreissteigerungsliste zeichnet sich eine Entwicklung ab, die noch nicht abgeschlossen ist. Im wesentlichen erfahren eine überdurchschnittliche Steigerung alle jene Produkte, die eine verhältnismäßig billige Sättigung des Arbeiters erlauben. Sie erfahren diese Preissteigerung, die überdimensional ist so lange, bis sie an die Preise der Lebensmittel, die eine nahrhaftere, schmackhaftere, gesündere Sättigung erlauben, aber teurer sind, heranreichen. Bis also die Eiweißversorgung durch Fisch vergleichbar teuer kommt wie durch Rindfleisch zum Schmoren, wird der Fisch ganz unvermeidlich in die Höhe klettern.



Nun könnte man sich wirklich leicht denken: Hier muß doch die freie Konkurrenz der lebensmittelverkaufenden Kapitalisten helfen. Denn: Wird nicht die steigende Nachfrage z.B. nach Fisch zu einer sinkenden Nachfrage nach Schweinefilet oder Rinderlende führen und wird nicht diese sinkende Nachfrage dazu führen, daß insgesamt die Preissteigerungsrate sich in erträglichen Grenzen hält?

Man soll aber nicht die Konsumtionsfähigkeit der herrschenden Klasse unterschätzen, ebensowenig ihres ganzen Schmarotzeranhangs. Diese, obgleich sehr wenige, essen sehr viel und vor allem sehr teuer.

Ferner. Die Kartoffeln zum Preis von 2,69 DM pro fünf Pfund sind zwar vom Nährwert her ganz gut durch Rindfleisch zum Preise von 36,00 DM fürs gleiche Gewicht zu ersetzen, auch wird niemand leugnen, daß man nicht die gleiche Gewichtsmenge Fleisch verzehren muß, wie bei hauptsächlicher Ernährung durch Kartoffeln, bis jedoch das Rindfleisch auch nur ganz annäherungsweise in die Reichweite des Kartoffelpreises kommt, wird hoffentlich bereits die Kapitalistenwirtschaft beseitigt sein.

Wir haben jetzt am Beispiel der offiziellen Statistik gezeigt, wie es sehr gut möglich ist, daß sich die Preissteigerungsrate in zwei verschiedene auflöst, eine niedrige für die Angehörigen der herrschenden Klasse und eine hohe für die Arbeiterklasse. Man kann die abgrundtiefe Unverschämtheit ermessen, die darin sitzt, wenn gegen die Lohnforderungen der Arbeiterklasse mit einer Preissteigerungsrate argumentiert wird, die überhaupt bloß zustande kommt, aufgrund eines Klassenverhältnisses.

Wir haben dabei keineswegs alle Faktoren berührt, die aus der Forderung von 175 DM eine Forderung machen, die mit Mühe hinreichen könnte, einer weiteren Senkung des Lohn- und damit des Lebensstandards der Arbeiterbevölkerung entgegenzuwirken.

Klar ist, daß die Arbeitslosigkeit zu Lasten des Lebensstandards geht. Denn: Zwar erhalten die Arbeitslosen Versicherungsgeld, aber dieses Versicherungsgeld ist erstens knapp, wird zweitens nicht lange gezahlt, wird drittens bei weitem nicht an alle Arbeitslose gezahlt, so daß viertens die Arbeiterbevölkerung ihren Arbeitslosen direkt unter die Arme greifen muß, durchweg vermittelt über die Familienbeziehung. Insbesondere bei der Jugendarbeitslosigkeit ist das auffällig, wie auch bei den Rentnern. Sinken die Renten, so lassen die Arbeiter nicht ihren Vater verhungern.

Ferner: Hand in Hand mit der Herausbildung der industriellen Reservearmee geht die verschärfte Ausbeutung in der Fabrik. Es liegt auf der Hand, daß diese verschärfte Ausbeutung höhere Reproduktionskosten der verstärkt verschlissenen Arbeitskraft macht. Als ob dies nicht genug wäre: Der Vorrat, den sich die Arbeiterklasse gebildet hat, nimmt ab. Diesen Vorrat sieht man nicht, wenigstens nicht leicht, denn er wird auf dem Leibe getragen. Es ist möglich, einen Mantel ein Jahr länger zu tragen. Es ist möglich, das Auto zehntausend Kilometer länger zu fahren. Es ist möglich, auf abgewetzten Möbeln ein, ja zwei oder drei Jahre länger zu sitzen.

All dies ist möglich und wurde in den letzten drei Jahren auch zunehmend gemacht. All dies ist nur über eine *gewisse Zeit* möglich, dann *muß* Nachschub gekauft werden.

All diese ökonomischen Tatsachen zusammen ergeben die praktische Erfahrung, daß eine Geldsumme von 170, 180 DM mit Müh und Not hinreichen wird, einen wirklichen tiefen Einbruch, eine massenhafte Entstehung von augenscheinlicher Armut zu hindern. – (mf)

* Entnommen dem „Monatlichen Bericht der Frankfurter Allgemeinen Zeitung über die Verbraucherpreise", Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7.1.1977. Das „Statistische Bundesamt" gibt für den gleichen Zeitraum, Dezember 1975 / Dezember 1976, als Anstieg der Lebenshaltungskosten die Rate von 3,9% an.

Die Bundesregierung empfiehlt:

Richtige Ernährung: „Besser 5 kleine als 3 große Mahlzeiten"

1. Frühstück	
2 Scheiben Brot	–,20
1 Brötchen	–,20
1 Ei	–,25
Butter	–,30
2 Tassen Kaffee	–,60
Quark	1,10
	2,65
2. Frühstück	
2 Äpfel	–,80
1 Birne	–,50
Weintrauben	1,20
1 Glas Obstsaft	–,40
1 Brathering	1,40
Beilagen	–,50
	4,80
Mittagessen	
1 Schnitzel	2,50
1/2 Dose Erbsen	–,70
1/2 Dose Spargel	1,50
3 Scheiben Brot	–,30
Beilagen	1,00
	6,00
Vesper	
1 Scheibe Käse	–,30
2 Eier	–,50
1/2 Pfund Tomaten	–,92
1/4 Gurke	–,35
2 Scheiben Brot	–,20
1/4 Pfund Gehacktes	1,30
	3,57
Abendessen	
1 Flasche Gemüsesaft	1,98
1 Omelett mit Spargel	2,25
1 Spiegelei	–,25
2 Kartoffeln	–,40
1/2 Dose Möhren	–,70
Erdbeeren	1,40
Radieschen	0,49
	7,47
Gesamtpreis für „5 kleine Mahlzeiten"	24,49

Das Beispiel ist einer Broschüre der Bundesministerien für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und für Jugend, Familie, Gesundheit entnommen. „Richtige Ernährung", heißt es dort, „ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für Gesundheit und Leistungsfähigkeit". Wir haben die Preise für die „5 kleinen Mahlzeiten" errechnet. Demnach ist gesund, wer in einem 2-Personenhaushalt 48,98 DM täglich und 1518,38 DM monatlich allein fürs Essen ausgeben kann. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes verdiente ein männlicher Industriearbeiter im Juli 1976 durchschnittlich 1935,87 DM brutto, ca. 1415 DM netto (verheiratet ohne Kinder). Davon muß seine Familie nicht nur essen, sondern wohnen, sich kleiden usw. „Die Voraussetzung für richtige Ernährung ist nicht nur der gut gefüllte Geldbeutel", heißt es. Wenn der Lohn nicht reicht, was bleibt den Arbeitern anderes, als am Essen zu sparen, quantitativ wie qualitativ und zwar beträchtlich. Der Kapitalist fragt nicht danach, ob die „wichtigste Voraussetzung für Leistungsfähigkeit" gegeben ist. Er verschärft ständig die Ausbeutung und raubt dem Arbeiter, der seine Arbeitskraft nicht wiederherstellen kann, die Lebenskraft. „Richtige Ernährung braucht nicht teuer zu sein und besonders viel Arbeit zu machen." „Viel Arbeit" kostet die richtige Ernährung nur den nicht, der sich eine Haushaltskraft leisten kann. Die Arbeiterfamilie würde die Herstellung der „5 kleinen Mahlzeiten" täglich mehr als 3 Stunden kosten. Am Essen sparen spart auch keine Zeit. Im Gegenteil.

Der Lohnraub diktiert:

Fleisch gibt es nur zwei- höchstens dreimal die Woche.

Maria ist Mutter von drei Kindern, zwei gehen jetzt zur Schule. Nach einem Autounfall im letzten Jahr mußte die Familie einen Kredit aufnehmen. Das waren nicht die einzigen Schulden. In dieser Lage hat der Vater seinen Arbeitsplatz verloren. Die Schulden wuchsen. Im Oktober konnte die Miete nicht pünktlich bezahlt werden. Heute arbeitet der Mann bei Opel in drei Schichten. Von den Schulden müssen sie monatlich 400 bis 600 DM zurückzahlen, die sie ab und zu schon haben stunden lassen müssen.

Maria berichtet, was sie im Monat für Lebensmittel ausgeben muß:

„Bei allem, was ich kaufe, suche ich nach Sonderangeboten, weil ich jeden Tag einkaufen muß und für 5 Personen auch Fleisch auf den Tisch bringen muß. Der Speiseplan sieht so aus: Jede Woche einen großen Topf Suppe (Gulaschsuppe aus der Dose, Bohnensuppe ohne Fleisch, Reissuppe ...), Omeletts, viel Nudeln oder Reis mit Hackfleisch. Meistens kaufe ich entweder Hähnchen, weil sie billig sind, oder Hackfleisch, ab und zu Koteletts. Als die Kinder noch kleiner waren, bin ich mit 1/2 kg Fleisch für eine Mahlzeit ausgekommen. Heute brauchen wir 1 kg, das sind jedesmal 13 bis 14 DM. Zwei kleine Koteletts kosten heute auch schon 3 DM.

Was ich mittags koche, muß für abends noch reichen. Wenn nicht, gibt es Brot mit Fleischwurst oder Aufschnitt. Zungenwurst, Schinken und so was kann ich nicht kaufen. Fleisch auch nur zwei- höchstens dreimal in der Woche.

Jeden Tag gebe ich 20 DM manchmal 30 DM für Lebensmittel aus, samstags sind es 50, weil ein Kasten Limonade und Gemüse und solche Sachen dazu kommen. Im Monat sind das 700 bis 750 DM nur für Essen und Trinken. 350 DM zahlen wir Miete. Da sind schon 1 100 DM weg. Mein Mann hat im letzten Jahr, als er noch bei Röhm gearbeitet hat, auch Samstag und manchen Sonntag gearbeitet, jetzt, seit er bei Opel ist, sieht das anders aus. Am 10. Dezember hat er 950 DM mit nach Hause gebracht. Ich gehe jetzt jeden Abend zwei Stunden bei der Firma Schenk putzen, dafür bekomme ich 350 DM im Monat. Außerdem betreue ich 2 Kinder, dafür bekomme ich nochmal 200 DM. Für die Pflegekinder koche ich mit.

Jetzt ist unser zweites Kind in die Schule gekommen, und schon für ein paar Bleistifte und Hefte habe ich 35 DM bezahlen müssen. Weil wir für die Kinder keine Kindergartenplätze finden können und die meisten auch viel zu teuer sind, haben wir uns mit anderen Eltern zusammengetan und dort, wo wir wohnen, auf eigene Kosten ein paar Räume renoviert. Acht sind jetzt immer dort, obwohl die Räume noch nicht fertig sind, z.B. ist die Heizung noch nicht installiert, weil das Geld dafür einfach nicht da ist."

Als ihr Mann kam, hat er begeistert von der letzten Betriebsversammlung bei Opel erzählt, daß die Arbeiter die Forderung von 1 DM die Stunde mehr durchsetzen wollen, und daß nicht ausgeschlossen werden kann, daß der Streik zustande kommt. (Zelle Röhm)